

---

Gertraude Buck-Bechler/  
Heidrun Jahn (Hrsg.)

Hochschulerneruerung  
in den neuen  
Bundesländern  
Bilanz nach vier Jahren

---

DEUTSCHER
STUDIEN
VERLAG

---

Buck-Bechler/Jahn (Hrsg.) · Hochschulreue  
in den neuen Bundesländern

Buck-Bechler/Jahn (Hrsg.)  
Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern

Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst

Leiter: Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut Wagemann,  
TU Berlin

# Hochschul- erneuerung in den neuen Bundesländern

Bilanz nach vier Jahren

Herausgegeben von  
Gertraude Buck-Bechler und Heidrun Jahn

Deutscher Studien Verlag · Weinheim 1994

Über die Herausgeberinnen:

Dr. Gertraude Buck-Bechler, Jg. 39, Professorin für Hochschuldidaktik,  
ist in der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst tätig.

Dr. Heidrun Jahn, Jg. 52, ist wiss. Mitarbeiterin in der Projektgruppe  
Hochschulforschung Berlin-Karlshorst.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Hochschulerneruerung in den neuen Bundesländern** : Bilanz  
nach vier Jahren / [Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-  
Karlshorst]. Hrsg. von Gertraude Buck-Bechler und Heidrun  
Jahn. – Weinheim : Deutscher Studien Verlag, 1994

ISBN 3-89271-543-2

NE: Buck-Bechler, Gertraude [Hrsg.]; Projektgruppe Hochschulforschung  
<Berlin>

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie  
der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche  
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer  
Systeme verarbeitet, vervielfältigt und verbreitet werden.

Druck nach Typoskript (DTP)

© 1994 Deutscher Studien Verlag · Weinheim

Druck: Druck Partner Rübelmann, 69502 Hemsbach

Seriengestaltung des Umschlags: Atelier Warminski, 63654 Büdingen

Printed in Germany

ISBN 3 89271 543 2

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
<b>Begrüßung und Eröffnung</b>	
Rektor der Universität Potsdam <i>Rolf Mitzner</i>	5
Leiter der Projektgruppe Hochschulforschung <i>Carl-Hellmut Wagemann</i>	6
<b>Plenarvorträge: Ziele der Hochschulerneuerung</b>	
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft <i>Karl-Hans Laermann</i>	11
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg <i>Hinrich Enderlein</i>	22
<b>Plenarvorträge: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation</b>	
Generalsekretär des Wissenschaftsrates <i>Winfried Benz</i>	29
Institut Européen d'Education et de Politique Sociale Paris <i>Ladislav Cerych</i>	40
Universität Leipzig <i>Peer Pasternack</i>	49
Projektgruppe Hochschulforschung <i>Gertraude Buck-Bechler</i>	59

**Podium I: Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung** 73

*Ulrich Teichler,*  
Universität/Gesamthochschule Kassel (*Moderation*)

*Helga Thomas,* Technische Universität Cottbus

*Kurt Häge,* Vorstand Lausitzer Braunkohle AG

*Reinhard Schmidt,* Rektor Hochschule f. Technik u. Wirtschaft(FH) Mittweida

*Hans-Eckart Scholz,* Direktor Siemens AG

*Manfred Nutz,* Universität Köln

*Hans Weiler,* Rektor Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

*Hans-Jürgen Brackmann,* Bundesvereinigung d. Deutschen Arbeitgeberverbände

**Podium II: Wege zur Stabilisierung  
der neuen Hochschulentwicklungen** 99

*Gerhard Neuweiler,*  
Universität München (*Moderation*)

*Rolf Mitzner,* Rektor Universität Potsdam

*Karl-Ulrich Meyn,* Prorektor Universität Jena

*Wilfried Art,* Rektor Technischen Fachhochschule Wildau

*Hans-Jürgen Kaschade,* Rektor Fachhochschule Magdeburg

*Josef Lange,* Generalsekretär Hochschulrektorenkonferenz

*Gerd Köhler,* Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

*Hartmut Riedel,* Bundesvertretung Akademischer Mittelbau

**Bilanz und Ausblick**

*Jutta Wilhelmi* 129

**Teilnehmerverzeichnis** 137

## Vorwort

Vier Jahre Hochschulernerung in den neuen Bundesländer - historisch gesehen eine kurze Zeitspanne, aber für die in diesen Prozeß Involvierten geprägt durch tiefgreifende Veränderungen. Wie sehen das heute im Jahr vier nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Berater und unmittelbar Aktive, Betroffene und Beobachter von außen ?

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, die diesen Erneuerungsprozeß wissenschaftlich begleitet, hatte mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

am 23. Juni 1994 an die Universität Potsdam

zu einer wissenschaftlichen Tagung eingeladen.

Was konnte eine solche Tagung angesichts der Tatsache, daß sich die Einschätzungen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern häufen, noch zur zusätzlichen Meinungsbildung oder gar zu Entwicklungsanstößen beitragen?

Die Chance der Tagung lag darin, Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen, Sichtweisen und Verantwortlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in einer gemeinsamen Diskussion zusammenzuführen, eine solche personelle Zusammensetzung zu arrangieren, mit deren Hilfe ein differenziertes Bild von den Zielen und dem bisherigen Verlauf der Hochschulernerung, eingebunden in ihr gesellschaftliches Umfeld, entstehen konnte und Konsequenzen für die weitere Hochschulentwicklung möglich wurden.

Dafür sah die inhaltliche Regie der Tagung vier Schwerpunkte vor, Handlungsschwerpunkte in der Erneuerung des ostdeutschen Hochschulsystems, an denen sich 'die Geister der Erneuerung immer wieder von neuem reiben':

- Hochschulpolitische Rahmenbedingungen und damit geschaffene Gestaltungsräume für die Hochschulernerung, wie sie vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und einem entsprechenden Ministerium in den neuen Bundesländern gesehen werden;

- Hochschulerneuerung als Gradwanderung zwischen Anpassung und Innovation, empfohlen vom Wissenschaftsrat, empfunden als solche von den Studierenden, beobachtet von Hochschulforschern - auch im internationalen Vergleich;
- Wechselwirkung von Hochschulerneuerung und regionaler Entwicklung, wie sie von einer neu gegründeten Technischen Universität und einem in der Region angesiedelten Industriepartner praktiziert wird, wie sie sich eine neue Europa-Universität, eine 'um'-gegründete Fachhochschule und ein bundesweit agierendes Unternehmen wünschen, wie sie von Regionalforschern und vom Arbeitgeberverband eingeschätzt wird;
- Konsolidierung der eingeleiteten Entwicklungen und weitere Modernisierung unter veränderten Wettbewerbsbedingungen im vereinten Deutschland, gesehen durch die 'Brille' einer traditionellen und einer neu gegründeten Universität, einer kleinen und einer größeren neuen Fachhochschule sowie angereichert durch die Erfahrungen der Hochschulrektorenkonferenz, der Bundesvertretung Akademischer Mittelbau und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Anhand der vorliegenden Dokumentation hat der interessierte Leser nun selbst die Möglichkeit, sich ein kritisches Urteil über das Anliegen der Tagung und ihre Ergebnisse zu bilden.

Unser besonderer Dank gilt den Damen und Herren Referenten und Diskutanten, mit deren freundlicher Genehmigung die Tonbandaufzeichnungen dieser Tagung zu der vorliegenden Schrift verarbeitet werden konnten. Die mühevoll Abschrift der Tonbänder wurde in unserer Projektgruppe von Frau Ingrid Spletstößer bewältigt.

Herzlich danken möchten wir aber auch der Universität Potsdam, die uns Gastfreundschaft für diese Tagung gewährt hat.

Berlin, August 1994

Gertraude Buck-Bechler  
Heidrun Jahn

# Begrüßung und Eröffnung

*Rolf Mitzner*

Guten Tag meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie recht herzlich an der Universität Potsdam. Besonders freuen wir uns, daß der Bundesminister, Herr Laermann, unter uns weilt. Ich begrüße natürlich auch den Landesminister, Herrn Enderlein, und alle anderen, die mit der Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern in irgendeiner Weise befaßt sind.

Das ist eine Veranstaltung der Projektgruppe Hochschulforschung aus Berlin-Karlshorst, die die Umstrukturierung und Entwicklung an den Hochschulen berichtend und forschend begleitet.

Ich begrüße ferner die Vertreter von Wissenschaftsorganisationen in Deutschland und in Europa, vom Wissenschaftsrat Herrn Dr. Benz, von der Hochschulrektorenkonferenz Herrn Dr. Lange, vom Europäischen Bildungsinstitut in Paris Herrn Dr. Cerych. Ich begrüße die Vertreter von Universitäten und Fachhochschulen, besonders meine Amtskolleginnen und -kollegen. Mein Gruß gilt den Fachleuten aus der Wirtschaft, den Arbeitgeber - und Gewerkschaftsvertretern. Ich freue mich, daß ich auch Studentinnen und Studenten auf dieser Tagung begrüßen kann. Nicht zuletzt soll ja heute mit beraten werden, inwieweit die neue Hochschulentwicklung die Erwartungshaltung der Studierenden trifft. Die ostdeutschen Studenten hier in Potsdam erwarten, daß die Lehre ordentlich organisiert ist, daß sie von kompetenten Vertretern gehalten wird und daß man in einer vernünftigen Zeit, der Regelstudienzeit, auch fertig wird.

Ich denke, daß uns diese Konferenz weitere Impulse in der Fortführung der Erneuerung der Hochschulen bringt - und in diesem Sinne wünsche ich viel Glück für uns alle.

### *Carl-Hellmut Wagemann*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine wissenschaftliche Tagung vor uns. Dabei werden viele Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven einander folgen, das Ganze geschieht in einem sehr engen Zeitrahmen. Lassen Sie mich daher unmittelbar in das Thema einsteigen, ohne langes Umherschweifen der Gedanken auf der Meta-Ebene oder auf der Ebene der Wünsche und Ratschläge:

Es soll heute um eine *Bilanz der Hochschulerneuerung* in den neuen Bundesländern gehen. 'Bilanz' nennt man das Ergebnis einer Gegenüberstellung von Verbindlichkeiten und erwirtschaftetem Gewinn. Die Frage an eine Bilanz lautet: Wie hoch ist der Gewinn?

Sie werden heute abend auf die Frage nach der Höhe des Gewinns in der Hochschulerneuerung keine Antwort wissen, die eigentliche Frage der Bilanz wird also unbeantwortet bleiben.

Das liegt nicht daran, daß es den Rednern heute an Mut mangeln wird, die nötige Inventur vorzunehmen. Es liegt daran, daß die Frage nach der Bilanz wissenschaftlich nicht zu beantworten ist, und wir haben eine wissenschaftliche Tagung vor uns.

Sie ist erstens nicht zu beantworten, weil Hochschulforschung praktisch nur quantitative Angaben liefern kann - Sie können draußen auf den Stelltafeln solche Angaben sehen und in den ausgelegten Materialien Detailliertes dazu nachlesen. Aber der Geist, der in den Hochschulen weht, das Klima, Engagement oder Resignation, Ideenreichtum oder Alltagsgeschäftigkeit, Spinnerei oder Solidität, Träume oder fehlende Phantasie, Vertrauen oder Angst - kurz: Über das eigentliche Leben in den Hochschulen kann Hochschulforschung allgemein nichts oder fast nichts sagen. Sehr vieles davon ist überhaupt nicht sagbar, anderes ist nur als Einzelbericht belegbar, kann aber nicht verallgemeinert werden und insgesamt fehlen noch die nötigen qualitativen Untersuchungen.

Die Unmöglichkeit, Bilanz zu ziehen, liegt zum anderen daran, daß der Wertmaßstab nicht klar ist: Zwar ist es einigermaßen klar, um welche Verbindlichkeiten es geht, nämlich um die Überwindung des Hochschulsystems der DDR; aber es ist überhaupt

nicht klar, nach welchem Maßstab das Erreichte zu bewerten sei. Der Begriff 'Erneuerung' erweist sich als nebulös, ja widersprüchlich:

Erstens: Meint 'neu' einfach Verwestlichung, Übernahme westlicher Strukturen, Konzepte, Wertmaßstäbe?

So wie der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, es ausgedrückt hat: "Wie im Westen, so auf Erden." Die platte Version dieser Sicht ist der Zahlenvergleich von Berufungen aus dem Westen mit den noch vorhandenen Wissenschaftlern aus der DDR-Tradition. Aber das kann doch nicht alles sein.

Zweitens: Meint 'neu' die Verwirklichung der Reformen, die im Westen seit langem auf den Wunsch- und Forderungslisten stehen?

Nicht die integrierte Gesamthochschule, das Projektstudium und ähnliche Themen aus der Zeit vor 25 Jahren, hierfür ist an breite Aktivitäten nicht zu denken. Nein, die Studienreformaßnahmen, die sich seit Jahren in den Katalogen der Bildungspolitiker finden - insbesondere Studienzeiterkürzung, Hochschuleingangsprüfungen, Maßnahmen zur Profilierung der Hochschulen nach dem Niveau. Was in den starren Strukturen im Westen nicht verwirklicht ist, kann vielleicht in der Aufbruchsituation im Osten entstehen.

Drittens: Meint 'neu' einfach, die Funktion der Hochschulen zu erhalten, zu sichern und an einzelnen Stellen zu verbessern?

In diesem Sinn ist praktisch viel gehandelt worden. Ich will Sie daran erinnern, daß Studium und Lehre kontinuierlich aufrechterhalten wurden. Niemand erwog ernstlich, die Hochschulen für ein oder mehrere Jahre für Studierende zu schließen. Auch Promotionen und Habilitationen wurden, wenn auch in reduziertem Umfang, weiter durchgeführt.

Viertens: Meint 'neu', langfristige Stabilität der Ost-Hochschulen im Vergleich zu den westlichen zu sichern?

Dabei mögen sie in Struktur, Leistung und auch in den Problemen gleich sein. Aber es soll weder langfristig die heute zu registrierenden Unterschiede geben, noch soll

auf Dauer ein Gefälle zwischen Ost- und Westhochschulen bestehen. Die praktische Politik der neuen Bundesländer zielt sehr deutlich in diese Richtung.

Meine Damen und Herren, der Alltagsbegriff für 'Erneuerung' heißt 'renovieren', das ist das, was wir von Zeit zu Zeit mit unseren Wohnungen machen: Wiederherstellen des alten Zustandes. Das ist hier aber gerade nicht gemeint. Der Zustand zur Zeit der DDR soll nicht wiederhergestellt, sondern überwunden werden.

Und doch macht es Sinn, von 'Erneuerung' auch in diesem Bedeutungszusammenhang zu reden, also manches an Strukturen und Verfahrensweisen, an Einstellungen und Verhalten zu sichern und, wo abhanden gekommen, wieder herzustellen: So insbesondere die Art und Weise einer wissenschaftlichen Berufsausbildung im Zeitrahmen einer Regelstudienzeit. Hier zeigten die Hochschulen der DDR ja eher das Bild, wie wir es uns für die alten Länder seit langem wünschen, und nicht das Bild, wie wir es gern abschaffen möchten.

Die Erfahrung aus der Hochschulgeschichte lehrt, daß bedeutende Reformen nur dann gelingen, wenn Hochschulen neu gegründet werden. 'Erneuerung' hätte also heißen können, die Jahre 1989 und 1990 für die Verwirklichung von Neugründungen mit ganz neuen Ideen zu nutzen. Die Parallelität zur Situation Preußens um 1810 drängt sich ja auf. Allerdings ist in diesem Sinn keine allgemeine Tätigkeit entfaltet worden, von einzelnen Neugründungen abgesehen.

Aber ich will Sie noch auf ein weiteres Problem aufmerksam machen:

Die Hochschulsysteme der Bundesrepublik - gemeint sind jetzt die alten Länder - und der DDR sind aus einer gemeinsamen deutschen Geschichte entstanden, nur 40 Jahre war ihre Geschichte getrennt. Aus der Weltperspektive gesehen hatten beide Systeme daher viele Ähnlichkeiten. In aller Kürze:

1. Hochschulzugang ist das Abitur, also eine in der Biographie späte Stufe der Allgemeinbildung. Die DDR hatte allerdings daneben auch schon andere Wege eröffnet.
2. Hochschulen sind staatlich; private Hochschulen, die mindestens in den USA als qualitätsvoller gelten, sind auch in der Bundesrepublik die Ausnahme.

3. Ein Studienplatz ist für die Studierenden kostenlos, von Verwaltungsgebühren abgesehen - in den USA beispielsweise regelt sich das Niveau der Ausbildung gerade über die Studiengebühren.
4. Auch die DDR folgte der aus der Geschichte überlieferten Fächereinteilung. Es mag ein Detail sein; aber auch in der DDR gab es an den Universitäten theologische Fakultäten.
5. Die Hochschulen sind für Forschung und Lehre zuständig, auch in der DDR waren sie es.

Viele Reformen, 'Erneuerungen', die in der Diskussion sind und in Angriff genommen werden, berühren solche gemeinsamen Merkmale:

- die Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne Abitur, dafür aber mit Berufserfahrungen,
- die Gründung privater Hochschulen oder die institutionelle Stärkung ökonomischer Verbindungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft,
- finanzielle Anreiz- oder Sanktionsmaßnahmen,
- Versuche der Verwirklichung von Studiengängen außerhalb der überkommenen Fächerstruktur, wofür viel der - im Grunde hilflose - Begriff 'Interdisziplinarität' benutzt wird,
- selbst die Idee, Teile der Hochschulen abzusondern, die vorwiegend nur der Lehre dienen sollen, wird ja formuliert und in Forderungen umgesetzt.

In allen diesen Fragen steht 'Erneuerung' für gemeinsame Aufgaben von Ost und West in Deutschland.

Der Begriff 'Erneuerung' ist also vielfältig, 'Hochschulerneuerung' kann vieles, auch verschiedenes heißen. Die Bilanz wird heute nicht zu ziehen sein. Aber, ich wünsche uns, daß wir am Ende des Tages Konkreteres, Differenzierteres, 'Neues' darüber wissen werden, was Hochschulerneuerung heißen kann.

Soweit mein Versuch, in das Tagungsthema einzuführen.

# Plenarvorträge: Ziele der Hochschulerneuerung

*Karl-Hans Laermann*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich versuche im folgenden eine Bewertung der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern vorzunehmen.

Es hat bereits sehr früh, schon im Oktober 1990, während der Wissenschaftsrat noch arbeitete, Versuche gegeben, diese Erneuerungsprozesse in den neuen Ländern zu bewerten, zumindest hat es erste Ansätze dazu gegeben, und man wollte bilanzieren. Nun haben wir gerade die Definition von Bilanzen gehört. Mein Ministerium hat angesichts des Eifers immer wieder darauf hingewiesen, daß Bilanzierung zu diesem frühen Zeitpunkt überhaupt nicht angebracht sei. Ich glaube auch nicht, daß man jetzt, hier und heute, eine abschließende Bewertung vornehmen kann. Darin teile ich die Auffassung von Herrn Wagemann. Aber es ist notwendig und richtig, doch einmal den Versuch einer Zwischenbilanz zu unternehmen und hier gebrauche ich dann sehr bewußt das Wort 'Bilanz', weil Sie merken werden, daß ich mich natürlich auch etwas mit Zahlen beschäftige, und das gehört nun einmal zu den Bilanzen.

Wir haben immer schon darauf hingewiesen, daß wir erst ein solides Fundament schaffen müssen. Das ist die Voraussetzung, um einen standsicheren Rohbau zu errichten und darüber hinaus auch die Voraussetzung für die Freiheit von Forschung und Lehre. Ich denke feststellen zu können, daß wir das Fundament gelegt haben und daß der Rohbau dieses Gebäudes - sprich Hochschulen in den neuen Bundesländern - doch wohl fast fertig ist. Das bisher Erreichte - und ich sollte das meines Erachtens mit einem bewußten Stolz sagen - kann sich doch wirklich sehen lassen. Vor allen Dingen müssen wir ja auch einmal festhalten, in welchem Zeitrahmen ein so gewaltiger Umstrukturierungs- und Erneuerungsprozeß bisher abgelaufen ist und unter welchem Druck man gestanden hat.

Auf der einen Seite gab es ein Hochschulsystem, daß traditionsreiche Einrichtungen wie die Humboldt-Universität in Berlin, die Universitäten in Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig, Rostock u. a. hatte, in den technischen Fächern beispielsweise

die Bergakademie Freiberg oder die Technische Universität in Dresden und eine Vielzahl von anerkannten Kunst- und Musikhochschulen.

Auf der anderen Seite aber waren alle Hochschulen, insbesondere auch die nach sowjetischem Vorbild eingerichteten Spezialhochschulen, Bestandteil des gesellschaftlichen Systems mit seinen politischen, seinen ideologischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen und einem verbindlichen sozialistischen Erziehungsauftrag. Die Zulassung zum Abitur und zum Studium unterlag ebenso staatlicher Einflußnahme wie die Verteilung der Ausbildungsplätze. Neben der schulischen Leistung kam dabei politisch-ideologischem Wohlverhalten eine wesentliche Bedeutung zu, was vielen Menschen Chancen in Ausbildung und Beruf verbaute.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe, wir können heute feststellen, der Rohbau ist fertig, die Zielvorstellungen des Einigungsvertrages sind in großem Umfang umgesetzt worden. Bildung und Wissenschaft haben damit wesentlich zum Zusammenwachsen Deutschlands beigetragen. Das zentralistisch geprägte Bildungssystem der DDR wurde in ein freiheitlich orientiertes, föderativ und pluralistisch strukturiertes sowie inhaltlich differenziertes Bildungswesen umgewandelt. Das Verfassungsrecht der Bürger auf Ausbildung ihrer Wahl ist gesichert. Der Bund und die Länder haben in vielfältiger Weise mit Maßnahmen und Programmen diese Umwandlung unterstützt und die neuen Länder in das Geflecht der gemeinsamen Bildungsplanung und Forschungsförderung integriert. In den neuen Ländern besteht heute - nach nunmehr vier Jahren - ein regional und fachlich sowie institutionell differenziertes Angebot an Hochschuleinrichtungen mit 15 Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen, 21 öffentlichen Fachhochschulen an 26 Standorten, 12 Kunst- und Musikhochschulen sowie einer Pädagogischen Hochschule. Hochschulgründungen in nichtstaatlicher Trägerschaft und die kürzlich vollzogene Gründung der Universität Erfurt kommen hinzu. Insgesamt hat sich das Angebot an Studienplätzen wesentlich erhöht.

Nach der Wende und dem damit verbundenen Wegfall der in der DDR üblichen strikten Begrenzung der Zulassung zum Hochschulstudium stieg die Zahl der Studienanfänger rasch an, insbesondere in geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, in Jura, in Betriebs- und Volkswirtschaft, bedauerlicherweise - aber die Gründe hierfür sind sicherlich bekannt - weniger in den Natur- und Ingenieurwissen-

schaften. Dieser deutliche Anstieg der Studienanfängerzahlen wird sich mit Sicherheit noch weiter verstärken, und immer mehr Studierende aus den alten Bundesländern werden ihren Weg an die neuen Hochschulen und die Universitäten in den Ländern hier, in Ost- und Mitteldeutschland, suchen. Ich halte das für gut, und ich versuche alles, junge Menschen zu ermutigen, die inzwischen sehr viel besseren Studienbedingungen in den neuen Universitäten hier in den mittel- und ostdeutschen Ländern anzunehmen.

Mehr als 30.000 Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hatten sich einer fachlichen Evaluierung und Überprüfung ihrer persönlichen Integrität zu unterziehen. Die im Zeitraum 1992 bis 1994 vollzogene Neubesetzung von 7.500 Professuren ist in der deutschen Hochschulgeschichte einmalig. Obwohl diese personelle Erneuerung nicht ohne Auswirkungen auf die Studienorganisation an den Hochschulen bleiben konnte, ist es gleichwohl auch in der Übergangszeit gelungen, den Studienbetrieb ohne wesentliche Unterbrechung fortzusetzen. Und dafür möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Meinen Dank an die Länder, an die Hochschulen, an die Professoren, an die Studenten und an die vielen anderen Menschen, die dabei innerhalb der Einrichtungen mitgeholfen haben. Aber ich möchte auch nicht verhehlen, daß ich etwas stolz auf die Leistungen des Bundes bin. Erlauben Sie mir dazu einige Ausführungen.

Das von Bund und Ländern 1991 verabschiedete Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins, das sogenannte HEP, das annähernd 2 1/2 Milliarden DM zur Verfügung stellt, ist die finanzielle Basis für die Aktivität und Unterstützung durch den Bund. Es wird im Verhältnis von 75 : 25 von Bund und neuen Ländern finanziert. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten des Programms, die inzwischen überwunden werden konnten, haben die Maßnahmen dazu beigetragen

- Soforthilfen für die personelle Erneuerung der Hochschulen zu geben,
- den Erhalt wissenschaftlichen Potentials sicherzustellen und
- die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erneuerung von Lehre und Forschung auf breiter Grundlage zu schaffen.

Damit sind die drei Hauptlinien dieses Hochschulerneuerungsprogramms angesprochen.

### **1. Die personelle Erneuerung:**

Die Schwerpunkte der Förderung im Bereich der personellen Erneuerung liegen bei der Finanzierung von Gründungsprofessuren in ausgewählten Fächern, der Tätigkeit von abgeordneten, beurlaubten oder emeritierten Professoren aus Hochschulen der alten in den neuen Ländern und in der Nachwuchsförderung. Dabei unterstützt das HEP ca. 200 Gründungsprofessuren und ca. 110 Abordnungen und Beurlaubungen. Allein 1992 wurden 179 Gründungsprofessuren, 261 Abordnungen, Beurlaubungen, 25 Beschäftigungsverhältnisse mit Emeriti und 791 sonstige Maßnahmen, z. B. Lehraufträge, über dieses Programm finanziert.

Im übrigen muß die Besetzung von über 60 Prozent der geplanten C4-Professuren an den ostdeutschen Hochschulen angesichts der nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern grundsätzlich üblichen Dauer von Berufungsverfahren als Erfolg betrachtet werden.

Nicht im gleichen Maße erfolgreich war leider die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses, die zwar frühzeitig als dringend notwendig erkannt wurde, die aber wegen grundlegender fachlicher, institutioneller und personeller Umstrukturierungsprozesse an den Hochschulen in den neuen Bundesländern für viele ostdeutsche Wissenschaftler mit einer Neubestimmung ihrer Bildungs-, Berufs- und Karriereziele verbunden war. Nicht nur die Formen wissenschaftlicher Qualifizierung und die Arbeitsbedingungen unterlagen einem Wandel, sondern auch die Bewertungsmaßstäbe wissenschaftlicher Leistungen sowie die Chancen auf dem hochschulinternen wie hochschulexternen Arbeitsmarkt. Statistisch gesehen wird die neue Situation nach den der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Unterlagen vorerst in einer rückläufigen Entwicklung der Anzahl abgeschlossener Promotions- und Habilitationsverfahren sichtbar. Die Anzahl der Promotionen verringerte sich 1990 und 1991 im Vergleich zu 1989 um jeweils etwa 10 Prozent. Es kann davon ausgegangen werden, daß vor allem Promovenden in der Endphase der Qualifizierung ihre Arbeit zum Abschluß bringen wollten und konnten. Unter anderem bedingt durch das Auslaufen des Forschungsstudiums sank die Anzahl der Abschlüsse 1992 dann deutlich auf etwa

1.400 Promotionen. Bei den Habilitationen, früher als Promotion B bezeichnet, war bereits 1990 ein deutliches Absinken zu erkennen. Einerseits sank die Zahl der erfolgreichen Abschlüsse, andererseits stieg die Anzahl der Abbrüche, Fristüberschreitungen u. a.; 1992 habilitierten sich 153 Wissenschaftler an ostdeutschen Hochschulen. Das sind im Vergleich zu 1989, damals waren es 790 Habilitationen, nur knapp 20 Prozent. Angaben aus einzelnen Ländern weisen für 1993 leider einen weiteren Rückgang aus. Dabei verlief der Abwärtstrend sowohl bei den Promotionen als auch bei Habilitationen in den Fächergruppen mit unterschiedlicher Ausprägung. Die als ideologie- und systemgebunden einzustufenden Bereiche wie Geschichte, Philosophie, Staats- und Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften waren in besonderem Maße betroffen. In Fächern wie Medizin, Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften trat die rückläufige Entwicklung nur in abgeschwächter Form in Erscheinung. Demgegenüber sind andere Formen der Förderung auf große Resonanz gestoßen, beispielsweise die der Graduiertenkollegs. Mit Stand Januar 1994 förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft 16 Graduiertenkollegs an 12 ostdeutschen Hochschulen, davon 4 in Biowissenschaften, 8 in Naturwissenschaften und 4 in den Ingenieurwissenschaften. Die Anzahl der Bewerbungen für die Aufnahme in Graduiertenkollegs, darunter nahezu ein ausgewogenes Verhältnis West- und Ost-Studenten, übersteigt die der verfügbaren Stipendien oft um das Drei- bis Vierfache. Die Zahl der geförderten Graduiertenkollegs wird sich voraussichtlich auf bis zu 25 im Jahr 1995 erhöhen. Das hängt mit den Gesamtzielvorstellungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zusammen, wie viele Graduiertenkollegs insgesamt wohl erforderlich werden und eingerichtet werden sollen und hängt natürlich auch von den verfügbaren finanziellen Ressourcen ab.

Ein weiteres positives Beispiel für die sich aus dem Einigungsprozeß ergebenden Möglichkeiten war der rasche und erfolgreiche Aufbau der Fachhochschulen in den neuen Ländern. Gemäß den bildungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung ist der Ausbau der Studienkapazitäten an Fachhochschulen ein wichtiges Ziel, für deren Aufbau das Hochschulemeuerungsprogramm die Finanzierung von ca. 190 Gründungsprofessuren und Gründungsrektoren vorgesehen hat. Dieser anwendungsbezogene Hochschultyp, die Fachhochschule, wurde völlig neu eingeführt mit gesetzlichen Regelungen, die in manchem progressiver sind als die der alten Länder. Er hat schon jetzt rund 37.000 Studierende. 1993 haben sich hier in den neuen Bundesländern über

40 Prozent aller Studienanfänger an Fachhochschulen eingeschrieben. Das ist eine in den alten Ländern leider noch nicht erreichte Quote. Aber wie gesagt, dies sind auch Zielvorstellungen für die Bundesrepublik insgesamt.

### **2. Die Erhaltung von wissenschaftlichem Potential:**

In der zweiten Hauptlinie des Hochschulerneuerungsprogramms ging es um die Erhaltung von wissenschaftlichem Potential. Die Startphase des Wissenschaftlerintegrationsprogramms oder kurz WIP ist erfolgreich abgeschlossen. Für das Programm, das auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates zurückgeht, stehen in der revidierten Fassung des Hochschulerneuerungsprogramms insgesamt 600 Millionen DM bis 1996 zur Verfügung, die Bund und neue Länder im Verhältnis 75 : 25 aufbringen. Zweck dieses Programms ist es, Forschergruppen und Einzelwissenschaftler in die Hochschulen der neuen Bundesländer einzugliedern und damit zur Stärkung der Forschung an den Hochschulen beizutragen. Es sind Forscher und Wissenschaftler, die - wie Sie wissen - aus dem starken Potential der Akademien und Akademieinstitute kommen. Zu Programmbeginn wurden im WIP nahezu 2.000 Personen gefördert. Ende des Jahres 1993 waren es noch knapp 1.800, und die Integrationsquote von 93 Prozent ist - meine ich - ein voller Erfolg, zu dem alle Verantwortlichen und Beteiligten beigetragen haben, auch wenn eine letztendliche Beurteilung erst nach 1996 möglich sein wird. Bis dahin geht es darum, die Geförderten dauerhaft in die Zieleinrichtungen einzugliedern. Allerdings hat es auch einige Schwierigkeiten gegeben, die insbesondere auf die regional ungleichgewichtige Verteilung (knapp 2/3 der WIP-Geförderten arbeiten in Berlin) zurückzuführen sind. In vielen Fällen haben die Geförderten an den Hochschulen bis 1996 befristete Arbeitsverträge, sie werden als Drittmittelpersonal behandelt. Diese Probleme, die noch der Umbruchsituation zuzuschreiben sind, dürften mit zunehmender Stabilität und Planungssicherheit der Hochschulen schrittweise abgebaut werden. Und ich erwähne auch an dieser Stelle, daß das Hochschulerneuerungsprogramm, das ja planmäßig 1996 auslaufen soll, mit den Hochschulsonderprogrammen in den alten Bundesländern zusammengeführt werden soll. Im Augenblick arbeitet eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe daran, hier ein neues Konzept vorzulegen für die Fortsetzung der Förderung über 1995/96 hinaus. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, der Bund-Länder-Kommission bis März nächsten Jahres das Konzept zu übergeben.

Die Personalerneuerung an den ostdeutschen Hochschulen hat - und dies soll nicht beschönigt werden - zu einer Verminderung der Gesamtzahl des wissenschaftlichen Personals bei veränderten Proportionen zwischen den Gruppen des wissenschaftlichen Personals geführt. Die Länderplanungen für 1993 sahen für die Besetzung der 25.900 Wissenschaftlerstellen eine Relation von 2,4 wissenschaftlichen Mitarbeitern je Professur vor. Die Professuren sind zu einem Drittel C4-Stellen, zur Hälfte C3-Stellen, 17 Prozent sind C2-Stellen. Angaben zur Altersstruktur der Wissenschaftler an den Hochschulen stehen gegenwärtig noch nicht zur Verfügung. Der personelle Erneuerungsprozeß schließt einen bedeutenden Personalaustausch ein und ist vor allem in der Gruppe der Professoren noch nicht abgeschlossen. Es ist zu erwarten, daß sich im Ergebnis der Personalbestand an den Hochschulen erheblich verjüngen wird. Dagegen haben wir in den alten Bundesländern die Schwierigkeiten, daß in absehbarer Zeit (bis zum Jahre 2000) über die Hälfte der Professoren die Altersgrenze erreicht, wir einen erheblichen Wiederberufungs- und Neubesetzungsbedarf haben und sich die Frage stellt, ob in hinreichendem Maße wissenschaftlich qualifizierte Nachwuchskräfte dafür zur Verfügung stehen. Jetzt ist für die jungen Leute die Chance da, aber wenn wir nicht weiter den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, werden wir hier in absehbarer Zeit nach 2000/2005, jedenfalls in den alten Bundesländern, erhebliche Probleme haben.

### **3. Infrastruktur und Ausstattung:**

In den Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung stellte sich im Prozeß der notwendig schnellen Umstrukturierung heraus, daß insbesondere die Bausubstanz der Einrichtungen, die Infrastruktur und die Ausstattung, aber auch ihr Umfeld vielfach schlechter waren als ursprünglich angenommen. Deshalb wurde im Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Bundesländern schon 1991 ein Betrag in Höhe von 533 Millionen DM für den Zeitraum 1991 bis 1996 vorgesehen, um kleine Baumaßnahmen im Hochschulbereich durchführen zu können. Ferner wurde bei der Revision dieses Programms im Jahre 1992 ein Investitions Sonderprogramm als Teil des Hochschulerneuerungsprogramms geschaffen, mit dem rund 267 Millionen DM für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen sowie für die apparative Ausstattung der universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Zeitraum von 1993 bis 1996 zur Verfügung stehen.

Baumaßnahmen der Hochschulen der neuen Länder nach dem HBBG wurden und werden mit Priorität gefördert. In den Jahren 1991 bis 1993 betragen die Gesamtausgaben für den Hochschulbau in den neuen Bundesländern mehr als 1,5 Milliarden DM, von denen der Bund die Hälfte aufgebracht hat. Ich erwähne hier auch den Studentenwohnraumbau. Für ihn wurden allein in den Jahren 1991/92 im Rahmen des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost 230 Millionen DM für Sanierung und Modernisierung bereitgestellt. In den Jahren 1993 bis 1997 werden weiterhin 250 Millionen DM für Maßnahmen eines Sonderprogramms für den Neubau und die Sanierung im Studentenwohnraumbau bereitgestellt mit der Maßgabe, daß die Länder und die Träger jeweils 80 Millionen DM hinzuzufügen haben, so daß insgesamt ein Investitionsvolumen für den Studentenwohnraumbau und die Sanierung von etwa 400 Millionen DM in diesem Zeitraum zur Verfügung steht.

### 4. Forschung:

In der Forschung ist ein Neubeginn nicht so einfach zu bewerkstelligen wie beim Hochschulbau. Die Forschung ist in hohem Maße an die sie durchführenden Personen gebunden. Also müssen erst einmal Personen da sein, ehe dann die Forschung entsprechend auch anlaufen kann. Der personelle Wechsel und die Anforderungen des Neubeginns haben die Projektierung neuer Forschungsprojekte erschwert. Dennoch kann die Startphase als sehr erfolgreich bewertet werden. Die Leistungsfähigkeit der Forschung zeigt sich an den Ergebnissen der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. So kamen 1993 17,9 Prozent aller an die DFG gerichteten Einzelanträge aus den neuen Ländern mit einer Erfolgsquote, die nur knapp unter der für die alten Bundesländer liegt. In der Anfangsphase wurden ja nur Kooperationsprojekte durchgeführt, später mit zunehmender Selbständigkeit und Eigenständigkeit der Einrichtungen auch eigene Anträge eingebracht. Ich erwähne hier ebenfalls, daß es neben der Deutschen Forschungsgemeinschaft natürlich eine Reihe von Stiftungen gibt, auch private Stiftungen, die von Anfang an in besonderem Maße Forschungsprojekte in den neuen Bundesländern gefördert haben und weiterhin fördern.

Zwischen den Hochschulen und den neuen außeruniversitären Forschungseinrichtungen im neuen Bundesgebiet ist Zusammenarbeit in Gang gekommen. Die Verknüpfung der Leitung eines außeruniversitären Forschungsinstituts mit einer Berufung als Hochschullehrer wird hierbei als wesentlicher Schritt angesehen. Mitte 1993 gab es bereits

rund 40 gemeinsame Berufungen im neuen Bundesgebiet. Fast alle Blaue Liste-Institute, die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft, die Großforschungseinrichtungen, die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft wie auch Landesforschungseinrichtungen im neuen Bundesgebiet haben in noch erheblich größerem Umfang weitere gemeinsame Berufungen vorgesehen.

Das vielfache Wahrnehmen neu eröffneter Chancen ist es, was mich insgesamt, meine Damen und Herren, optimistisch stimmt. Der Umbau der Hochschulen in den neuen Bundesländern wird gelingen. Es gibt manche berechtigte und manche verständliche Klage sowohl von Hochschullehrern wie von Studierenden. Manche Wünsche und Erwartungen sind unerfüllt geblieben, einige wurden übrigens völlig zu unrecht vorgebracht, z. B. auch überzogene Ausstattungsansprüche bei Berufungsverhandlungen. Zwar beklagen Studierende, daß mit der Erneuerung mangelnde Orientierung einhergeht - und dies ist angesichts des dramatischen Wandels in einigen Fächern ja auch verständlich. Viel wichtiger aber ist, daß die neuen Studienangebote, insbesondere die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, umfassend genutzt werden und wir hier eine erhebliche Zunahme an Studienanfängern zu verzeichnen haben.

Ich möchte hoffen und wünschen, daß die zur Zeit vorhandenen hervorragenden Betreuungsrelationen auch weiterhin gehalten werden können. Sie haben hier viele Möglichkeiten - ich werde gleich noch einmal auf das, was Herr Wagemann gesagt hat, eingehen -, natürlich sozusagen reformierend in unser Hochschulwesen einzugreifen. Die künftig steigende Nachfrage nach Studienplätzen trifft - und dies ist entscheidend - auf ein regional und fachlich sowie institutionell differenziertes Angebot an Studienmöglichkeiten an den Hochschulen.

Meine Damen und Herren, der Rohbau der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern ist, meine ich, fertiggestellt. Jetzt geht es um die Innengestaltung, um die inhaltliche Profilierung, und ich denke, nun beginnt der eigentliche Erneuerungsprozeß im Sinne der Definition, die Herr Wagemann versucht hat, nämlich aus dieser Situation heraus, daß die personelle und die Infrastruktur, d. h. der äußere Rahmen, gegeben sind. Nun muß auch die inhaltliche Erneuerung folgen, neue Studiengänge müssen und sollten konzipiert werden. Die Hochschuleinrichtungen in den neuen Ländern sollten wirklich ihre Chance nutzen, zu einer echten inhaltlichen Erneuerung der Hoch-

schulen beizutragen. Das ist das, was die neuen und die alten Bundesländer brauchen.

Ich habe immer wieder gesagt, wir dürfen die Chance nicht verpassen, die wirklich notwendigen Erneuerungen und Strukturreformen durchzuführen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß wir die alten Gleise, aus denen wir in den alten Bundesländern nicht herausgekommen sind, jetzt mit Fleiß in den neuen Bundesländern ausbaggern, sondern wir müssen das, was hier an Erneuerungspotential da ist und an neuen Erkenntnissen gewonnen wird, nutzen, um die notwendigen Reformen in den alten Bundesländern und ihren Einrichtungen durchzuführen.

Es steht nämlich unabhängig von dieser einigungsbedingten Entwicklung die Neustrukturierung der Hochschulausbildung in der Bundesrepublik insgesamt an, und wir erhoffen uns hier maßgebliche Impulse aus dem tatsächlichen Erneuerungsprozeß in den neuen Bundesländern.

Die bisherigen Ausbildungsstrukturen genügen nur noch bedingt den individuellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Anforderungen. Bund und Länder stimmen hinsichtlich der hierfür erforderlichen Maßnahmen bis zum Jahr 2000 weitgehend überein. Bildung und Wissenschaft müssen den steigenden Anforderungen einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gerecht werden. Bund und Länder können natürlich nur für den äußeren Rahmen sorgen; was den Inhalt betrifft, das muß von der Wissenschaft, das muß von den Hochschulen geleistet werden. Die grundlegende Erneuerung und Modernisierung der Hochschulen in dem vereinten Deutschland ist unter den veränderten Wettbewerbsbedingungen in einem ökonomisch und politisch zusammenwachsenden Europa eine zentrale gemeinsame Gestaltungsaufgabe, die mit dem Umbau des Hochschulsystems in den neuen Ländern allenfalls begonnen hat, ganz sicher aber nicht abgeschlossen ist. Deswegen gehe ich davon aus, daß mit diesem inhaltlichen Erneuerungsprozeß, zu dem die materiellen Voraussetzungen weitgehend gegeben sind, daß wir mit und aus diesem inhaltlichen Erneuerungsprozeß heraus auch unsere zukünftige Aufgabe in dem europäischen Integrationsprozeß wahrnehmen können.

Ich bin sicher und weiß, daß nicht alles schon so ist, wie es sich jeder wünscht. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten eine Reihe von Einrichtungen in den neuen Bundesländern besucht und glaube aus meiner beruflichen Erfahrung heraus durchaus Vergleiche ziehen zu können. Die Sache ist nach meiner Auffassung auf einem guten

Wege. Lassen Sie uns jetzt darüber beraten, wo noch Defizite sind, wie wir die Defizite ausgleichen können. So möchte ich Ihnen zurufen: ein herzliches Glückauf und viel Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit zur Umgestaltung des Hochschulwesens, des Bildungswesens in den neuen Bundesländern.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

*Hinrich Enderlein*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich will mich in meinen Ausführungen mit den aus meiner Sicht sehr hilfreichen Fragestellungen beschäftigen, die von der Projektgruppe Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst formuliert worden sind.

Es geht zunächst um die Chancen, die die neuen Strukturen an den ostdeutschen Hochschulen für die jeweilige Landesentwicklung bedeuten. Sodann werde ich mich mit den Gestaltungsräumen beschäftigen, die durch die Erneuerung des Hochschulsystems für die neuen Länder entstanden sind. Und schließlich werde ich mich auch der Frage zuwenden, welche innovativen Impulse vom Umbau des Hochschulsystems in den neuen Ländern länderübergreifend ausgehen können.

Wenn ich im folgenden dabei insbesondere von den brandenburgischen Erfahrungen spreche, so bin ich mir darüber im klaren, daß Brandenburg in einigen Bereichen einen Sonderweg beschritten hat, beschreiten mußte. Insoweit werde ich natürlich zunächst brandenburgische Erfahrungen wiedergeben. Trotzdem glaube ich, daß hieraus zumindest Tendenzen abgeleitet werden können, die für die anderen ostdeutschen Länder ebenfalls zutreffen.

Für Brandenburg war von Anfang an klar, daß der Aufbau einer leistungsfähigen Hochschullandschaft eng mit der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung des Landes verbunden sein muß. Bei der Gründung der Universitäten und Fachhochschulen haben deshalb Entwicklungsachsen der Landespolitik eine zentrale Rolle gespielt. Dazu gehört, daß die Hochschulgründungen den Entwicklungsschwerpunkten des Landes gefolgt sind. Deshalb haben wir in drei der vier Oberzentren des Landes, nämlich in Cottbus, Frankfurt und Potsdam, Universitäten gegründet und in dem vierten, in Brandenburg, eine Fachhochschule. Andere Fachhochschulen tragen der Entwicklung der anderen Räume des Landes Rechnung. Eberswalde, Senftenberg und Wildau sind Standorte, die unterschiedliche Aspekte der Landespolitik aufgreifen. Mit der Gründung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) haben wir der Ost-West-Komponente der brandenburgischen Landespolitik und sicher auch der deutschen Politik insgesamt Rechnung getragen. Wie stark das polnische Interesse und

darüberhinaus das Interesse anderer Staaten Osteuropas an dieser Universität ist, muß ich nicht erst weiter ausführen. Wichtig wird sein, daß mittel- bis langfristig auch die Westkomponente an dieser Universität zum Tragen kommt. Wichtig wird weiter sein, daß andere Bereiche der Landespolitik zu einem Ausbau des Standortes beitragen, denn die Hochschule allein kann das nicht alles leisten. Im Gegenteil, sie ist sogar gerade in der Gründungsphase auf die Attraktivität des Standortes angewiesen. Gegenwärtig wirkt sich der Standort eher noch ungünstig auf die Hochschulentwicklung aus.

Die Technische Universität Cottbus ist bewußt an einem künftigen Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Brandenburg angesiedelt worden. Die geschundene Braunkohleregion braucht dringend innovative Impulse, die von einer Technischen Universität und auch von der Fachhochschule Lausitz ausgehen werden. Die enge Kooperation mit der Wirtschaft wird für die beiden Hochschulen dieser Region ein Markenzeichen sein.

In Potsdam wird eine Linie aufgenommen, die insbesondere eine enge Verzahnung außerhochschulischer Forschungseinrichtungen mit den Hochschulen zum Ziel hat. Wenn gerade von 40 gemeinsamen Berufungen die Rede war, dann kann ich hier anmerken, daß mehr als die Hälfte davon in Potsdam vollzogen worden sind. Diese Verzahnung entspricht im übrigen auch einer Empfehlung des Wissenschaftsrates, der mit Nachdruck eine stärkere Anbindung der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen an die Hochschulen gefordert hat. Darüber hinaus werden in Potsdam einige Grundbedürfnisse des Hochschulangebots in einem Land erfüllt - wie die Lehrerbildung - und andere Fächer eines eher klassischen Universitätsprofils.

Mit den Fachhochschulen hat Brandenburg voll auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates gesetzt, der 40 Prozent der Hochschulkapazität für den Fachhochschulbereich reklamiert hat. Diese Zahl ist bei den brandenburgischen Planungen zugrunde gelegt worden. Darüber hinaus sollen die Fachhochschulen insbesondere durch eine enge Kooperation mit dem sich entwickelnden Mittelstand dazu beitragen, daß Defizite im wirtschaftsnahen Forschungsbereich ausgeglichen werden können. Die Fachhochschulen, die sehr stark zum Technologietransfer beitragen werden, sind aus der Sicht der Landesentwicklung ein unverzichtbarer Bestandteil für die Ausbildung einer qualifizierten mittelständischen Wirtschaft.

Dabei werden auch Besonderheiten berücksichtigt. Der Berlin nahe Standort Wildau trägt der Tatsache Rechnung, daß Berlin Fachhochschulkapazitäten anbietet, die weit unter dem Bedarf liegen. Hier kann ein Ausgleich geschaffen werden. Mit dem Standort Eberswalde ist eine einmalige und für die brandenburgische Entwicklung wichtige Kombination von Standort und Studiengängen gelungen. Mit Forstwirtschaft und Landes- und Bodenkunde werden Studiengänge angeboten, die in unmittelbarer Nachbarschaft des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin ideal angesiedelt und für die gesamte Landesentwicklung enorm wichtig sind.

Ein Defizit besteht noch im Norden des Landes, wo auch wegen sehr schwieriger Bevölkerungsstrukturen zunächst noch keine Hochschulangebote vorgesehen sind. Die weitere Entwicklung wird diesem Manko Rechnung tragen müssen. Gegenwärtig ist eine Expertenkommission an der Arbeit, um Vorschläge für die weitere Entwicklung von Fachhochschulen insbesondere im Norden des Landes zu erarbeiten und dabei auch die inhaltliche Ergänzung und Weiterentwicklung des bestehenden Fachhochschulangebots kritisch zu überprüfen.

Unter dem Strich zu diesem Punkt: Landesentwicklung in Brandenburg setzt voll auf die Hochschulen, und die Hochschulen sind integrierter Bestandteil aller Landesentwicklungskonzepte.

Wenn ich zu den Gestaltungsräumen komme, dann sind hier insbesondere zwei Faktoren zu nennen, die für die Entwicklung maßgeblich sind. Einmal sind es die finanziellen Spielräume oder Engpässe, die natürlich die Gestaltung erheblich und entscheidend beeinflussen. Und zum anderen ist es die Hochschulreformdiskussion in der gesamten Republik, die maßgeblich auf die Entwicklung des Hochschulsystems in den neuen Ländern Einfluß nimmt. Für die neuen Länder war das zeitliche Zusammentreffen von Hochschulaufbau und wirtschaftlicher Rezession ein erheblicher Dämpfer. Finanzielle Zwänge auf Seiten des Bundes und der Länder haben von Anfang an dafür gesorgt, daß den Entwicklungsmöglichkeiten sehr enge Grenzen gezogen waren. Das traf zusammen mit anderen Einschränkungen, die sich insbesondere aus dem Aufbau der Verwaltung, der unglaublich schwierigen Eigentums- und Liegenschaftsproblematik und auch aus den Personalproblemen ergaben. Ich will diese Bereiche hier nur streifen.

Was die finanziellen Aspekte angeht, ist für Brandenburg hinzuzufügen, daß eine im Aufbau befindliche Hochschullandschaft ein Land weit weniger beansprucht als eine bereits voll ausgebildete und sich in Umstrukturierungen befindende Wissenschaftslandschaft. Wenn ich etwa die Länder Sachsen und Brandenburg vergleiche, dann stellt sich in Sachsen von Anfang an der Anspruch an die Finanzen des Landes für den Hochschul- und Forschungsbereich mit über 10 Prozent des Landesetats dar, während Brandenburg im laufenden Jahr gerade bei knapp 4 Prozent des Haushalts angekommen ist. Insofern belastet dieser Aufbau die finanziellen Ressourcen des Landes weit geringer als in anderen Ländern. Allerdings werden wir auch Größenordnungen von 7 bis 8 Prozent des Haushaltes erreichen, freilich erst bei einem voll ausgebauten System. Dabei haben wir - auch das will ich nur anmerken - auf besonders kostspielige Aspekte der Hochschullandschaft verzichtet. Ich nenne hier nur die Medizin gerade mit Blick auf Berlin, die uns allein im investiven Bereich bei einer voll ausgebauten Fakultät mit ca. 2 Mrd. DM belastet hätte. Ganz zu schweigen von den künftigen Betriebskosten und der Tatsache, daß dann natürlich die Diskussion in Berlin erst richtig losgegangen wäre. Sie ist ja auch so im vollen Gange.

Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen insgesamt davon ausgehen, daß eine Erhöhung und Verstetigung der Mittel für die Hochschulen erreicht wird, wenn wir ernst nehmen wollen, daß weiter vom Wirtschaftsstandort Deutschland geredet wird, dem ich nur dann eine Chance gebe, wenn er flankiert wird von einem Wissenschaftsstandort, der Forschung und Entwicklung auch finanzielle Priorität einräumt. In diesem Zusammenhang danke ich dem Bundesbildungsminister ausdrücklich für sein Engagement. Wenn wir in dem kommenden Jahr und in den darauffolgenden Jahren die 2 Mrd. DM des Bundes sichern können, können wir den Hochschulbau in klar definierten Entwicklungsschritten vorantreiben. Natürlich wissen wir alle, daß wir eigentlich noch mehr brauchen. Ich unterstütze Sie auch ausdrücklich in dem Bemühen, lieber Herr Kollege Laermann, die Hochschulsonderprogramme und das Hochschulerneuerungsprogramm fortzuführen. Insbesondere beim Wissenschaftlerintegrationprogramm ist eine Fortsetzung über das Jahr 2000 hinaus dringend geboten, wenn es denn den Anfangserfolg fortführen will. Wenn das in einem gemeinsamen Programm eingebracht werden kann, entfallen hier ganz wesentliche Sorgen, die mit dem zeitlich zu eng definierten Hochschulerneuerungsprogramm zusammenhängen.

Der inhaltliche Aspekt der Gestaltungsräume steht in enger Verbindung zu der bundesweit diskutierten Hochschulstrukturreform. Ich denke, hier zeigt sich, daß die neuen Länder einen großen Startvorteil bei der Umsetzung dieses Reformprogramms haben. Insbesondere in Brandenburg wird sehr deutlich sichtbar, daß es sehr viel einfacher ist, etwa die 10 Thesen des Wissenschaftsrates beim Aufbau einer neuen Wissenschaftslandschaft zugrunde zu legen, als sie einem System abtrotzen zu müssen, das, wie in den alten Bundesländern, seinen eigenen Reformunwillen nur allzu häufig unter Beweis gestellt hat. Ohne es hier im einzelnen ausführen zu wollen, nenne ich nur einige Stichworte, die für uns nicht Gegenstand von Reformen, sondern Grundlage der Entwicklung sind. Ich nenne kleine Hochschulen, kurze Studienzeiten, gute Betreuungsrelationen, Betonung des Weiterbildungsangebots, hohe Fachhochschulkapazitäten und eine besondere Betonung der Lehre. Die organisatorischen Punkte werden sicher erst später greifen, wenn die Aufbauphase abgeschlossen worden ist.

Aus meiner Sicht heißt das, daß wir am Ende dieses Jahrzehnts oder kurz danach in Brandenburg und vielleicht auch in den anderen neuen Bundesländern ein Hochschulsystem haben werden, das den Anforderungen entspricht, die der Wissenschaftsrat an die weitere Entwicklung der Wissenschaftslandschaft gestellt hat. Dagegen werden es die alten Länder erheblich schwerer haben, ihr System zu transformieren, um dieselben Ergebnisse zu erreichen. Ich persönlich habe dabei insbesondere den Ehrgeiz, einen erheblichen Teil dieses Programms durchzusetzen, ohne mit Sanktionen zu arbeiten; denn wir müssen ja nicht einen schlechten Zustand ändern, sondern wir brauchen einen für richtig erkannten Zustand nur zugrunde zu legen. Wenn uns das gelingt, haben wir, denke ich, auch einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Hochschulautonomie geleistet und nicht einer weiteren Verrechtlichung und Verregelung der Hochschullandschaft Vorschub geleistet.

Wenn ich mich abschließend den innovativen Impulsen zuwende, dann weiß ich, daß wir uns ständig auf einem engen Grad zwischen Innovation und Anpassung in den vergangenen vier Jahren bewegt haben. Die Bilanz sieht, so denke ich, so ganz schlecht nicht aus, auch wenn es jetzt sicher noch zu früh ist, abschließende Ergebnisse vorzutragen. Der Anpassungsdruck kam natürlich zu einem erheblichen Teil aus dem Westen von Hochschulen, von Fakultätentagen, von einzelnen Wissenschaftlern und war nicht selten gepaart mit dem Hinweis, daß alles, was wir hier im Osten anders

machen, automatisch von geringerer Qualität sein müsse als das, was der Westen unter dem berühmten Motto anbietet: "Das haben wir schon immer so gemacht; das haben wir noch nie so gemacht; da könnte ja jeder kommen."

Trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind da einige Innovationen entstanden, von denen ich mir natürlich erhoffe, daß sie die Hochschullandschaft auch im Westen ein bißchen aufmischen werden. Ich nenne drei Hochschulmodelle, die ich als Reformmodelle in der deutschen Hochschullandschaft sehe, ohne daß ich das jetzt im einzelnen ausführen kann. Das wird sicher noch im weiteren Verlauf des Tages diskutiert werden.

Da ist das einmalige Konzept der Europa-Universität Frankfurt (Oder), das mit seinem hohen Anteil ausländischer, zunächst insbesondere polnischer Studierender und seinem interessanten integrativen Studienansatz sicher keine vergleichbaren Konzepte in der Bundesrepublik antrifft. Ein Reformmodell ist auch die Technische Universität Cottbus, die ganz bewußt als kleine Technische Universität mit kompakten Fakultäten, gewissermaßen als Gegenmodell zu dem großen Tanker TU Berlin konzipiert worden ist. Und schließlich ist die bereits erwähnte Fachhochschule Eberswalde - zudem als landesübergreifende Fachhochschule angelegt - ein Modell, in dem sich in einmaliger Weise landschaftsbezogene regionale Aspekte und Studiengänge aufeinander beziehen. Daß wir darüber hinaus einen externen Studiengang als Modell an einer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung betreiben, der sehr aufmerksam überall in der Bundesrepublik beobachtet wird und hoffentlich Folgerungen haben wird, erwähne ich nur am Rande.

Auch mit einigen Studiengängen oder Fakultäten sind uns Innovationen gelungen, die Beachtung verdienen. Ich nenne das neue Konzept einer kulturwissenschaftlichen Fakultät in Frankfurt, das Potsdamer Modell der Lehrerbildung, die Fakultät für Umwelt- und Verfahrenstechnik in Cottbus und die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät in Potsdam als Beispiele. Ich will auch darauf nur stichwortartig verweisen, weil es sicherlich im Verlauf der Veranstaltung weiter behandelt wird.

Wenn ich Bilanz ziehen soll, dann ist dafür der Zeitpunkt natürlich noch zu früh. Eine Bilanz, die auf die vergangenen vier Jahre ausgerichtet ist, fällt zwangsläufig ambivalent aus. Vor allem die alltäglichen Schwierigkeiten sind nach wie vor enorm. Ich nenne hier an erster Stelle die Bewältigung der Raumprobleme, die uns fast täglich

schier unüberwindliche Hindernisse schaffen. Dadurch wird auch das Aufbautempo leider maßgeblich beeinflusst. Auf der anderen Seite zeigt aber der Vergleich der Situation des Jahres 1990 mit der des Jahres 1994, wie unglaublich viel bereits in den vergangenen vier Jahren geleistet worden ist. Ich glaube, kaum jemand wäre im Jahre 1990 bereit gewesen, diesen jetzt erreichten Zustand auch nur annähernd vorherzusagen. Daß wir das erreicht haben - und das will ich hier auch unterstreichen -, verdanken wir ganz wesentlich den vielen Menschen, die bei den Gründungen der Hochschulen in Brandenburg tätig gewesen sind. Und was mich besonders froh macht, ist die Tatsache, daß diese Aufbauleistung ohne eine enorme personelle Unterstützung aus den alten Bundesländern nicht möglich gewesen wäre. Ich meine damit ausdrücklich diejenigen Wissenschaftler, meine sehr verehrten Damen und Herren, die sich aufgemacht haben zu helfen, die sich bewegt haben und nicht die Nesthocker, die aus ihrer Deckung heraus - aus ihrer Deckung eines unbeweglichen Systems heraus, so muß man sagen - die Entwicklung im Osten manchmal recht hämisch kritisch kommentiert haben.

Ich unterstreiche den Punkt der Hilfe abschließend deshalb so nachdrücklich, weil gerade in letzter Zeit sehr viel von trennendem und fehlendem Zusammenwachsen die Rede war. Für die Hochschulentwicklung gilt das nicht. Wie viele Wissenschaftler in Gründungssenaten, Strukturkommissionen, Berufungskommissionen, landesweiten Kommissionen mitgearbeitet haben, das nötigt Respekt ab. Das ging häufig über die Grenze der Belastbarkeit hinaus. Es war ehrenamtlich, und es wurde neben den weiterlaufenden Tätigkeiten an der eigenen Hochschule geleistet. Nicht selten ist diese Arbeit sicher auch zu Lasten der Tätigkeit an der eigenen Hochschule geleistet worden, die sich ja auch nicht gerade in den rosigsten Umständen befand.

Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine erste Bilanz, die man ziehen kann, ist, daß die bisherige Hochschulentwicklung in Ostdeutschland nur dank massiver Hilfe durch die Hochschulen im Westen möglich war. Mein Fazit ist, daß hier die deutsche Einheit sehr viel besser funktioniert hat als in vielen anderen Bereichen. Vielen Dank.

# **Plenarvorträge: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation**

*Winfried Benz*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich bedanke mich bei den Veranstaltern für die Einladung, aus der Sicht des Wissenschaftsrates zu bilanzieren: Wie sieht es nach vier Jahren mit der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern aus? Pendeln die Hochschulen in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Anpassung und Innovation, oder ist am Ende aller bisherigen Anstrengungen nicht mehr als ein Abklatsch des Westens mit allen seinen Stärken aber auch seinen schweren Dauerleiden herausgekommen? Die theoretische Frage nach Innovation als überwiegendem Charakteristikum der Hochschulentwicklung würden sie, meine verehrten Zuhörer, mir möglicherweise verübeln, weil sie dahinter unkaschierten Hohn vermuten könnten. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Der Wissenschaftsrat muß im Rückblick über die Wirkungen seiner Beiträge zur Entwicklung der Hochschullandschaft in Berlin und in den fünf neuen Bundesländern, denke ich, nicht unzufrieden sein. Diese Feststellung schließt Selbstkritik nicht aus. Viele, ja die meisten seiner Empfehlungen zur außeruniversitären Forschung und zu den Hochschulen sind umgesetzt. Der gelegentlich zu hörende Vorwurf an seine wissenschaftliche Kommission, sie setze sich gegen Politik und Administration zu wenig durch, gehe zu früh in die Knie, wird und wurde für den Einigungsprozeß von keiner Seite erhoben. Und die Umsetzungsquote im Hochschul- und außeruniversitären Forschungsbereich war so hoch, daß im Gegenteil aus dem Lager der Politik Bedenken kamen, der Wissenschaftsrat habe sich ungewöhnlich nahe an den Bereich der Parlamente und der demokratisch legitimierten und verantwortlichen Kräfte herangebegeben.

Bei der Erarbeitung seiner Vorschläge und Empfehlungen für den Umbau und die Neustrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern folgte der Wissenschaftsrat im wesentlichen fünf strukturellen und zwei prozeduralen Leitlinien. Ich möchte sie kurz in Erinnerung rufen.

Leitlinie 1: Stärkung der Forschung durch Integration von Akademiewissenschaftlern in die Hochschulen

Leitlinie 2: Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen

Leitlinie 3: Spezialhochschulen integrieren

Leitlinie 4: Leistungsfähige Fachhochschulen gründen

Leitlinie 5: Entspezialisierung der Studiengänge.

Und jetzt die beiden Leitlinien zum Procedere.

Leitlinie 6: Erneuerung vor Neugründung

Leitlinie 7: Auseinanderhalten von zwei Zeitphasen für den Hochschulaußenbau; die erste bis 1995/96 und die zweite danach.

Zur strukturellen und inhaltlichen Erneuerung des Hochschulwesens in den neuen Ländern schlug der Wissenschaftsrat die temporäre Aussetzung der Hochschulautonomie sowie eine angemessene 'Durchmischung' des wissenschaftlichen Personals mit Wissenschaftlern aus den alten und den neuen Ländern vor. Strukturelle und personelle Grundlagen für die vom Grundgesetz geschützte Wissenschaftsfreiheit mußten erst geschaffen werden. Hochschulstrukturkommissionen und mit Externen besetzte Berufungskommissionen sollten vorübergehend an die Stelle der im Westen üblichen Selbstverwaltungsorgane treten.

Umbau und Neustrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern standen a priori unter der Vorgabe einer 'Einpassung' in die im Westen bestehenden föderalen Strukturen. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 und der damit verbundenen Geltung des Hochschulrahmengesetzes und anderer Rechtsvorschriften für die neuen Länder, "mit dem ungeheuren Anpassungsdruck" - um Frau Mayntz zu zitieren - auf die institutionelle Hinterlassenschaft der DDR blieb so gut wie kein Spielraum für echte Alternativen zum westdeutschen Hochschulsystem oder für

dritte Wege. An dieser Stelle kommt Kritik am Wissenschaftsrat von einer Seite, die ernst zu nehmen ist. Ein ehemaliges Mitglied des Wissenschaftsrates, das einige Zeit auch Vorsitzender seiner wissenschaftlichen Kommission war, Herr Neidhardt, formuliert vorsichtig aber sehr entschieden: "Vielleicht", so meint er, "hätte der Wissenschaftsrat Initialzündungen im westdeutschen Hochschulwesen als Voraussetzung von neuen Wegen in den neuen Ländern auslösen oder zumindest wirksam anmahnen können. Weil er es nicht tat, als es darauf ankam, seine eigene Kritik am westdeutschen Hochschulsystem für die Gestaltung neuer Hochschulen in Ostdeutschland zu nutzen, blieb der Wissenschaftsrat unter seinen Möglichkeiten" - eine schöne Formulierung, wie ich finde.

Ich möchte diese Kritik nicht mit lockerer Geste beiseite wischen. Hierüber wird im historischen Rückblick gewiß noch zu sprechen und zu schreiben sein. Aber die Bedingungen der Erneuerung waren schwierig und der Wissenschaftsrat durfte gerade in der Stunde seiner besonderen Herausforderung Wünschbares und Machbares nicht miteinander gleichsetzen. Ich erlaube mir heute und hier nur als Beispiel den Hinweis darauf, welchen Sturm der Entrüstung der Wissenschaftsrat in den westlichen Bundesländern ausgelöst hätte, wenn er sich im Sinne eines einigungsbedingten Lastenausgleichs dafür eingesetzt hätte, die KapVO in den neuen Bundesländern außer Kraft zu setzen.

Zu den Rahmenbedingungen gehörten auch die von Anfang an vorhandene Finanzknappheit in den neuen Ländern und politische Erwartungen an eine möglichst rasche Normalisierung. Hinzu kam, wie es kürzlich der Rektor der Universität Leipzig formuliert hat, "die Tragik der zeitlichen Überlappung von Personalreduzierung und personeller Erneuerung". Der vorhandene Problemdruck erlaubte keine Experimentierphasen, noch einmal zitiert Neidhardt, "geschweige denn, ganz neue Wege anzulegen und zu beschreiten".

Nun zur Bilanz. Ich beginne mit der Leitlinie 1, die der Wissenschaftsrat nicht grundlos an die Spitze seines Leitlinienkatalogs gestellt hat. Die eigene, veröffentlichte Erläuterung dieser Leitlinie wirkt wie ein Befreiungsschlag oder die Flucht nach vorn. Der Wissenschaftsrat weist auf Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieser Leitlinie, ich zitiere, "vor allem wegen der personellen Überbesetzung der Hochschulen und der immensen Finanznot der neuen Länder" hin. Er spricht von weiteren Hemmnissen und

nennt als Beispiel die Rückkehrproblematik, wenn Wissenschaftler in die Universitäten wieder Einzug halten wollen, die sich früher davongemacht hatten, um unter Ausnutzung des Akademieprivilegs die Lehrbelastung loszuwerden. Die Leitlinie macht dem Wissenschaftsrat bis heute zu schaffen. Zunächst waren es in seinem Arbeitsprogramm die Chemiezentren in Berlin und die Blaue Liste mit ihrer sprunghaften Vergrößerung im deutschen Einigungsprozeß von 47 auf 82 Institute mit rund 9.000 Mitarbeitern und einem Haushaltsvolumen von über 1 Milliarde DM. Während dem Wissenschaftsrat mit einem Institut für angewandte Chemie in Berlin auf der Basis einer Vereinslösung als Auffangbecken für die Chemiezentren eine allgemein anerkannte und inzwischen realisierte Empfehlung gelungen ist, sind seine Empfehlungen aus der Zeit des Vereinigungsprozesses zur Errichtung zahlreicher Blaue Liste-Institute in Verbindung mit den Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 bis heute vielen suspekt, für manche sogar Verrat an der Sache der Wissenschaft, weil damit eine Kuckucksei in das Nest ausgewogener Wissenschaftsinteressen und etablierter Wissenschaftsorganisationen gelegt worden sei. Für den Wissenschaftsrat hätte nichts näher gelegen als die Leitlinie 1 ernst zu nehmen und Blaue Liste-Lösungen für ehemalige Akademieinstitute oder Akademieforscherguppen nur in Ausnahmefällen vorzusehen. Aber der Umstand, daß die Finanzierung der Grundausstattung für universitäre Forschung Ländersache ist und strikte finanzpolitische Grenzen gezogen waren, mußte nolens volens das Blau des Verzeichnisses außeruniversitärer, in Gemeinschaftsaufgabe finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen als realistische Möglichkeit der Sicherung einer Bundesmitfinanzierung immer attraktiver erscheinen lassen. Die Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 sind insoweit die konsequente Fortsetzung der Position des Wissenschaftsrates im Einigungsprozeß, als der Umfang der Blauen Liste und das Erfordernis, sie nicht zu einer geschlossenen Gesellschaft zu machen, sondern offen zu halten, organisatorische Maßnahmen ebenso erforderlich machen wie eine harte Evaluation, um künftig noch stärker die Spreu vom Weizen zu trennen.

Wer sich näher mit der Arbeit des Wissenschaftsrates im Einigungsprozeß befaßt, entdeckt, daß er die Ergebnisse des Evaluationsausschusses für die außeruniversitäre Forschung einerseits und des Strukturausschusses für die künftige Hochschullandschaft in den neuen Ländern andererseits nie in dem dafür vorgesehenen Koordinationsausschuß zusammengeführt hat. Liegt hier nicht eine maßgebliche Ursache dafür, daß zuviel außeruniversitäre Forschung nach der Wiedervereinigung außerhalb der

Hochschulen blieb? Abgesehen vom ungeheuren Zeitdruck: Was hätte angesichts der Finanzsituation zusammengeführt werden sollen? Es hätte nicht einmal die Reisekosten und Tagegelder der Mitglieder eines Koordinationsausschusses gelohnt, um ausdrücklich festzustellen, daß die Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates in den Akademien unter anderem erhaltenswerte exzellente 'Hochschulforschung' vorgefunden haben, für die leider keine aufnahmebereiten und -fähigen Hochschulen zu finden sind. Beispiele mühsamer Prozesse vom außeruniversitären in den universitären Bereich hinein verdeutlichen dies.

Nach wie vor sind nur Zwischenstationen für die über das Wissenschaftlerintegrationsprogramm im Hochschulerneuerungsprogramm geförderten ehemaligen Akademiemitglieder erreicht. Die Nagelprobe steht gegen Ende des Jahres 1996 noch bevor. Und demnächst, in seinen Sommersitzungen Anfang Juli in Berlin, wird der Wissenschaftsrat sich bemühen, dazu beizutragen, daß die Institution Geisteswissenschaftlicher Zentren etabliert und für die bestehenden geisteswissenschaftlichen Schwerpunkte langfristige Lösungen geschaffen werden, damit die Geisteswissenschaften, wie es gelegentlich formuliert wird, nicht zum großen Verlierer der deutschen Vereinigung werden.

Gegen den Vorwurf, in den neuen Bundesländern spiele sich die Forschung im wesentlichen außerhalb der Hochschulen in außeruniversitären Einrichtungen ab oder wandere gar aus den Universitäten aus, woran der Wissenschaftsrat ein gerüttelt Maß an Schuld trage, sprechen unter anderem eindrucksvolle Zahlen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Forschungsförderung in den neuen Bundesländern. Nicht ohne berechtigten Stolz konnte der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft kürzlich aufzählen, was hier alles getan wird. Ich erspare mir jetzt aus Zeitgründen einzelne Zahlen, will aber doch noch einmal auf die Graduiertenkollegs und auf die Vorbereitung von Innovationskollegs hinweisen. Von 65 Voranträgen sollen in diesem Jahr noch 6 oder 7 Kollegs etabliert werden.

Im engsten Zusammenhang mit Leitlinie 1 steht die Leitlinie 2, weil die dem Wissenschaftsrat aus den Umständen heraus aufgedrängte Flucht in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für ihn selbst nur erträglich ist, wenn die Forschungspotenz außerhalb der Hochschulen in möglichst enge Kooperation mit den Hochschulen tritt. Hier liegt noch manches im argen, und es bleibt zu hoffen, daß Vorbehalte zu derarti-

gen Kooperationen nicht aus dem Westen in den Osten exportiert werden. Der frühere Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Herr Neuweiler - Sie werden ihn heute noch erleben -, geriet vor wenigen Wochen auf einem Symposium der Leopoldina förmlich ins Schwärmen, als er als Offensive gegen die derzeitige Finanzkrise themenspezifische Wissenschaftsregionen unter Einbeziehung von Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, von Fachhochschulen und von regionaler Industrie skizzierte. Der Forschungsverbund von Universitäten und Großforschungseinrichtungen, Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und Blaue Liste-Instituten, so seine Feststellung am praktischen Beispiel, laufe in Potsdam mit gemeinsam getragenen Studiengängen, mit Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs reibungsloser und effizienter als im Westen.

Fast ungetrübtes Wohlbehagen kann der Wissenschaftsrat empfinden, wenn er auf seine Leitlinie 4 zurückblickt. Mit seiner Empfehlung, leistungsfähige Fachhochschulen zu gründen und dies so rasch wie möglich zu tun, hat er nach derzeitiger Beurteilung offensichtlich ins Schwarze getroffen. Eine solche Entwicklung war abzusehen, aber keineswegs seiner Zeit bei der Empfehlungsabfassung als Prognose unumstritten. Vielmehr zogen von den Fakultätentagen falsche Propheten aus und verkündeten, eine weit verbreitete Stimmung in den neuen Ländern nutzend, nur die Universitäten seien die wahren Hochschulen, auf Fachhochschulen würde man die eigenen Kinder nicht schicken. Die anfängliche Akzeptanzproblematik in den neuen Bundesländern ist weitgehend gewichen. Das praxisorientierte Studium wird als eine gerade in den neuen Bundesländern gut geeignete Studienform erkannt. Mittelfristig könnte der Anteil der Fachhochschulstudienplätze in sämtlichen neuen Ländern deutlich höher liegen als in den alten Ländern. Die durch entsprechende Strukturentscheidungen abgesicherten Planungen der neuen Länder gehen mitunter bis zu einem Kapazitätsanteil von knapp 50 Prozent.

In den neuen Bundesländern, wo viele Fachhochschulen aus bereits bestehenden Hochschulen entstanden sind, kann die Versuchung da und dort groß sein, durch Einebnung der Abgrenzungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen doch noch zu erreichen, was während des deutschen Einigungsprozesses im ersten Schritt vergeblich angestrebt worden war: universitätsgleicher Status. Im Sommer des vergangenen Jahres ist der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates mehrfach für ein Promotionsrecht der Fachhochschulen bemüht und zitiert worden, obwohl er rasch

klargestellt hat, daß er mißverstanden worden sei und das Promotionsrecht den Universitäten vorbehalten wolle. Der Wissenschaftsrat hat in der Vergangenheit stets und besonders durch seinen derzeitigen neuen Vorsitzenden betont, daß die Profillinien zwischen Universitäten und Fachhochschulen nicht verwischt werden dürfen. Dies heißt allerdings nicht, daß die Fachhochschulen nichts mit Forschung zu tun haben sollten. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen aus dem Jahre 1991 zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren ausdrücklich den Forschungsauftrag der Fachhochschulen betont und ihn damit begründet, daß die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die dem Bildungsauftrag der Fachhochschulen entsprechend aus der Berufspraxis stammen sollten, ein Abkoppeln der fachlichen Kompetenz der Hochschullehrer von den Fortschritten in Wissenschaft und Berufspraxis verhinderten. Außerdem hat er sich für den verstärkten Einsatz von Mitarbeitern mit Hochschulabschluß außerhalb kapazitätsrelevanter Lehraufgaben eingesetzt.

Mit der Leitlinie 6, daß Erneuerung vor Neugründung zu gehen habe und der Leitlinie 3, Spezialhochschulen in bestehende Hochschulen zu integrieren, hat es kaum Probleme gegeben. Eine beachtliche Publizität hat in diesem Zusammenhang nur die Frage einer Wiedererrichtung der Universität Erfurt erlangt. Der hierfür vom Freistaat Thüringen erstellte Fahrplan deckt sich jedoch bisher mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der größten Wert darauf legt, daß die vorhandenen Hochschuleinrichtungen in Thüringen finanziell nicht unter den Aufbaumaßnahmen des Landes zugunsten einer Universität Erfurt zu leiden haben.

Das Land Brandenburg stand nicht vor der Alternative, Erneuerung vor Neugründung oder Erneuerung und Neugründung. Hiervor hat der Wissenschaftsrat seine Augen nicht verschlossen und deshalb zur Leitlinie 6 ausdrücklich bemerkt, daß sie für mit Hochschulen unterversorgte Länder Neugründungen selbstverständlich nicht ausschließe. Hiervon hat Brandenburg in extensiver Weise Gebrauch gemacht, indem es sich nicht, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, zunächst auf die Errichtung der Universität Potsdam konzentrierte, sondern mit der Viadrina in Frankfurt(Oder) und der Technischen Universität Cottbus zwei weitere Universitäten gründete. Auch wenn der Wissenschaftsrat nach der Entscheidung des brandenburgischen Landtags als Souverän nachträglich der Aufnahme dieser beiden zusätzlichen Universitäten in die

Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz zugestimmt hat, so hat er dennoch bis heute nie einen Zweifel daran gelassen, daß er sowohl unter Finanzierungs- wie Wissenschaftlerrekrutierungsaspekten erhebliche Zurückhaltung gegenüber derartigen Anstrengungen eines armen Bundeslandes hegt. Es wäre eine falsche Politik, wenn argumentiert würde, das Wichtigste sei die Gründung dieser drei Landesuniversitäten in Brandenburg gewesen und für die Ausbauphase könne man sich nun an dem einen oder anderen Platz Zeit lassen. Solch ein Eindruck könnte entstehen, wenn etwa für Frankfurt (Oder) mit seinem besonderen Auftrag als wissenschaftliches Fenster in Richtung Mittel- und Osteuropa der mit diesem Gründungsauftrag korrespondierende geisteswissenschaftliche Schwerpunkt in Berlin nach Leipzig abwandern sollte, ohne daß zuvor vom Land Brandenburg deutliche und ernsthafte Bemühungen zur institutionellen Gewinnung dieses Zentrums für Frankfurt (Oder) unternommen werden.

Mit der Leitlinie 7, in einer ersten Phase bis etwa 1995/96 die Konsolidierung der bestehenden Hochschulen und den Ausbau der Fachhochschulen in den Vordergrund zu rücken und erst im Zeitraum danach, wenn entsprechende finanzielle Spielräume geschaffen sind und zusätzlicher wissenschaftlicher Nachwuchs zur Verfügung steht, an den weiteren Ausbau und an weitere Neugründungen zu denken, tat sich vor allem das Land Mecklenburg-Vorpommern schwer. Konsolidierung des Bestehenden mußte angesichts der besonderen Finanznot dieses industrie- und bevölkerungsarmen Bundeslandes auch Prüfung des Bestehenden und Klärung der eigenen Leistungsfähigkeit heißen. Zum Teil entgegen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind in der ersten Zeitphase ab 1990/1991 sowohl in Greifswald wie auch in Rostock juristische und wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten gegründet worden, gibt es an beiden Universitäten evangelisch-theologische Fakultäten, an beiden Universitäten Zahnmedizin, ist zu Beginn der 90er Jahre die Frage nach der Finanzierbarkeit zweier medizinischer Fakultäten und Universitätsklinik nicht gestellt worden. Um so mehr Respekt verdient Thüringen, das die Kraft aufgebracht hat, die Medizinische Akademie Erfurt zu schließen.

Zu einem Resümee aus der Sicht des Wissenschaftsrates gehört selbstverständlich auch der Hochschulbau einschließlich der Großgeräteausstattung in den neuen Ländern. Im Hochschulbau lagen die Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren eher in rechtlichen, administrativen und technischen Problemen vor Ort als an der Mittelbereit-

stellung. Der Bund konnte zutreffend darauf verweisen, daß die Realisierungsquote der im Rahmenplan mit bester Kategorie bedachten Vorhaben fernab von einer auch nur annähernden Inanspruchnahme der finanziellen Möglichkeiten lag. In den neuen Ländern war, aus meiner Sicht zu einseitig an einer spezifischen Laufbahngruppe festgemacht, von der Stunde der Oberamtsräte die Rede, die mit der Wiedervereinigung geschlagen habe. Bürokratische Engstirnigkeit, mangelnde Flexibilität und ängstliches Starren auf die Landesrechnungshöfe haben offensichtlich dort geschadet und gehemmt, wo phantasievoller Erneuerungswille gefordert gewesen war.

Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß für die neuen Länder eine positive Entwicklung im Hochschulbau seit 1991 festgehalten werden kann. Nicht zuletzt die im beschränkten Umfang erfolgte Prioritätensetzung zu ihren Gunsten in der Rahmenplanung hat dazu geführt, daß sich die Ist-Ausgaben der neuen Länder für den Hochschulbau in den drei Jahren, 1991 bis 1993, nahezu verdoppelt haben. Eine weitere Steigerung der Ausgaben wird vom Wissenschaftsrat mit seinen Empfehlungen zum 24. Rahmenplan für die Zeit ab 1995 wissenschaftspolitisch für begründet gehalten und deshalb unterstützt. Wichtig ist, daß der Bund die von der Wissenschaftlichen Kommission und den Ländern angemahte und vom federführenden Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft dem Grunde nach anerkannte, dringend notwendige Erhöhung der Bundesmittel ab 1995 vornimmt. Der gegenwärtig für die neuen Länder erkennbare Finanzbedarf ist durchaus mit der Ausbauphase der Hochschulen in den alten Ländern in der ersten Hälfte der 70er Jahre vergleichbar. Damals sind in den Jahren 1973 bis 1978 in den alten Ländern über 190.000 flächenbezogene Studienplätze neu geschaffen worden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Anmerkungen zu der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Durchmischung des wissenschaftlichen Personals, speziell zu der Professorenschaft machen. Offenbar bestehen hier deutliche Unterschiede von Land zu Land, von Hochschule zu Hochschule und von Fach zu Fach. Insgesamt kommt aber zahlenmäßig etwa ein gutes Drittel der an Hochschulen in den neuen Ländern berufenen Professoren aus den westlichen Bundesländern. Die Frage, ob es sich bei diesem Drittel möglicherweise um eine - juristisch formuliert - aufgedrängte Bereicherung handelt, stellt sich angesichts mancher Hiobsbotschaft. So ist von Lufthansa-Professoren an Universitäten und Fachhochschulen die Rede, von denen wiederum einige die in

den neuen Ländern erworbene Bezeichnung Professor für ihre Nebentätigkeit in den alten Ländern wirksam nutzen. Oder der West-Import als Hemmschuh in den Hochschulgremien, wenn er Innovationsbemühungen mit der lapidaren Feststellung entgegentritt, das habe man an der Universität Oldenburg oder der Fachhochschule Konstanz (um beliebige Beispiele zu nehmen), wo er herkomme, niemals so gemacht. Besonders bedenklich sind Hinweise aus den westlichen Bundesländern, der dritten oder bestenfalls zweiten Wahl unter Nachwuchswissenschaftlern habe die Vereinigung nun schließlich doch noch das solange angestrebte berufliche Glück beschert. Allen diesen Aussagen und Informationen mögen konkrete Fälle zugrunde liegen. Aber wie Gespräche mit Rektoren und Kanzlern der Hochschulen in den neuen Ländern ergeben, handelt es sich immer nur um Einzelfälle, die nicht verallgemeinert werden dürfen. Es gibt durchaus jetzt schon Fakultäten oder Fachbereiche in den alten Bundesländern, die neidvoll registrieren, welche wissenschaftliche Exzellenz sich da oder dort im Fach an einer der Hochschulen der neuen Länder bereits zusammengefunden hat. Persönlich beeindruckt war ich bei einem Besuch der Universität Greifswald von einem jungen herausragenden Professor, der dort sein Engagement als eine durch die Wiedervereinigung geschenkte Herausforderung ansieht, die er der Annahme eines Rufs an die gerade auch in seinem Fach besonders renommierte Universität Freiburg vorgezogen hat. Bedauerlich wäre, wenn Hochschulen, die sich bisher zur Sicherung von Qualität bei der Besetzung von Professuren nicht unter Zeitdruck haben setzen lassen, in Zukunft dem Stellenstreichungsstift des Finanzministers nur dadurch entgehen könnten, daß die vollzogene Besetzung einer Stelle wichtiger wird als das Bemühen um die Gewinnung von Exzellenz. Daß der Spagatprofessor in den neuen Ländern Einzug gehalten hat, verwundert angesichts der dortigen besonderen Wohnungsnot um so weniger, als es ihn in den westlichen Ländern ohne diese besondere Wohnungsnot ja auch geben soll.

Abschließend wiederhole ich, nun begründet, das Fazit aus der Sicht des Wissenschaftsrates: Er muß mit der Wirkung seiner Empfehlungen nicht unzufrieden sein. In den einzelnen Ländern und Hochschulen gibt es beachtliche Ansätze zu Neuem, innerhalb und außerhalb seiner Generalstabsperspektive. Trotz harter, insbesondere finanzieller Rahmenbedingungen läßt sich auf Begonnenem aufbauen und Weiteres neu in Angriff nehmen. Als der Vorsitzende des Wissenschaftsrates die Vorsitzenden der Hochschulstrukturkommissionen der Länder im Einigungsprozeß erstmals zu

einem Treffen einlud, stellte sich heraus, daß diese noch nicht miteinander gesprochen, geschweige denn Koordinationsbemühungen begonnen hatten. Die Patenländer aus dem Westen hatten in dieser Richtung ihrerseits nicht ermuntert. Die Entsolidarisierung unter den neuen Ländern führte dazu, daß länderübergreifende Abstimmungen von Hochschulkonzepten und Entwicklungsplänen unterblieben. Häufig hat nicht einmal die Koordination von Hochschule zu Hochschule innerhalb eines Landes, selbst nicht unter Nachbarhochschulen geklappt. Hier bieten sich Chancen für die neuen Länder und deren Hochschulen. Sie könnten in einem Prozeß vorangehen, der künftig auch die alten Länder erreichen wird und einbeziehen muß.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

*Ladislav Cerych*

Magnifizenzen, meine Damen und Herren,  
es ist für mich eine große Freude, an Ihrer Tagung teilzunehmen; aber ich bin nicht gewöhnt, auf Deutsch einen Vortrag zu halten. Deshalb müssen Sie mir nachsehen, wenn ich englische Ausdrücke verwende.

Mein Vortrag wird sich mit den Problemen der Reformen in anderen ehemaligen Ostblockländern beschäftigen außer der DDR. Ich möchte mich fünf Punkten zuwenden, und zwar:

- erstens der Situation, wie sie so im großen und ganzen ausgeschaut hat im Jahre 1989 oder 1990 bei der Öffnung der Systeme,
- zweitens den bisherigen Hauptergebnissen des Reformprozesses,
- drittens den vorherrschenden Problemen heute nach vier Jahren,
- viertens einigen Problemen und Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit und einigen Schlußfolgerungen.

Ich beginne mit den Wesenszügen und Hauptproblemen des Hochschulwesens in Mittel- und Osteuropa im Jahre 1989. Da kann ich ganz kurz sein, weil das Probleme sind, die sehr ähnlich wie in der DDR waren. Wenn ich es allerdings ganz kurz mache, wird es in meinem Vortrag zu Vereinfachungen, Generalisierungen kommen, die nicht sehr wissenschaftlich sind. Aber so ist das Leben.

Also acht oder neun Hauptschwächen, Hauptprobleme der Systeme im Jahre 1989:

- Zentralisierung, politische Kontrolle, staatliche Verfügungsgewalt, Mangel an Autonomie der Hochschuleinrichtungen

- Trennung von Lehre und Forschung, die berühmte Dualität zwischen den Universitäten und der Akademie
- relativ geringe Studentenzahlen  
Die Beteiligung der entsprechenden Altersgruppe in den Hochschulen betrug zu dieser Zeit durchschnittlich 10 bis 15 Prozent in Mittel- und Osteuropa gegenüber 25 bis 30 Prozent in Westeuropa. Dagegen gab es aber eine günstigere Relation zwischen den Zahlen der Studenten und denen der Lehrkräfte (5 bis 6 : 1 in den meisten Fällen in Osteuropa, in Westeuropa im besten Fall 12 : 1 und oft 20 : 1 oder mehr).
- bedeutende Schwächen in der Qualität von Lehre und Forschung  
Dies traf vor allem auf Human- und Sozialwissenschaften, aber auch auf Rechtswissenschaften zu. Diese Gebiete waren auch quantitativ sehr gering entwickelt.
- geringe Qualität und/oder hochgradige Gleichgültigkeit des Lehrkörpers gegenüber modernen Lehrinhalten und -methoden
- Fehlen moderner Ausstattungen  
Es existierte z. B. ein großer Mangel an der Weltliteratur.
- Isolierung von der akademischen Welt des Westens aufgrund mangelnder Kontakte
- geringe Kenntnis und Beherrschung von Fremdsprachen
- relativ wenig entwickelte postgraduale Studien u.a.m.

Das Ausmaß der angeführten Probleme und Mängel variierte deutlich zwischen den einzelnen Ländern. Nicht alle Unzulänglichkeiten traten überall auf oder wirkten sich gleichermaßen nachteilig seit Ende der 70er Jahre aus. Zum Beispiel war die Teilung in Forschung und Lehre nicht so stark in Polen oder Ungarn, sehr stark dagegen in

der Tschechoslowakei. Einige Sozialwissenschaften, z. B. Soziologie, waren ziemlich gut schon zu dieser Zeit in Polen entwickelt. Die Universitäten hatten eine größere Autonomie in Ungarn als z. B. in der Tschechoslowakei, und so war auch die Isolation von der westlichen Welt in einigen Ländern viel kleiner als in anderen.

Nun zum zweiten Punkt meiner Ausführungen, den bisherigen Ergebnisse der Reformen. Auch das läßt sich stichpunktartig beschreiben:

- Rasche Annahme neuer Hochschulgesetze, die den Hochschulen u. a. mehr oder weniger vollständige Autonomie und innere Demokratie gewähren. Damit wurden Zentralisierung und politische Kontrolle der Vergangenheit ziemlich schnell beendet. In der Tschechoslowakei z. B. wurde schon ein neues Gesetz 4 bis 5 Monate nach dem Umsturz vom Parlament adoptiert oder in Polen im September 1990.
- Mehr oder weniger bedeutendes Anwachsen der Studentenzahlen besonders in einigen Wissenschaftsgebieten. Trotzdem bleibt die Zahl der Bewerber im ganzen noch weitaus höher als die Zahl der Neuzulassungen. Im allgemeinen ist das Verhältnis zwischen der Anfrage und dem Angebot 2 : 1, wenn man ganz Mitteleuropa und Osteuropa nimmt, aber in gewissen Disziplinen, wie z. B. Jura, ist es 10 : 1.
- Schaffung zahlreicher neuer Einrichtungen, besonders 'regionaler' Universitäten. In einigen Fällen wurde sogar ein nichtuniversitärer Hochschulsektor aufgebaut. Diese Regionaluniversitäten waren etwas relativ Neues für die meisten Länder, die bisher eine große Zentralisierung des Bildungsangebots in den Hauptstädten hatten. Vielleicht wurden sogar zuviel dieser regionalen Universitäten gegründet, hauptsächlich in bezug auf die existierenden Ressourcen, Humanressourcen, qualifizierte wissenschaftliche Kräfte.
- Entwicklung postgradualer Ausbildungsgänge. Wahrscheinlich ist die Entwicklung immer noch nicht schnell genug, aber sie existiert ganz bestimmt schon.

- Entwicklung von Ausbildungsgängen in neuen Disziplinen und von interdisziplinären Kursen. Beispiele dafür können angeführt werden: Informatik, Ökologie, Tourismus, europäische Studien, Management usw.
- Schaffung von unabhängigen Förderorganisationen, sogenannten Agenturen, die Forschungsgelder entsprechend der Leistungsfähigkeit erteilen, was ja vordem nicht der Fall war und Entwicklung autonomer Vertretungsgremien, wie z. B. Rektorenkonferenzen, Akkreditierungskomitees usw.
- Schritte zu einer ganz bestimmten Diversifikation des Hochschulwesens hauptsächlich in Ländern wie der Tschechischen und der Slowakischen Republik, wo diese Diversifikation praktisch überhaupt nicht existierte, wo kein sogenannter 'non-university sector' mit Fachhochschulen usw. existierte. Man kann sagen, daß in vielen Fällen oder ganz bestimmt im tschechischen und slowakischen Fall die Fachhochschule als ein bestimmtes Modell vorgestellt wurde.
- Erste Schritte in Richtung auf ein stärker differenziertes System der Hochschulfinanzierung. Das sind zwar nur die ersten Schritte, weil es immer ein großes Problem ist, wenn 95 oder mehr Prozent des Budgets vom Staat bezahlt werden. Aber die Absicht ist ganz bestimmt, eine Differenzierung - wenigstens formal - möglich zu machen.
- Bedeutendes Anwachsen internationaler Beziehungen und im allgemeinen eine Internationalisierung der Hochschulbildung. Dabei hat ganz bestimmt das EG-Programm TEMPUS die größte Rolle gespielt, obwohl auch andere multilaterale und dann bilaterale Programme eine wichtige Funktion hatten. Damit wird in jedem Fall das Ende der bisherigen Isolierung erreicht.
- In vielen von diesen Ländern wird jetzt über die Möglichkeit von privaten Universitäten gesprochen, das hängt auch vielleicht mit der Differenzierung zusammen. Die Tendenz ist ziemlich stark in Rumänien. In den anderen Ländern wird diese Tendenz als etwas Mögliches betrachtet, aber in der Realität - vermute ich - wird es ziemlich wenig zur Existenz von privaten Universitäten kommen.

Was sind die vorherrschenden Probleme der Gegenwart:

- Überaus unzureichende Budgets. Hochschulbildung hat in vielen, wenn nicht in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern keine besondere Priorität. Das hat hauptsächlich - und das ist vielleicht das wichtigste Problem - niedrige Gehälter des wissenschaftlichen Personals zur Folge und führt zu einem landesinternen 'brain drain'. Die besten, qualifiziertesten Professoren zeigen eine Tendenz, in den neuen Privatsektor einzutreten. Und dadurch, und das ist das zweite Problem, ist die Qualität des Lehrkörpers im allgemeinen noch immer unzureichend, weil viele der besten Wissenschaftler die Hochschule im Zuge dieses internen 'brain drain' verlassen. Diejenigen, die bleiben, lehnen häufig Innovation und Reformen ab. Im Ergebnis ist der Prozeß der Erneuerung an den Universitäten nicht ausreichend. Die Lehrmethoden bleiben hauptsächlich den Methoden der traditionellen Sekundarschule ähnlich.
- Die neu gewonnene Autonomie - für sich genommen ein sehr positives Phänomen - wird sehr häufig nicht von ihren in einem modernen System unersetzbaren Gliedern Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung begleitet, 'autonomy without responsibility', wie die Engländer oder Amerikaner sagen. Mehr noch, Autonomie wird oftmals dazu benutzt, Reformen den Weg zu versperren und den Status quo zu zementieren. Für viele bedeutet diese Autonomie eigentlich nur eine einfache Rückkehr zu der Situation vor 1938 oder 1939 oder sogar eine Rückkehr zum idealisierten Humboldt-Modell.
- Die neue Rolle des Staates im Hochschulwesen ist bisher noch nicht präzise bestimmt worden. In vielen oder sogar den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern haben Staat oder Regierung keine mittel- oder langfristige Strategie für die Hochschulentwicklung in Hinsicht auf quantitative Ziele, allgemeine Prioritäten der Forschung, eine Vision neuer Strukturen des Hochschulwesens usw. Das hat in Verbindung mit dem oben genannten System der 'Autonomie ohne Verantwortlichkeit' zu einer Atomisierung der Hochschulsysteme geführt. Atomisierung nicht nur im Hinblick auf - ich weiß nicht - 20 oder 40 Universitäten, die es in dem betreffenden Lande gibt, sondern Atomisierung unter 150 bis 200 Fakultäten, weil die Fakultäten in den Institutionen auch eine totale

Autonomie haben. Paradoxe Weise agiert der Staat, der Bildungsminister manchmal weiterhin in der gleichen Weise wie in der Periode vor 1989, indem er über relativ geringfügige Angelegenheiten entscheidet, die tatsächlich durch die autonomen Einrichtungen geregelt werden könnten und geregelt werden sollten, statt eine führende und koordinierende Rolle zu übernehmen. Das resultiert teilweise aus dem Nichtvorhandensein einer Strategie, aber auch z. T. aus dem Widerstand der Einrichtungen gegen jede Führung von oben, weil jede Führung von oben als eine Rückkehr zu dem alten System betrachtet wird. Wie jetzt Professor Amsterdamsky aus Warschau formuliert hat, befinden sich die mittel- und osteuropäischen Länder noch immer in dem Dilemma, wie den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Autonomie und Selbstverwaltung gewährt werden kann, ohne den Staat der Instrumente zu berauben, die er für die Stärkung seiner Bildungs- und Forschungspolitik benötigt. Andere Probleme dieser Art gehen dann auf die Frage zurück, wie eine Politik zu formulieren ist, die bisherige zentrale Steuerung vermeidet und wie neue Verordnungen auf dem Hintergrund ererbter Gewohnheiten der Gesellschaft und vielfältiger konservativer Haltungen verabschiedet und durchgeführt werden können.

- Sinkender Einfluß der Studenten und geringere Einbeziehung der Studentenschaft in akademische Angelegenheiten. Im Jahre 1989 haben Studenten eine große Rolle in manchen Ländern in der neuen Situation gespielt oder sogar bei der Redaktion der neuen Gesetze. Das ist heute in den meisten Fällen, in den meisten Ländern nicht der Fall.
- Die Trennung von Lehre und Forschung wird im allgemeinen, obwohl eine etwas günstigere Entwicklung schon stattgefunden hat, noch immer begleitet von vielen Problemen, von Spannungen zwischen Akademien und Universitäten, die in vielen Fällen noch nicht überwunden sind.

Noch kurz einige Bemerkungen zu Problemen und Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit. Was ich da sagen will, ist das Ergebnis einer Befragung, die noch nicht ganz beendet ist und im September unter Leitung der Europäischen Rektorenkon-

ferenz in Genf durchgeführt wurde. Der Zweck dieser Befragung war zu erfahren, wie die internationale Zusammenarbeit dem Reformprozeß am besten dienen kann. Ich kann Ihnen - und Sie sind das erste Publikum - mitteilen, was die Hauptresultate dieser Befragung bis heute sind. (Eigentlich sollen sie erst nächste Woche in Genf der Rektorenkonferenz vorgelegt werden.)

Erstes Hauptproblem ist das Geld. Man muß sagen, die finanzielle Situation einiger Länder hat sich sogar verschlechtert. Wenn man an Rumänien oder Slowenien denkt, so ist heute die Situation viel schlimmer, als vor drei Jahren. Und das hat dann auch wahnsinnige Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit, weil man ohne Geld von außen nicht einmal Reisen bezahlen kann.

Zweites Problem betrifft hauptsächlich TEMPUS oder die multilaterale Zusammenarbeit. Hier gibt es zu viel Bürokratie. Die Prozeduren sind wahnsinnig kompliziert oder werden als wahnsinnig kompliziert betrachtet. Das heißt nicht, daß TEMPUS nur kritisiert wird. Im Gegenteil, die Rolle von TEMPUS in der internationalen Zusammenarbeit der mittel- und osteuropäischen Länder war - wie ich schon gesagt habe - wirklich sehr groß und wird im allgemeinen sehr positiv bewertet. Aber es gibt Unterschiede zwischen 1989 und 1994. Der größte Unterschied ist, daß im Jahre 1989 die mittel- und osteuropäischen Länder ziemlich überschwemmt wurden mit Angeboten von Zusammenarbeit. Sie wußten nicht, wie eine Auswahl zu treffen ist, welche Prioritätsbedürfnisse die Länder haben. Heute wissen diese Länder und die Institutionen dieser Länder viel besser, was sie brauchen. Kurz gesagt - im Jahre 1990 war die Zusammenarbeit 'supply driven', dagegen heute ist sie 'demand driven'. Was angeboten wurde, war entschieden worden vor vier Jahren; heute dagegen ist es vielmehr das Verlangen, das entscheidet.

Auf drei Hauptwünsche oder drei Hauptempfehlungen orientiert die Befragung:

1. Fast alle Institutionen wollen mehr Unterstützung für gemeinsame Forschung. Bis jetzt war der Hauptteil der Unterstützungen, z. B. mit TEMPUS, die Lehre und weniger gemeinsame Forschungsprojekte. Jetzt will man stärkere Unterstützung für gemeinsame Forschungsprojekte.
2. Fast für alle oder für die große Mehrheit der Institutionen der mittel- und osteuropäischen Länder ist die Öffnung aller EG-Programme für ihre Universitäten sehr wichtig. Es geht um die direkte Öffnung, den direkten Zugang dieser

Institutionen zu den Programmen wie ERASMUS, COMETT oder LINGUA oder auch zu den großen Forschungsprogrammen oder in der Zukunft zu den Programmen LEONARDO und SOKRATES, also zu allen Programmen, die jetzt nur für die Mitgliedstaaten der EG bestimmt sind. TEMPUS und KOPERNIKUS sind speziell für Osteuropa aufgebaut worden. Aber die Länder Mittel- und Osteuropas wollen jetzt Zugang zu allen Programmen haben. Und das ist eigentlich nicht so sehr ein materielles Verlangen; es ist ein politisches Verlangen, hinter dem ein Wunsch steht: Wir wollen keine Teilung zwischen Ost- und Westeuropa. Wir wollen nicht nur keine politische Teilung, wir wollen auch keine Teilung und Differenzierung in den Bedingungen der verschiedenen Kooperationsprogramme.

3. Der dritte Wunsch fast aller Institutionen ist eine viel, viel schnellere Entwicklung als bisher auf dem Gebiet der gegenseitigen Anerkennung der Diplome und Studiengänge.

Es sind natürlich noch viele andere Wünsche, aber für ihre Erwähnung habe ich keine Zeit mehr.

Damit komme ich zu meinen Schlußbetrachtungen. Trotz der genannten Probleme und weiterer Schwierigkeiten ist der Prozeß der Reformierung des Hochschulwesens in Mittel- und Osteuropa innerhalb der letzten vier bis fünf Jahre - einer historisch sehr kurzen Periode - in vieler Hinsicht spektakulär zu nennen. Obwohl verschiedene komplizierte Probleme weiterbestehen und neue hervortreten, gibt es bereits zahlreiche Erfolge. Die gegenwärtige Phase der Hochschulentwicklung in Mittel- und Osteuropa kann man, glaube ich, richtig als eine Periode der Veränderung, mutation period, betrachten, deren Ergebnisse aber noch ungewiß sind. Künftige Probleme könnten sogar noch schwieriger zu lösen sein als die der letzten Jahre, weil sie in der Hauptsache eher von sozialen Kräften und individuellen Haltungen abhängen als von lediglich institutionellen oder legislativen Veränderungen.

Das Hauptproblem, mit dem alle betroffenen Länder konfrontiert sind, scheint mir das folgende zu sein: Wird der Veränderungsprozeß, der zweifellos im Gange ist, zu neuen modernen Formen und Strukturen des Hochschulwesens führen, die den Erfor-

demissen des 21. Jahrhunderts entsprechen? Oder aber wird er - möglicherweise nach einer verlängerten Periode der Anarchie - in eine Rückkehr zu einem veralteten Elitesystem münden, das teilweise vom kommunistischen Regime, teilweise von dem Konzept der Hochschulbildung vor 1938 ererbt ist?

Danke.

## *Peer Pasternack*

Sie erinnern sich vielleicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit welchen Aktionen die ostdeutschen Studierenden in den letzten vier Jahren öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Das waren - neben solchen, bei denen es um soziale Probleme ging und die in der Regel örtlich sehr verteilt und relativ klein waren - meist größere Aktionen, deren Anlässe in bestimmten hochschulpolitischen Problemen mit deutlich allgemeinpolitischen Implikationen bestanden. Zu nennen sind da insbesondere die Proteste gegen die Abwicklung von hochschulischen Einrichtungen in Ostdeutschland. Dann waren es die Proteste gegen die Entlassung der Rektoren Fink in Berlin und Mönning in Weimar. Und es gab eine Reihe von Protesten solcherart, wie die gegen Lehrkräfte-Entlassungen aufgrund von Personalkommissionsempfehlungen kurz vor der Prüfungszeit 1992 in Halle/S.

Infolge dieser Protestanlässe ist der Eindruck entstanden, daß die ostdeutschen Studierenden in erster Linie daran interessiert seien, etwas zu stützen, was nicht stützenswert ist. So war es dann auch vielfach in den Medien dargestellt, und zwar, um es genauer zu sagen, desto undifferenzierter dargestellt, je weiter weg die Medien vom jeweiligen Ereignisort waren. In der lokalen und regionalen Presse dagegen sind die studentischen Positionen durchgehend sehr viel differenzierter herübergekommen.

Solche Differenzierungen kurz zu erläutern, scheint sinnvoll, um ein wenig einordnen zu können, was da jeweils gelaufen ist.

Die erste alternative institutionelle Struktur, die nach dem Herbst 1989 an den ostdeutschen Hochschulen gegen eine bestehende Struktur gebildet worden war, fand sich im studentischen Bereich. Es waren dies die neu entstandenen StudentInnenräte. Sie sind als studentische Selbstvertretungsstruktur gegen die ein Vertretungsmonopol beanspruchende FDJ gebildet worden. In diesem Bereich der Schaffung neuer Strukturen an den Hochschulen gab es im folgenden lange Zeit nichts weiter, oder aber es blieb ohne weitere Wirkungen, wie z.B. die Gründung der DDR-Rektorenkonferenz. Erst Mitte des Jahres 1990 zogen andere, etwa der Mittelbau, nach. Und schließlich - sehr viel später - wurden auch administrative Entscheidungen getroffen, die im Strukturbereich manches neu formierten (inklusive Hochschulverwaltungsreformen usw.).

Das dauerte alles ziemlich lange. Die Studierenden sind in dieser Hinsicht die ersten gewesen. Es sollte festgehalten werden.

Studenten und Studentinnen waren auch anfangs in den sich sukzessive neu konstituierenden akademischen Selbstverwaltungsgremien vielfach die wesentlichen Impulsgeber, insbesondere an größeren Hochschulen. Später bildeten vornehmlich sie die Gruppe, die fortwährend insistierte, die immer wieder bestimmte Dinge anmahnte, welche verloren zu gehen drohten. Dies waren etwa die Partizipationsrechte. Es war bei der Neugestaltung von Studien- und Fächerstrukturen die Berücksichtigung von fachübergreifenden Aspekten. Im Personalumbau betraf dies insbesondere die Frage nach den Kriterien von Beurteilungen einschließlich des Problems der gleichen Maßstäbe für alle. Es handelte sich des weiteren um die Art und Weise der Betrachtung der individuellen Vergangenheiten in Ansehung der seinerzeitigen Zeitumstände. Und das war nicht zuletzt das Bemühen, die auch beobachtbaren Versuche der Begleichung persönlicher Rechnungen aus diesen Prozessen herauszuhalten.

Gleichwohl gab es Defizite bei den Studierenden in der Argumentation. Diese konnten insonderheit immer wieder dann beobachtet werden, wenn großer Wert auf die fachliche Qualifikation der Lehrkräfte gelegt wurde - das ist grundsätzlich okay -, diese fachliche Qualifikation aber als nahezu einziges Kriterium akzeptiert wurde. Dabei wurde außer acht gelassen, daß es einen weiteren Strang des Personalumbaus gab, den der Integritätsüberprüfungen, und daß dieser argumentativ hätte eingebaut werden müssen: Und sei es durch eine grundsätzliche Kritik dieser Integritätsüberprüfungen. Diese Kritik haben die Studierenden oder ihre Vertretungen insgesamt auch nie geleistet.

Freilich: Protestaktionen - die hier unser Ausgangspunkt waren - sind natürlich auch wenig geeignet zum Transport von Differenzierungen. Genauer werden wir informiert, wenn wir uns die studentische Arbeit insbesondere in den Gremien anschauen. Da wäre Herr Enderlein dahingehend zu ergänzen, daß es auch zahlreiche Studierende - in der Besoldungsgruppe BAFÖG - gab, die mitunter 18 Stunden am Tag über Monate und Jahre hinweg in den Gremien gearbeitet haben neben ihren Kollegen aus der Besoldungsgruppe C 4, um den Umbau voranzubringen.

Die Bewertungen des Hochschulbaus, die sich studentischerseits infolge dieser ganzen Beteiligungen ergeben haben, sind kritisch. (Dabei möchte ich jetzt darauf verzichten, Selbstverständlichkeiten zu würdigen wie freien Hochschulzugang und freie Einschreibung oder die Pluralität der Ansätze usw., auch wenn es diese Selbstverständlichkeiten in der DDR nicht gegeben hat.) Die studentischen Bewertungen sind von einer gewissen Unzufriedenheit gekennzeichnet, wobei ich das jetzt auf der Grundlage von Gesprächen mit Studierendenvertretern und -vertreterinnen sage. Das ist z.T. natürlich immer etwas anderes - in Westdeutschland ja auch -, als wenn man Durchschnittsmeinungen der Studierenden insgesamt erhebt.

Die intensiver mit den Prozessen Befassten waren (und sind) an den ostdeutschen Hochschulen insbesondere mit *einem* Problem konfrontiert: dem eines weit verbreiteten Mangels an Intellektualität. Ich möchte dies an drei terminologischen Beispielen benennen (um mich hier auch einmal im 'mainstream' zu bewegen, der nunmehr auch in Ostdeutschland weniger von einer materialistischen Geschichtsauffassung bestimmt ist). Es gab drei große Begriffe, die den Umbauprozeß bestimmten: Das war erstens der Begriff der Demokratie, zweitens der Begriff der Rechtsstaatlichkeit und drittens derjenige der Universität.

*Demokratie*, das waren in den gängigen Wahrnehmungsmustern freie Wahlen, und das war (abstrakt verstandene) freie Meinungsäußerung - und mehr nicht.

*Rechtsstaat*, das war das Handeln nach Gesetzen, mehr oder weniger, und die individuelle Möglichkeit der gerichtlichen Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen - und mehr nicht.

Und die Idee der *Universität*, das war in erster Linie die Wiederherstellung der Fakultäten - Stichwort: Reparatur der Schäden der III. DDR-Hochschulreform. Es wurde ornamentiert durch andere große Begriffe wie *Tradition*, *Humboldt*, *Europa* - und mehr war es nicht. Was es dagegen nicht oder kaum gab, war ein tieferes Nachdenken darüber, was diese drei Begriffe tatsächlich in einem solchen Umbauprozeß hätten bedeuten können und müssen.

Ich möchte Ihnen das, was ich mit dem Mangel an Intellektualität meine, gern mit einer kleinen Szene illustrieren, wie sie kürzlich an der Leipziger Universität zu erleben war.

Das dortige Konzil hatte vor drei Wochen getagt, um den Entwurf für eine neue Universitätsverfassung zu beraten. Der erste inhaltlich zu diskutierende Punkt war die Präambel des Verfassungsentwurfs und führte auch gleich zum ersten Eklat. Die vorgeschlagene Präambel begann mit dem Halbsatz: "Im Geiste des friedlichen Wandels des Herbstes 1989...". Ein Jura-Professor regte an, die Reihenfolge der so eingeleiteten Aufzählung in einer erkennbaren Systematik zu ordnen: Nicht der Bezug auf den Herbst '89 solle am Anfang stehen, sondern beispielsweise das zweitplazierte "in Besinnung auf ihre (der Universität, p.p.) jahrhundertealten wissenschaftlichen Traditionen" oder das "Bekenntnis zu ihrer wechselvollen Geschichte, die ebenso durch herausragende Leistungen wie durch folgenschwere Verirrungen geprägt ist". Die prominente Berufung auf den Herbst '89 gleich an erster Stelle, so der Jurist, könne möglicherweise in einigen Jahrzehnten Verständnislosigkeit hervorrufen.

Vermutlich in versöhnlicher Absicht meinte der das Konzil moderierende Professor, diesen Beitrag kommentieren zu müssen: Die geäußerte Meinung müsse man wohl verstehen, da sie von jemandem komme, der hier nicht zu Hause sei. (Jura-Professoren an ostdeutschen Hochschulen sind, Sie werden es wissen, nahezu ausnahmslos in Westdeutschland zur Welt gekommen.)

Nun könnte man bereits an dieser Stelle diskutieren, welcher Wissenschaftsbegriff da wohl dahinter stecke: Wem Wissenschaft eine internationale Veranstaltung ist, dem wird es prinzipiell absurd anmuten, einem Wissenschaftler zu sagen, er sei am Orte seiner Berufung nicht 'zu Hause'. Doch ihre eigentliche Dramatik sollte die Situation erst noch entfalten.

Der Jura-Professor - etwas dünnhäutig geworden durch die gerade zurückliegenden Auseinandersetzungen um das Vorhaben der Leipziger Juristenfakultät, dem sächsischen Justizminister Steffen Heitmann die Ehrendoktorwürde anzutragen - wurde für einen Augenblick heftig emotional: In einem Zwischenruf verwahrte er sich gegen die Unterstellung, an dieser Universität nicht zu Hause zu sein. Dies lasse er sich von niemandem sagen.

Das war nun tatsächlich der Form nach nicht ganz korrekt, denn spontane Zwischenrufe sieht die Geschäftsordnung nicht vor. Damit erblickte ein Medizin-Professor, in Leipzig schon etwas länger zu Hause, seine große Chance. Er meinte zunächst: Wer den Herbst '89 miterlebt habe, hätte kein Verständnis für eine nicht herausgehobene Erwähnung dieser Ereignisse. Sodann klärte er - sachlich durchaus noch zutreffend - darüber auf, daß ohne den Herbst '89 der betreffende Jurist heute hier keinen Lehrstuhl besetzen würde. Um schließlich mit einer bemerkenswerten Lektion zu

enden: Der Kollege von der Juristenfakultät müsse jedoch, bevor er hier 'zu Hause' sei, noch einiges lernen, z. B. nur dann zu sprechen, wenn er dran sei.

Das saß. Und es entlarvte den so vorzüglich die Stimmung bedienenden Mediziner. In einem einzigen Satz derart engagiert den Herbst 1989 zu verteidigen und zugleich im Stile sozialistischer Pädagogik zu belehren, man habe nur zu sprechen, wenn man gefragt sei - dies zeugt zumindest von mangelnder Verinnerlichung der 89er Erfahrungen. Denn schließlich zeichnete sich der Herbst 1989 wesentlich dadurch aus, daß sich plötzlich Menschen das Wort nahmen, obwohl sie gerade nicht 'dran' waren. Soweit diese Szene. Ihr allegorisches Potential ist nicht unbeträchtlich, weshalb Sie mir deren Ausführlichkeit nachsehen wollen.

Weiter zur Sache: Die allgemeine große Losung des Hochschulumbaus seitens der dominierenden ostdeutschen Akteure war die Reparatur der Schäden der III. Hochschulreform. Dies fand sich immer wieder formuliert als das wesentliche Ziel, sobald es um die Strukturentscheidungen ging. Wenn wir uns aber die Ergebnisse dazu anschauen - und die Studierenden tun das ja und erleben es tagtäglich -, dann sehen wir in erster Linie eines: die Durchsetzung von Partikularinteressen auf dem Weg über die Reorganisation der Fakultäten. Die Landeshochschulgesetze bedienen dies und damit auch eine gewisse Stimmung an den ostdeutschen Hochschulen, indem sie dazu noch die starken Dekane eingeführt haben, wie es beispielsweise das sächsische Gesetz besonders deutlich ausformuliert. Es ereilte uns dies - argumentativ nicht ungeschickt - unter der großen Losung der *Dezentralisierung* und *Subsidiarität*. Im Entstehen begriffen freilich sind nunmehr relativ unverbundene akademische Kleinfürstentümer.

Wo es dagegen fachübergreifende Neuerungen gegeben hat, da sind sie erst in einer zweiten Phase des Umbaus angegangen worden. So etwa in Halle, wo inzwischen fachübergreifende Zentren gegründet wurden. Sie führen verschiedene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für zunächst fünf Jahre zur Bearbeitung je eines übergreifenden Forschungsthemas zusammen. Nach Ablauf dieser Zeit soll evaluiert werden, um über die Fortsetzung der einzelnen Zentren entscheiden zu können. Auch in Leipzig wurde nunmehr begonnen, fachübergreifende Zentren zu gründen bzw. - im Falle des Naturwissenschaftlich-Theoretischen Zentrums - für die Zukunft unter neuem Dach zu sichern. Es ist dies der Versuch einiger weniger Engagierter, die Kleinstaaterei der Fakultäten um eine Overhead-Struktur zu ergänzen.

All solches krankt jedoch an dem Mangel, daß diese Strukturen nur gering ausgestattet sind. Denn zu dem Zeitpunkt, als Personalstrukturrendscheidungen getroffen werden mußten, hat niemand an diese höchstens nebulös in der Ferne gesehene Strukturen gedacht. Infolgedessen sind sie bislang nahezu nicht in Lehre und Studium zum Tragen gekommen. Ebenso ist auch völlig unklar, inwiefern dort künftig etwas Bereicherndes für Lehre und Studium entstehen kann. Unter anderem deshalb studieren die ostdeutschen Studentinnen und Studenten nach wie vor isoliert in ihren einzelnen Bereichen vor sich hin und haben wenig Möglichkeiten, darüber hinaus zu blicken. So wird es zumindest studentischerseits wahrgenommen.

Solche Mißlichkeiten werden ergänzt durch eine bemerkenswerte Durchreglementierung des Studiums in den ostdeutschen Ländern. Auch hier vernehmen wir wieder eine große Losung: *In Ostdeutschland sollen die westdeutschen Hochschulzustände vermieden werden!* Als Königsweg dahin gilt die Restriktion des Studienablaufs auf einen normierten Idealstudierenden hin. Dieser Normstudent freilich ist eine Projektion, in deren Parameter sehr viele (und auch in Ostdeutschland zunehmend mehr) Studierwillige gar nicht hineinpassen. Die den ostdeutschen Professorinnen und Professoren - zu Recht - unterstellte größere Aufmerksamkeit für die Lehre verbindet sich an diesem Punkt auch mit einer aus der DDR tradierten größeren Vorliebe für ein Studium nach Vorschrift.

In Anbetracht der sich daraus naturgemäß ergebenden Interessenkonflikte kann es nicht verwundern, daß die innerhochschulische Demokratie ein nächstes zentrales Thema der gesamten Umgestaltungsdebatte gewesen ist.

Die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten sind nach dem, was anfangs durchgesetzt worden war, also Drittelparitäten usw., und von dem natürlich völlig unrealistisch gewesen wäre anzunehmen, es hätte für die Zukunft gehalten werden können - sind also nach dieser romantischen Phase der Partizipation mittlerweile noch über das andernorts bestehende Maß restriktiv eingeschränkt worden. So beispielsweise in Sachsen-Anhalt, wo selbst die verfaßte Studierendenschaft abgeschafft wurde mit einer interessanten Begründung: Die verfaßte Studierendenschaft erinnere an totalitäre Strukturen und könne nur von FDJ-geprägten Studierenden gefordert werden. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, darf vermutlich auch erwartungsfroh der Auflösung der totalitären Zwangsgemeinschaften in den Industrie- und Handelskammern, Ärztekammern und dgl. entgegen gesehen werden.

Es gibt zum einen im Zusammenhang mit der anderen politischen Kultur in Ostdeutschland eine stärkere Kooperationswilligkeit zwischen allen beteiligten Gruppen. Wir finden nicht zuletzt auch auf der professoralen Seite vielfach das Bestreben, sich Argumenten nicht zu verschließen. Es gibt aber andererseits kein ausgeprägtes Bewußtsein, daß man für den ja wenigstens denkbaren Konfliktfall andere Regelungen haben muß, daß für den Konfliktfall überhaupt Regelungen da sein müssen. Da besteht ein Problem in der Wahrnehmung, die vielerorts noch vorfindbare konsensuale Orientierung würde sich für alle Zeiten fortsetzen.

Zudem: Es gibt ja auch bereits Konfliktfälle. Ich nenne Ihnen ein kleines Beispiel aus dem Leben: Wenn in einer Bibliothek die Bücher in der Regel in einem Exemplar vorhanden sind, weil sie nach wie vor eine mangelhafte Ausstattung hat, gleichzeitig aber Professoren und Professorinnen den Anspruch erheben, sich für ein Semester eine umfängliche Handbibliothek aus den UB-Beständen zusammenstellen zu dürfen, und damit dann dieses jeweils eine Exemplar von zahlreichen Titeln aus der UB entfernt ist für ein ganzes Semester und mithin den ausleihwilligen Studierenden nicht zur Verfügung steht - dann ist das so ein Konfliktfall, der aber bislang so gut wie nicht vorgesehen ist in diesen Strukturen. Er ist nicht vorgesehen, weil Konfliktfälle als Möglichkeit und als ja auch durchaus begrüßenswerte Variante, sich miteinander in Beziehung zu setzen, bisher kaum akzeptiert sind.

Am Beispiel der Bewertung von Konflikten können wir auch an den Hochschulen eindrucksvoll beobachten, was Wolfgang Engler die "zivilisatorische Lücke" genannt hat. Oder: Betrachten wir etwa das Verhältnis ostdeutscher Hochschulleitungen zur Öffentlichkeit binneninstitutioneller Entscheidungsprozesse, dann muß gleichfalls eine stark nachwirkende Prägung durch die DDR-Sozialisation konstatiert werden - von der man sich gleichwohl verbal nachdrücklich zu distanzieren sucht. Ein anderes Beispiel ist die unterschwellige Aggressivität, die eine auffällige Alltagsarroganz gegenüber Gleichstellungsfragen grundiert.

Nächst der innerhochschulischen Demokratie war der personelle Umbau der ostdeutschen Hochschulen ein zentrales Thema der gesamten Debatten. Auffälligerweise hat dieses Thema in den bisherigen Statements, die wir heute hören durften, so gut wie keine Rolle gespielt - wenn überhaupt, dann nur in Gestalt von Zahlen.

Die personelle Erneuerung, wie dieser Teilprozeß genannt wurde, hat nicht zu einem Elitenwechsel geführt. Das ist wohl auch schlechterdings unmöglich, wenn wir uns vor Augen halten, daß gewiß ein Siedlungsgebiet wie das ostdeutsche von außen flächendeckend mit Fruchtojoghurt versorgt werden kann, nicht jedoch komplett mit neuem Personal. Es wäre dies sicherlich auch nicht anzustreben gewesen. Eine inländische

Oppositionselite zur Umsetzung eines internen Elitenwechsels stand in nennenswerter Stärke nicht zur Verfügung.

Was also ist nun passiert statt eines Elitenwechsels? Es ist die erste Reihe der Position- und Funktionseleite ausgewechselt und durch deren zweite Reihe ersetzt worden. Voraussetzung dafür war eine selektive Personalüberprüfung. Damit ist der diesbezüglich entscheidende Kritikpunkt von studentischer Seite benannt: Dieser Tatbestand der selektiven Personalüberprüfung war auch immer wieder der Hintergrund für Protestaktionen, wie etwa die bereits erwähnten gegen die Entlassungen von Fink und Mönning.

Es waren in der Regel die sogenannten Grenzfälle, an denen sich erst das Unbehagen und dann der Protest festmachte. Und: Es lohnt schon, zur Kenntnis zu nehmen und im kollektiven Gedächtnis zu bewahren, daß es tatsächlich Grenzfälle gegeben hat, wenn auch, wie hinzugefügt werden muß, gewiß nicht so viele Grenzfälle zu bilanzieren sind, wie behauptet wurde und wird von den jeweils Betroffenen.

Andererseits wird gesagt werden müssen: Bei der Art und Weise, wie hier mit Vergangenheit umgegangen wurde und wird, und wie hier Gelegenheit gegeben wird oder nicht gegeben wird, mit dieser Vergangenheit individuell umzugehen - angesichts dessen blieb den Betroffenen jeweils ja überhaupt nichts anderes übrig, als zu sagen, also ich bin nun wirklich der Grenzfall. (Die Vergegenwärtigung der Problematik wird uns möglicherweise leichter fallen, wenn wir uns kurz erinnern, daß wir in einer Stadt tagen, von der aus ein sehr prominenter Grenzfall ein Bundesland regiert.)

Welche Erfahrungen konnten nun die Studierenden mit diesem aus der zweiten in die erste Reihe gerutschten Personal machen? Dominant haben die Studierenden Anpassungsdruck auf und Anpassung durch ihre Lehrkräfte erfahren. Sie haben da wenig Nonkonformismus erleben können. Die wenigen bereits in der DDR konfliktfähigen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen waren oft sogenannte Grenzfälle oder ohne Lobby und demzufolge nicht mehr lange an der Hochschule. Vornehmlich konnten die Studierenden schlicht Opportunismus als vorseilenden oder nachholenden Gehorsam erleben.

Die Frage ist: Was haben Studierende für Chancen, in solcherart geprägten Hochschulen an Konfliktfähigkeit, an Widerspruchsgeist und dgl. entwickeln zu können? Mit dieser Frage sind Folgen der Modalitäten dieses ostdeutschen Hochschulumbaus problematisiert, die sich nicht in Zahlen, in Statistiken, Tabellen und Säulendiagrammen ausdrücken lassen. Doch wohl nicht nur deshalb finden diese Folgen üblicher-

weise keine Erwähnung in den zahlreichen Bilanzierungen. Wenigstens hier sollte deshalb darauf hingewiesen sein.

Insgesamt: Es wurde unter der Flagge einer visionsgeleiteten Erneuerung eine pragmatische Umgestaltung realisiert. Dies hätte kaum anders sein können, hören wir nun mitunter. Denn eine eigentliche Erneuerung wäre nicht als einseitiger Ost-Vorgang zu realisieren gewesen. Und die gegebenen Steuerungs- und Konfliktregelungskapazitäten hätten nicht ausgereicht, um das (z.B. Wissenschafts-)System gleichzeitig zu transferieren und zu reformieren. Wenn wir das so akzeptieren wollen, kann es nur heißen: Jetzt also muß es losgehen mit der Reform.

Damit habe ich schon ein wenig meine Rolle als studentischer Quotenreferent verlassen. Gestatten Sie mir abschließend, an den letzten Gedanken anknüpfend, noch einige Bemerkungen zu Veranstaltungen wie der heutigen.

Es häufen sich zwischenzeitlich die Bilanztagungen zum ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsumbau. Mitunter verbindet sich die Bilanzierung mit der Suche nach Reparaturstrategien für die Schäden der nachholenden Annäherung an die westdeutsche Hochschulmoderne. Das ist gewiß sinnvoll. Es sollten diese Veranstaltungen - und die Forschungen, welche sie legitimieren - jedoch m.E. darüber hinausgreifen. Nicht nur ein aktuelles Reparatur- und ein zeitgeschichtliches Interesse sollten die Untersuchungen zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau motivieren. Sie müßten, so denke ich, auch von einem in die Zukunft gerichteten Forschungsinteresse geleitet sein.

Die mit entsprechenden Themen befaßten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen einen Vorgang, der das tradierte wissenschaftspolitische Handlungsrepertoire des bundesdeutschen politischen Systems vor sowohl unerwartete wie unvorbereitete Herausforderungen stellte. Die Implementierungsstrategien wurden folglich ad hoc entwickelt. Die Herausarbeitung der Schwachstellen wie der Stärken dieses Prozesses vermag für künftige politische Herausforderungen beachtenswerte Lehren zutage fördern.

Insbesondere im wissenschaftspolitischen Bereich steht die Bundesrepublik vor Umorientierungs- und Reformnotwendigkeiten. Diese werden der Dimension des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus wenigstens adäquat, vermutlich jedoch diese noch übertreffend sein. Die Mechanismen der politischen Willensbildung und Zieldefinition, der Strategieentwicklung, des Konfliktaustrags, der Koalitionenbildung, Ergebnisevaluierung usw. sind in diesem Bereich dagegen noch weitgehend eingeschliffenen Hand-

lungsroutinen verhaftet. Wo diese jedoch in Frage gestellt werden, geschieht dies - so der bisherige Anschein - nicht zuletzt in eine Richtung, die mangelnde Auswertung der ostdeutschen Entwicklungen bezeugt. So etwa, wenn wir uns anschauen, wie die Formulierung wissenschaftspolitischer Strategien verbunden wird mit beeindruckender In-Frage-Stellung bislang für gesichert gehaltener demokratischer Mechanismen.

Das Maß der Leistungsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik wurde innerhalb der ostdeutschen Systemtransformation unter anderem im Wissenschaftsumbau vorgeführt. Diesen Vorgang als exemplarischen Fall für die Bewältigung einer Herausforderung mit tradierten Politiktechniken betrachtend, können Einsichten in Gestaltungsnotwendigkeiten zur Bewältigung künftiger Herausforderungen gewonnen werden.

Damit danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## ***Gertraude Buck-Bechler***

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die bisherigen Ausführungen in diesem Plenum bestärken mich in meiner These, daß Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern einen zweifachen Bedeutungsinhalt hat:

Zum einen ist sie *Teil des gesellschaftlichen Transformationsprozesses* Ostdeutschlands und als dieser integrale Bestandteil auch mit einem klaren Ziel ausgestattet. Es ging und geht darum, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen mit Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft nach westdeutschem Vorbild. Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland findet dieser Übergang unter einheitlichem Staatsgebilde, unter 'helfender Aufsicht' und großer materieller Unterstützung der alten Bundesländer statt.

Zum anderen - und das möchte ich gern besonders unterstreichen - ist Hochschulerneuerung aber auch ein *Modernisierungsprozeß*; er kennzeichnet die Reformfähigkeit und -willigkeit der Institution Hochschule. Sie ist stets aufs Neue herausgefordert, mit ihren Bildungskonzepten zwischen sich verändernden individuellen Bildungsbedürfnissen und Lebenszielen einerseits und sich verändernden wissenschaftlichen Ansprüchen, gesellschaftlichen Entwicklungserfordernissen und ökonomischer Ressourcenverteilung andererseits zu vermitteln. Insofern ist Modernisierung - auch innerhalb von Transformationsprozessen - ein Suchprozeß, wofür es keinen Meisterplan gibt. Es ist nicht von vornherein klar, daß das westdeutsche Bild von Hochschule das zu Übernehmende ist; aber es sollte allen Beteiligten klar sein, daß das zu Entwickelnde den neuen Herausforderungen besser entsprechen muß als bisherige Strukturen. Deshalb sollte Hochschulerneuerung vor allem auch als Suchprozeß praktiziert werden, bei dem sich Kurzsichtigkeit verbietet, für den aber in den neuen Ländern eigentlich dadurch günstigere Bedingungen bestehen könnten, weil es - so möchte man meinen - weniger Probleme mit eingefahrenen Strukturen gibt.

Hochschulerneuerung in diesem doppelten Sinne, als Transformation und weitere Modernisierung, kann auf unserer heutigen Tagung nicht bilanziert werden, da - ich stimme Herrn Laermann zu - erst der Rohbau steht. Für das Ausmaß der Umgestaltung - so wurde weiter gesagt - dürfte sich in der Konstellation ihrer Bedingungen kaum Vergleichbares finden lassen. Es bieten sich Vergleiche zum gesellschaftlichen

Transformationsprozeß Westdeutschlands nach 1945 an. Dabei geht es mir aber gar nicht um gewisse Ähnlichkeiten, wie etwa Regie, Aufsicht und Unterstützung durch die Siegermächte. Für bedeutsamer halte ich den Hinweis auf gravierende Unterschiede: den enormen Erwartungs- und Zeitdruck, unter dem die Veränderungen in Ostdeutschland stehen, Schocktherapien, die als Modernisierungspfade eingeschlagen werden und das zeitliche Zusammenfallen von Gesellschaftstransformation in Ostdeutschland und weiterem Modernisierungsdruck auf die westdeutsche Gesellschaft, hervorgerufen durch nationale und internationale Entwicklungen. Hierbei denke ich an tiefgreifende volkswirtschaftliche Strukturprobleme oder den europäischen Einigungsprozeß oder grundlegende Überlebensprobleme, die die Moderne selbst heraufbeschwört.

Hin und wieder wird die Hoffnung - wenn auch zaghaft - ausgesprochen, über die Modernisierung Ostdeutschlands Impulse für die weitere Modernisierung Westdeutschlands zu erhalten. Die immer wieder zu spürenden Kontroversen in der Auseinandersetzung um die Richtigkeit von Modernisierungswegen dürften auch ein Zeichen dafür sein, daß die Lösungsfindung sehr schwer ist. Ich bin sicher, daß wir uns noch mittendrin in all den Konflikten, Widersprüchen und Paradoxien von Transformation und Modernisierung befinden; aber ich bin auch zuversichtlich, daß die ostdeutsche Hochschulerneuerung positive Auswirkungen auf die gesamte deutsche Hochschulandschaft haben wird.

Was also kann dann zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gegenstand einer Zwischenbilanz sein? Ich meine, Transformationsprozesse sind mindestens durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet, das ist das Verhalten der Akteure, die letztlich Inhalt und Verlauf von Innovation und Überführung bestimmen, und das sind die Ergebnisse, die herauskommen in Form erneuerter und neuer Strukturen.

Zum *Verhalten der Akteure* kann die Projektgruppe, wie Herr Wagemann schon bemerkte, nur wenig beitragen, weil sie bisher keine Individualforschung in diesem Sinne betrieben hat. Trotzdem erlaube ich mir, vier Anmerkungen zu machen, weil ich denke, daß sie zu einer solchen Zwischenbilanz gehören.

Eine erste Anmerkung:

Meines Erachtens lassen sich bis jetzt grob drei Phasen wechselnder Akteursdominanz in der Hochschulerneuerung unterscheiden:

- Die erste Phase, der Beginn der Erschütterung, läßt sich von Herbst 1989 bis Herbst 1990 konstatieren, in der die Reformen an den ostdeutschen Hochschulen unmittelbar aus dem Systemzusammenbruch heraus entstanden sind und von ostdeutschen Akteuren bewältigt wurden. Ich betone diese Phase deshalb besonders -bei aller Zwiespältigkeit der Akteure und ihrer Strategien -, weil Hochschulangehörige in diesem Jahr Null aus eigener Initiative ohne Warten auf Anweisungen wirksam wurden und dafür Handlungsfreiräume hatten - also Voraussetzungen, wie sie für Innovationen notwendig sind. Diese Zeit des Aufbruchs aus politischer Indoktrination und wissenschaftlicher Bevormundung gehört mit zum Verlauf der Hochschulerneuerung, auch wenn sie womöglich nur wenig zur Überwindung alter Machtstrukturen beigetragen hat und mitunter anarchische Züge trug. Sie hat aber den Akteuren Mut gemacht - und ich wünschte mir, daß viele diesen Mut in die nächsten Phasen der Erneuerung hinübergerettet haben.
- Die zweite Phase umfaßt die Erschütterung ab Herbst 1990 bis zum Ende der Personaldiskussion, die im Zusammenhang mit Regelungen des Einigungsvertrages etwa bis Ende 1993/94 geführt wurde; es ist die Phase der Konfrontation mit der 'westdeutschen Realität'. Jetzt kippte das Akteursverhältnis; der Prozeß der Hochschulerneuerung verlief nun weitgehend unter Regie von außen mit starker westdeutscher Präsenz und Aufsicht durch die Landesregierungen. Schwerpunkt der Veränderungen war in dieser Phase eine möglichst schnelle Angleichung grundlegender Strukturen an das Wissenschafts- und Hochschulsystem der alten Bundesländer mit dem - und dies ist heute von mehreren Seiten betont worden - erklärten Willen, Bewahrenswertes zu erhalten und Neues zu schaffen. Inwieweit beides gelungen ist, wird noch aufzuarbeiten sein. Charakteristisch für diese Phase ist der Aufbau eines eigenen Hochschulsystems in jedem einzelnen neuen Bundesland mit den Begleiterscheinungen: Ab-

wicklung von Strukturen, Veränderung bestehender Strukturen und vor allem Personal-’Erneuerung’.

- Gegenwärtig befinden sich die Hochschulen nun schon mehr oder weniger in einer dritten Phase der Hochschulerneuerung, die möglichst lange anhalten sollte. Ich würde sie als Phase der Konsolidierung bezeichnen, wo es erneut zu veränderten Akteurskonstellationen kommen muß. Jetzt sollte sich m.E. zeigen, daß die erneuerten Strukturen durch die Reformkräfte vor allem wieder an den Hochschulen selbst - nunmehr in ihrer sehr unterschiedlichen Ost-West-Durchmischung - inhaltlich ausgestaltet und damit erfolgreich modernisiert werden. Darauf müßten wir unsere weiteren Blicke richten.

Eine zweite Anmerkung:

Ich will auch nicht versäumen festzustellen, daß die Herstellung der 'Rechtseinheit' im Hochschulbereich in der kurzen Zeitspanne und bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines z. T. vergrößerten Studienbetriebes - auch wenn Störungen nicht ausblieben - eine gewaltige Leistung aller Akteure darstellt. Sie war nur möglich - die Ausführungen von Herrn Cerych bestätigen das noch einmal - durch staatliche Förderprogramme sowie inhaltliche und personelle Unterstützung aus den Wissenschaftsorganisationen und der Bundesverwaltung, aus Landesverwaltungen und Hochschulen der alten Bundesländer. Ich muß nicht wiederholen, was bereits dazu gesagt wurde; ich bin sicher, das die ostdeutschen Länder und Hochschulen diese Unterstützung zu schätzen wissen.

Eine dritte Anmerkung:

Es wird noch oft die Frage gestellt, ob der bisherige Transformationsverlauf nur so möglich war oder ob man nicht andere Transformationswege - vor allem mit viel stärkerer ostdeutscher Akteursdominanz - hätte einschlagen sollen. Ich denke, daß hier jetzt besonders die wissenschaftliche Aufarbeitung einsetzen muß. Sicher ist die Argumentation, daß es kaum einen anderen Weg gegeben hätte, weil das erklärte politische Ziel darin bestand, ein einheitliches, bundesrechtlich geregeltes Hochschulsystem so schnell wie möglich zu schaffen, nicht ohne weiteres von der Hand zu

weisen; aber wissenschaftliche Reflexion sollte sich damit nicht zufrieden geben. Wenn schon nicht die Zeit war, um wünschenswerte Alternativen vor den Transformationsverläufen abzuwägen, dann sollte nun Zeit sein, um rückblickend das Bedingungsgefüge möglichst umfassend aufzuklären.

Und schließlich eine vierte Anmerkung:

Meine Damen und Herren, es hat durch Abwicklungen, Verunsicherungen und Bedarfskündigungen, ganz gleich ob selbst verschuldet oder nicht selbst verschuldet, ob gewollt oder nicht gewollt, einen Verlust an Wissenschaftspotential in Größenordnungen gegeben (und gibt ihn noch), das letztlich bei der Modernisierung fehlen dürfte und auch nicht so schnell ersetzbar sein wird. Ich erlaube mir hier die Präsidentin der Humboldt-Universität zu zitieren. Sie hat in diesem Zusammenhang, auf einen Aspekt hinweisend, gesagt: "Ich habe in großem Umfang miterlebt und erlebe immer noch, wie fähige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aufgrund einer bestimmten Altersgrenze keine Chance mehr haben. Das Humankapital, das teuer aufgebaut worden ist, droht uns zu verschwinden. Ich meine, es wäre an der Zeit, mehr darüber nachzudenken."

Ich möchte dem nichts hinzufügen.

Ich unternehme nun den Versuch, schlaglichtartig zu den erneuerten und neu geschaffenen Strukturen, dem eigentlichen Forschungsgegenstand der Projektgruppe, Stellung zu nehmen. Auch hier verbietet es sich meines Erachtens, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Erfolg der Hochschulerneuerung nach einem allgemein anerkannten Modernisierungskriterium zu beurteilen, und zwar ob eine größere Zahl von Akteuren nach der Modernisierung bessere Lebenschancen hat, bessere Möglichkeiten, mit neuen Anforderungen fertig zu werden als vor deren Beginn. Um das einschätzen zu können, ist es noch zu früh. Was aber heute schon gelingen sollte, ist zu sagen, wie **modern** die neuen Hochschulstrukturen angelegt sind bzw. entwickelt werden. Dabei müsste der Maßstab sein neue Anforderungen an das Hochschulsystem in der Bundesrepublik, die unter den Bedingungen der neuen Bundesländer dort vielleicht etwas schneller als in den alten Ländern aufgegriffen werden könnten.

In aller Kürze ein paar Stichpunkte zu vier Entwicklungsrichtungen.

Eine erste:

- Der Übergang in ein Gesellschaftssystem mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung, also auch mit Freiheit von Lehre, Forschung und Studium, erfordert Strukturen der Selbstbestimmung und Autonomie an den Hochschulen, die diese Freiheiten im Interesse der Funktionserfüllung der Hochschulen auch einlösen können. Das Regelwerk der alten Bundesländer hat hier Modernisierungsbedarf. Herr Pasternack wies bereits darauf hin. Studenten sagten uns kürzlich, daß oftmals nicht durchzusehen sei, was geregelt würde. Wie solle dann ein Student noch wissen, an welcher Stelle er seine Rechte einfordern kann.

Im Gespräch sind aber nicht nur eine zu verbessernde Transparenz des Regelwerkes, sondern vor allem eine Stärkung der Hochschul-Selbstverwaltung mit weniger Regelungsdichte, eigenverantwortliche Finanzierungskonzepte und ein professionelles Management.

Eine zweite Entwicklungsrichtung:

- Die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen der neuen Bundesländer vollziehenden Transformationsprozesse führen zur Störung bis Auflösung bisher existierender und notwendiger Beziehungen, etwa zwischen Hochschule und Wirtschaft, zwischen Hochschule und Forschungseinrichtungen, zwischen Hochschule und internationalen Wissenschaftspartnern. Es bedarf neuer, marktwirtschaftlich orientierter Strukturen, um diese Kooperationen zwischen Hochschule und Partnern im nationalen und internationalen Maßstab (wieder) in Gang zu bringen, zu sichern und wissenschaftlich effektiv zu machen. Das schließt Transparenz in den Lehr- und Forschungsleistungen der Hochschule nach innen und außen ein.

Eine dritte Entwicklungsrichtung:

- Das Bedürfnis von Jugendlichen (und auch von bereits Berufstätigen) nach Hochschulbildung steigt einfach aufgrund der Zunahme wissenschaftsintensiver Berufsfelder. Das zeigt sich nicht zuletzt auch im internationalen Vergleich. Aber eine größere Anzahl von Jugendlichen mit Studienabsichten läßt eine stärkere individuelle Differenziertheit entstehen in den Strategien zur Erlangung der gewünschten höheren Bildung und zu ihrer beruflichen Verwertung. Darauf kann nicht mit einem einheitlichen Modell geantwortet werden. Es muß sich mit der quantitativen Öffnung des Zugangs zu den Hochschulen eine strukturelle Öffnung verbinden. Damit meine ich studierbare Studiengänge mit gestuften/differenzierten Studienabschlüssen.  
Die Mehrzahl der Studienberechtigten in den neuen Ländern studieren, um sich eine berufliche Existenz aufzubauen; sie stellen hohe Leistungsanforderungen an sich selbst, aber auch an die Hochschule; sie wünschen sich einen klaren Studienaufbau, gute Betreuung und einen raschen Studienabschluß.  
Dies wird ohne Veränderungen in den Personalstrukturen (ohne ein Mehr an unbefristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen) nicht möglich sein.

Eine vierte und im Rahmen dieses kurzen Abrisses letzte Entwicklungsrichtung:

- Die tiefgreifenden Strukturkrisen der modernen Volkswirtschaft sind langfristig vor allem durch Arbeitskräfte mit wissenschaftlicher Ausbildung zu lösen. Darauf haben Herr Buttler und Herr Neuweiler wiederholt hingewiesen. Wenn das so ist, dann muß man doch fragen, wie sich die Arbeitsinhalte verändern. Viele Probleme der beruflichen Tätigkeit sind heute nur noch teilweise disziplinär zu beantworten; interdisziplinäre Fragestellungen nehmen rasant zu und werden für die Überlebensfragen der Menschheit entscheidend sein. Das heißt, der Strukturwandel an den Hochschulen muß auch eine inhaltliche Öffnung bringen in Lehre und Forschung, um auf diese Weise den neuen Anforderungen in der veränderten gesellschaftlichen Praxis Rechnung zu tragen. Und die Hochschulen werden vor der Aufgabe stehen, berufliche Mobilität durch verstärkten Einstieg in Weiterbildungsaufgaben zu unterstützen.

Auch dafür müssen Personalstrukturen weiterentwickelt werden.

Wie kann man unter diesem Blickwinkel die bisherigen Veränderungen an den Hochschulen werten?

Lassen Sie mich dazu acht Thesen entwickeln, dabei bewußt auch etwas prononciert und provokant:

*1. These: Mit den in den neuen Bundesländern verabschiedeten Hochschulgesetzen ist die Einheitlichkeit in den rechtlich-administrativen Grundlagen bundesweit hergestellt ohne Novitäten. Es gibt aber innovative Detailregelungen.*

Der mit dem Einigungsvertrag eröffnete Handlungsspielraum von drei Jahren war wohl zu kurz, um Hochschulrecht und Verwaltungsorganisation schon im Gesetzestext entscheidend zu verändern. Neue Akzente (in den Ländern unterschiedlich) sind dennoch gesetzt worden, etwa in getroffenen Regelungen zur Stärkung der rektoralen Entscheidungsbefugnisse gegenüber den Hochschulgremien, zur Verbesserung der Lehre und zur Verkürzung von Studienzeiten, zu Fachhochschulmerkmalen (wie wissenschaftliche Mitarbeiter gemäß HRG, Forschung als Hochschulaufgabe, kooperative Promotion). Es ist nun denkbar, daß durch künftige Gesetzeskommentierungen mittelfristig Gesetzesnovellierungen vorbereitet werden. Es ist aber auch denkbar - da die Grundsubstanz noch unverändert ist, daß einmal etablierte Strukturen (auch in der Verwaltung) einer weiteren Modernisierung hinderlich sind und sich konservative Strukturen verfestigen. Dieser Ambivalenz muß man sich jetzt bewußt sein, um verstärkt Druck darauf auszuüben, das Regelwerk in den gekennzeichneten Richtungen nach vorn zu öffnen.

*2. These: Die Möglichkeiten für ostdeutsche Studierwillige, einen Studienplatz nach eigener Wahl zu erhalten, haben sich grundsätzlich verbessert, und zwar durch*

- die Öffnung der Hochschulen mit beachtlicher Erweiterung des Studienplatzangebotes (mittelfristig durchschnittlich um 50 Prozent),
- die Veränderungen in den Relationen zwischen den einzelnen Fächergruppen,

- den Abbau regionaler Disproportionen in der Verteilung von Hochschulstandorten.

Im Beitrag von Herrn Enderlein ist dies für das Land Brandenburg sehr deutlich geworden.

Dem steht gegenüber, daß die veränderten Sozialleistungen für Studierende zu einem gewichtigen Belastungsfaktor im Studium werden können.

*3. These: Die Möglichkeiten für Studierwillige, differenzierte Bildungsabschlüsse zu erlangen in Abhängigkeit von eigenen Lebensplänen und sich abzeichnenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, haben sich vor allem durch die Ausdifferenzierung des Hochschulsystems nach zwei Hochschultypen verbessert.*

Deshalb sollte der gegenwärtige Ansatz, einen hohen Anteil von Studienplatzkapazitäten an Fachhochschulen bereitzustellen, nicht als ein rein finanztechnischer 'Billig'-Ansatz praktiziert, sondern als eine moderne Art der Aufgabenverteilung und Ausbildungsprofilierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen entwickelt werden. Zu bedenken gebe ich aber auch, nicht mit diesem Modell der zwei Hochschultypen die Frage der Differenziertheit von Hochschulbildung als erledigt zu betrachten. Das Suchfeld ist noch nicht ausgeschöpft. Beispiele, wie weitere Differenzierung der Studienwege über neue Typen (etwa Berufsakademien) oder über gestufte Qualifikationsabschlüsse innerhalb eines Hochschultyps, verdienen mit all ihren Problemen Aufmerksamkeit.

*4. These: Es wird erst begonnen, im Prozeß der Hochschulerneuerung auch eine Chance zu sehen, Studienangebote über den "traditionellen West-Standard" hinausgehend inhaltlich zu modernisieren.*

Zweifellos ist die Unsicherheit groß, mit welchen Studienangeboten zukunftsfähige wissenschaftliche Qualifikationen an Hochschulen in den neuen Bundesländern erworben werden können. Als Orientierungshilfen liegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der jeweiligen Landesstrukturkommission vor. Unsicherheitsfak-

toren erwachsen aus den nicht vorhandenen Wirtschaftsstrukturen, den beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten für die in Landeshochschulplanungen vorgesehenen Entwicklungen und vor allem aus der noch nicht abgeschlossenen Konsolidierung in der Personalstruktur. Probleme bereiten und bereiten teilweise noch schleppende Berufungen - weil u. a. der Wissenschaftler-Markt in bestimmten Fächern leergefegt ist -, Abbrüche im Qualifizierungsgeschehen des wissenschaftlichen Nachwuchses und Anlehnung an westdeutsche Berufungspraktiken, in der die Gefahr der weiteren Atomisierung der Fächer besteht. Herr Mittelstraß hat für die Bundesrepublik 4.000 Fächer ermittelt, die zur Auswahl ständen und deren Zusammenstellung zu Fachbereichen einem 'Mc.Donald-Angebot' ähnele. Besonders die Universitäten seien weiter vertikal nach traditionellen Fächergruppierungen gegliedert. So falle es z.B. schwer, quer dazu - horizontal - Studienangebote und Forschungsschwerpunkte zu entwickeln.

Außerdem wachen noch Fachkommissionen und Fakultätentage über den Inhalt von Studiengängen. Der Rektor der Universität Leipzig machte seinem Unmut über die Anlehnung an West-Standards in den Worten Luft, daß dies ein Überbleibsel des vorseilenden Gehorsams der ehemaligen DDR-Bürger sei.

Vorsichtig hat inzwischen die eigene Profilsuche an den ostdeutschen Hochschulen begonnen; Herr Laermann, Herr Enderlein und Herr Benz haben Beispiele genannt. Glaubten zunächst manche Universitäten, mit dem Ausbau zur Volluniversität (auch durch Integration von Spezialhochschulen) gefordert zu sein, begannen Fachhochschulen ihre Ausbildungsprofilierung im traditionellen ingenieurwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fächerkanon.

Heute gibt es Beispiele, wo Gründungsrektoren um die schlanke Profil-Universität bemüht sind und wo an Fachhochschulen zunehmend um eine Erweiterung des traditionellen Fächerspektrums gerungen wird. Diese begonnene Suche nach inhaltlicher Profilierung sollte verstärkt fortgesetzt werden und ungeteilte Unterstützung erhalten.

Die inhaltliche Modernisierung von Studiengängen kommt vor allem dort voran, wo Gründungsrektoren, Dekane, Fachbereichsleiter ausdrücklich mit dieser Zielstellung ihr Amt angetreten haben und dabei unkonventionelle Wege - mitunter auch gegen die eingefahrene Bürokratie der Wissenschaftsorganisation in den Alt-Bundesländern - nicht scheuen.

5. These: *Die Möglichkeiten, Studienangebote an ostdeutschen Hochschulen schnell und strukturiert zu studieren, könnten sich durch die Anpassung an eine HRG-gemäße Personalausstattung und die Übernahme westdeutscher Lehrkulturen verringern.*

Noch wirken sich die deutlich veränderten Personalstrukturen nicht gravierend auf Lehrgestaltung und Studienorganisation in allen Studiengängen aus, weil die Öffnung des Zugangs zu den Gymnasien erst ab den kommenden Jahren im merklich vergrößerten Potential der Studienberechtigten sichtbar werden kann. Noch können Fachbereiche auf eine gute Betreuung relativ stabiler Gruppen von Studenten Wert legen, auch wenn z. B. durch fehlende Neuberufungen Einschnitte erfolgen.

Aber in Studiengängen, die aufgrund ihrer starken Systemgebundenheit total im Inhalt und in der Zusammensetzung des Lehrkörpers umgebaut worden sind und sich heute einer großen Nachfrage erfreuen, hält nicht selten auch schon eine Lehrkultur Einzug, die durch größere Anonymität und geringere Zuwendung zu den Studierenden gekennzeichnet ist.

Wir haben also aufzupassen, daß die gleichrangige Stellung der Lehre gegenüber der Forschung im Zuge der Hochschulerneuerung nicht in den Hintergrund tritt. Das verlangt meines Erachtens auch eine Weiterentwicklung der Personalstrukturen.

6. These: *Die Transformation der Personalstrukturen ist das bisher widersprüchlichste Element im Hochschulerneuerungsprozeß. Im ganzen gesehen überwiegen hier konservative Tendenzen.*

Lassen Sie mich Widersprüchliches ganz kurz benennen:

Einerseits war die Personalausstattung des DDR-Hochschulsystems angesichts der ökonomischen Möglichkeiten der DDR sehr reichlich, hat aber andererseits Ausbildung, Weiterbildung, Nachwuchsentwicklung und auch Forschung in der Durchführung erfolgreich gesichert. Demgegenüber führen die im westdeutschen Hochschulsystem noch immer üblichen Stellenberechnungen und Personalstrukturen vor allem im Bereich der Bildungsaufgaben und der Nachwuchsentwicklung zu Effizienzverlusten. (So verweist Herr Neuweiler beispielsweise immer wieder darauf, daß der wissenschaft-

liche Nachwuchs sehr viel früher als mit 40 Jahren eigenverantwortlich in der Lehre und in der Forschung arbeiten können müßte.)

Einerseits sind DDR-Wissenschaftler durch ihre Bildungs- und Wissenschaftsfunktion mehr oder weniger auch Träger der alten Gesellschaftsstrukturen gewesen; andererseits können gerade diese Erfahrungen Ausgangspunkte für innovative Erneuerungen sein.

Einerseits stand zu Beginn der Transformation ein quantitativ umfangreiches Potential an Wissenschaftlern zur Verfügung; andererseits entsprachen seine Proportionen nach Fächergruppen nicht den quantitativen Anforderungen der anteilmäßigen Umstrukturierung dieser Fächergruppen in künftigen Studienangeboten.

Mit dieser Widersprüchlichkeit ist im bisherigen Verlauf der Hochschulerneuerung unterschiedlich umgegangen worden; ernüchternd ist das Ergebnis für ca. 20.000 Wissenschaftler nur im Hochschulwesen, die bisher ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie kennen den makabren Satz, der für einen nicht geringen Prozentsatz dieser Wissenschaftler zutrifft: Positiv evaluiert, aber kein Bedarf.

Ob die Chancen für eine Weichenstellung in Richtung modernisierter künftiger Personalstruktur noch vorhanden sind, ist nicht so einfach zu beantworten:

Die Anzahl der Professorenstellen erreicht 1994 wieder DDR-Größenordnung (7.500) - und wird mittelfristig noch steigen. Dabei geht es um Neuberufungen, von denen gegenwärtig 62 Prozent realisiert sind mit bis zu durchschnittlich 33 Prozent Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern oder dem Ausland (bei steigender Tendenz dieser Gruppe).

Noch ist eine Konsolidierung der Personalstruktur nicht erreicht. Der Stellenplan des Mittelbaus hat eine Reduzierung von 61 Prozent erfahren und eine Umwandlung in Zeitstellen in der Größenordnung von 60 bis 80 Prozent. Damit schlägt eine Größenordnung des Umbaus zu Buche, die nichts Vergleichbares hat.

Der Frauenanteil im Berufungsgeschehen konnte im Vergleich zu DDR-Zeiten gehalten werden und ist höher als in den alten Ländern; er befindet sich aber heute in noch stärkerem Umfang in den niedrigeren Statusgruppen. Dabei hat auch eine Verdrängung zu Lasten der Ost-Frauen stattgefunden.

Diese wenigen, aber schwergewichtigen Fakten können darauf hindeuten, daß die Umstrukturierung des Personals bisher noch eher konservativ verläuft. Unter solchen

Konstellationen könnten Erfolge im Hochschulausbau und erfolgversprechende Ansätze im inhaltlichen Modernisierungsprozeß der Hochschulen letztlich in Frage gestellt werden.

*7. These: Die Erneuerung der Strukturen für die notwendigen Partnerschaftsbeziehungen der Hochschulen nach außen ist in ihrem bisher erreichten Entwicklungsstand ebenfalls noch ambivalent.*

Dafür sprechen folgende Fakten:

Die Wiederaufnahme der Kooperation zwischen Hochschule und außeruniversitärer Forschung verlief bisher nicht konfliktlos, in den einzelnen Ländern allerdings unterschiedlich ausgeprägt. Nicht unwichtig dafür war, daß die Transformation der ostdeutschen Wissenschafts- und Forschungsstrukturen in den Hochschulen - aufgrund von Bedingungen, die hier nicht reflektiert werden können - langsamer als in der außeruniversitären Forschungslandschaft vorankam. Folgen dieses Zurückbleibens waren Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung (zögerlichen Überführung) von Wissenschaftlern in die Hochschulen und bei der Aufnahme arbeitsteiliger Vorhaben zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Es hat den Anschein, daß jetzt neue Formen der Kooperation Fuß fassen (gemeinsame Berufungen, Kuratorien), die sicher der weiteren Unterstützung bedürfen. Ich denke dabei beispielsweise auch an die geisteswissenschaftlichen Zentren.

Die internationalen Wissenschaftsbeziehungen insbesondere mit Ost- und Mitteleuropa konnten zwar in Form von Vereinbarungen stabil gehalten werden; aber der Wissenschaftleraustausch ist stark zurückgegangen.

Empfindliche Einbußen sind in den Wechselbeziehungen zwischen Hochschule und Wirtschaft entstanden. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie war in den eingetretenen Ausmaßen nicht erwartet worden. Einerseits fand der Standortfaktor 'Verbesserung der wissenschaftlichen Kommunikation und Innovation durch Hochschulen als führende Kraft' in den Landeshochschulplanungen Berücksichtigung, insbesondere mit Fachhochschulgründungen, aber auch mit universitärem Neu- und Ausbau; aber die Hochschulen waren lange mit sich selbst beschäftigt. Andererseits kommt die

Nachfrage aus der Wirtschaft nach Forschungs- und Entwicklungsleistungen (aber auch nach Absolventen) der Hochschulen nur verhalten in Gang. Die regionale Anbindung von Hochschulen muß sich also erst noch als Gewinn erweisen.

Schließlich gibt es Verzug darin, die Weiterbildung als originäre Aufgabe auch der Hochschulen zu verstehen und sie nicht allein den privaten Anbietern zu überlassen. Durch Strukturveränderungen vor allem im universitären Bereich sind Lücken entstanden. Hier haben Fachhochschulen - vielleicht auch durch den Nachqualifizierungsbedarf bedingt - schneller Tritt gefaßt.

*8. These: Der weitere Fortgang der Hochschulerneuerung wird - wie bisher auch - nicht nur an den Hochschulen, sondern ebenso in den Landesregierungen entschieden.*

Wenn man den 'Wirtschaftsstandort neue Bundesländer' stärken will und das vor allem über die Sicherung des 'Wissenschaftsstandortes neue Bundesländer' tun muß, dann kann dies - so meine ich - nicht allein Anliegen der Wissenschaftsministerien und der Hochschulen sein. Sowohl durch so gewichtige Entscheidungen wie die über den Anteil des Hochschul- und Forschungsbereiches am Landesetat als auch durch ganz profane Fragen beispielsweise der schnellen Klärung von Eigentumsfragen im Interesse der Hochschulen wird Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern nachhaltig befördert oder gehemmt.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich abschließend kurz zwei Bemerkungen machen.

Sie werden vielleicht jetzt sagen, daß es bei allem guten Willen bisher an Zeit gefehlt hat, gar nicht so sehr an Geld, um das alles, was hier - und dann noch verkürzt - angesprochen wurde, schon zu realisieren. Das muß ich sicher akzeptieren. Es geht mir aber darum, daß wir jetzt aufpassen, damit nicht eines Tages festgestellt werden kann, daß es zuviel Zeit gab, um Konservatives zu zementieren.

In diesem Sinne wünsche ich den Hochschulen in den neuen Bundesländern gutes Gelingen und bedanke mich, daß Sie so zahlreich zu uns gekommen sind.

# Podium I: Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung

*Ulrich Teichler (Moderation)*

Meine Damen und Herren, wie Sie aus der Regie unseres Programms sehen können, wurden heute morgen eher übergreifende Themen von verschiedenen Sichtweisen, von den unterschiedlichen Funktionen der jeweiligen Beteiligten aus bewertet. Und wir haben auch zum Schluß der Tagung ein übergreifendes Podium. Dazwischen gibt es jetzt eine Podiumsdiskussion, die einem spezifischen Thema nachgeht. Es liegt die Idee nahe zu schlußfolgern, daß offensichtlich in der Entwicklung der Hochschulen in den neuen Bundesländern die Frage des Verhältnisses von Hochschulerneuerung und regionaler Entwicklung als eine Priorität angesehen wird.

Wenn ich die deutsche Situation im internationalen Vergleich betrachte, so meine ich, können wir sagen, daß Deutschland unter den größeren Industrieländern dasjenige ist, in dem am stärksten versucht wird, Hochschulen mit einer mehr oder weniger gleichen Qualität in mehr oder weniger allen Regionen anzusiedeln. Und es paßt in dieses Bild - wie wir ja heute morgen hörten -, daß das Gastland Brandenburg nicht alle Ratschläge des Wissenschaftsrats angenommen hat, sondern genau dieses flächendeckende Prinzip mit möglichst großer Beharrlichkeit realisieren will.

Vielleicht ganz kurz noch ein anderer Befund. Wir haben gerade in einer international vergleichenden Hochschullehrerbefragung festgestellt: Die deutschen Hochschullehrer sind am stärksten der Ansicht, daß es zur Aufgabe der Hochschulen gehört, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Sie heben dies stärker hervor als ihre Kollegen in den anderen Ländern.

Beide Befunde könnten wir als eine besonders günstige Grundvoraussetzung dafür werten, daß sich die Hochschulen ihrer Umgebung widmen. Aber, ich glaube, hier befallen uns schon Zweifel. Das geht doch wohl zu weit, denn ein weiterer Befund dieser internationalen Hochschullehrerbefragung besagt: Deutsche Universitätsprofessoren gewinnen stärker als Professoren aller anderen Industriegesellschaften ihre

Identität ausschließlich aus dem Bezug auf ihre wissenschaftliche Disziplin und nicht auf ihre Hochschule, nicht auf ihren Fachbereich, nicht auch auf ihre nähere Umgebung.

Das heißt, wir können nicht so hundertprozentig sicher sein, daß die Zielsetzung, die hier zur Diskussion steht, tatsächlich für uns etwas Selbstverständliches ist. Natürlich haben wir uns daran gewöhnt, daß regionale Streuung der Hochschulen die Chancen zu studieren erhöht, Konsumeffekte in der Region erzielt und kulturelle Bereicherung bedeutet. Aber dann setzt doch sofort die Debatte ein: Wie groß ist denn tatsächlich die Ausstrahlung der Forschung vor Ort? Wurden die Hoffnungen auf Technologietransfer tatsächlich eingelöst; welchen Stellenwert hat die Hochschule für Beratung der Umgebung? Honoriert die Gesellschaft tatsächlich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Regionsbezüge der Hochschulen besonders ernst nehmen? Wir werden auch vorsichtig, wenn wir betrachten, wie sich das Thema "Hochschule und Region" in den letzten Jahre verändert hat. Auch sind wir nicht ganz so sicher, was die besondere Rolle der Fachhochschulen gegenüber der Region ist: Einerseits wird dies sehr stark betont, andererseits kennen wir auch zweite Hochschultypen in anderen Ländern, die sich der Pflege der Region stärker widmen, als es jedenfalls bei den deutschen Fachhochschulen im ersten Moment sichtbar ist. Unsere Regionsfreundlichkeit auf Seiten der Hochschulen hört vollends auf, wenn Vorschläge gemacht werden, daß Vertreter der Region in den Hochschulen mitsitzen und mitbestimmen sollen. Hier gehört Deutschland zu den Ländern, das am asketischsten diese Fragen von externer Mitbestimmung in den Hochschulen sieht. Schließlich wissen wir, daß eigentlich immer wieder über die Abgleichung dieser Prinzipien der kulturellen Vielfalt und der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gerangelt wird.

All diese Punkte zeigen, daß der Akzent einer starken Zuwendung der Hochschulen zur Region einem großen Dialog nicht 'gleichsam in den Schoß fällt'. Sicher ist aber auch, daß dieses Thema "Hochschule und Region" - und in der eher dynamisierten Form aufgeschrieben, wie es hier in unserem Titel für den Nachmittag heißt "Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung" - ein Thema ist, das bei der Entwicklung der neuen Bundesländer stärker akzentuiert wurde als das zuletzt in den alten Bundesländern der Fall war. Von daher denke ich, daß es für uns von allen Seiten inter-

essant ist, dazu Erfahrungen und Einschätzungen zu hören. Ich darf als erstes das Wort weiterreichen an Frau Thomas, die die Entwicklung an der Technischen Universität Cottbus sehr genau kennt.

### *Helga Thomas*

Ich werde versuchen, ihnen ganz kurz das Prinzip der Gründung dieser - wie sie heute früh gehört haben - vom Wissenschaftsrat nicht gerade als Wunschkind gezeugten Universität nahezubringen. Inzwischen sind wir soweit, uns ganz selbstbewußt als brandenburgische Technische Universität zu installieren, und dies möchte ich ihnen etwas sichtbar machen.

Zweierlei ist zu dem zu sagen, was Herr Teichler gerade erwähnt hat. Eine Technische Universität hat es natürlich sehr viel leichter, sich mit dem Thema der regionalen Ausstrahlung zu beschäftigen, weil dies selbst in den alten Bundesländern längst selbstverständlich ist. Die Entwicklung von Technikwissenschaften ist gar nicht anders denkbar, als diese in relativ enger Zusammenarbeit mit der Industrie jeglicher Größe zu machen. Dies war auch von Anfang an die Motivation sowohl auf politischer Seite als dann auch auf wissenschaftlicher Seite, in Brandenburg eine Technische Universität zu gründen. Sie hatte von Beginn an die Aufgabe, in die Region hineinzuwirken und zu helfen, eine ganze Reihe von Industrien, die aus bekannten Gründen nach 1989 zusammengebrochen sind, wieder auferstehen zu lassen in einer anderen und marktgängigeren Form.

Wir haben uns außerdem eine neue Struktur gegeben, die - so glaube ich - in der Bundesrepublik insgesamt einmalig ist. Wir haben Interdisziplinarität als Prinzip und gleichzeitig als Strukturkonzept entwickelt. Vier außerordentlich breitgefächerte Fakultäten wurden eingerichtet, von denen ich Ihnen zwei nur kurz nahebringen möchte: Das eine ist das Wieder-Zusammengehen der Architektur und des Bauwesens aus naheliegenden Gründen, und das zweite ist die erstmalig in der Bundesrepublik so konstruierte Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik, die ganz speziell die Aufgabe hat, nicht allgemein nur im Umweltbereich zu forschen, sondern in der außerordentlich strukturschwachen und umweltbelasteten Region wegweisende in-

novative Entwicklungen voranzutreiben. Und schließlich haben wir etwas eingerichtet, was so in der gesamten Bundesrepublik zwar seit 20 Jahren diskutiert, aber noch nirgends realisiert ist. Wir haben ein fachübergreifendes Studium verpflichtend für alle natur- und technikkissenschaftlichen Studenten eingeführt, in dem der Versuch gemacht werden soll, durch eine Verbindung von naturwissenschaftlichen und technikkissenschaftlichen Studien mit gesellschaftsrelevanten Bezügen dieser Disziplinen ein Angebot zu unterbreiten, das diese Absolventen besser in die Lage versetzt, den ja nicht mehr nur fachbezogenen Ansprüchen in der Wirtschaft, in der Industrie, in der späteren Arbeitswelt gerecht zu werden.

Die praktische Zusammenarbeit mit der Region, und damit komme ich unmittelbar auf das Thema zu sprechen, gestaltet sich auf allen Ebenen nicht nur als Absicht, sondern als konkrete Kooperation auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene. Wir haben nahezu mit allen Forschungsinstitutionen des Landes Brandenburg Beziehungen und gemeinsame Forschungen. Ich nenne nur beispielhaft das Institut für Halbleiterphysik, das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Dies zeigt, daß wir uns für ganz Brandenburg verantwortlich fühlen und nicht nur für die unmittelbare Region. Wir sind gerade dabei, mit dem Berufsbildungszentrum der Prignitzer Wirtschaft und dem Technologiezentrum Prignitz-West einen Kooperationsvertrag insbesondere im Hinblick auf Weiterbildungskonzepte und Weiterbildungsverbände abzuschließen, um auch für diese durch einen extrem hohen Anteil von Arbeitslosigkeit belastete Region sowohl mit Hilfe von Strukturbedarfsanalysen, Qualifikationsbedarfsanalysen, aber auch durch Unterstützung von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen wirtschaftsfördernd zu wirken. Selbstverständlich haben wir auch regionale Beziehungen direkter Art durch gemeinsame Lehrveranstaltungen, durch Weiterbildungsveranstaltungen mit in unmittelbarer Nähe angesiedelten Forschungsinstitutionen wie dem Institut für Umweltforschung oder dem Hygiene-Institut in Cottbus.

Darüber hinaus konnten wir unmittelbare Kooperations- und Arbeitskontakte zu den in Brandenburg befindlichen Organisationen des Technologietransfers und der Wirtschaftsförderung herstellen. Auch hier nenne ich nur Beispiele: Wirtschaftsförderung Brandenburg, Industrie- und Handelskammer Cottbus, COTEC, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin/Brandenburg. Hier haben wir Kooperationsverträge immer

im Hinblick auf gemeinsame Projekte, die bereits angelaufen sind, abgeschlossen. Andere Kooperationen werden folgen. Bereits erstellt wurden beispielsweise ein Industrieanalyseatlas für das Land Brandenburg oder Analysen für den Sektor der Maschinenbauindustrie und Textilindustrie, mit denen auch das Land Brandenburg vor allem im Hinblick auf künftige Technologien Entwicklungskonzeptionen erarbeitet. Wenn man bedenkt, daß wir erst seit drei Jahren arbeiten, finde ich, ist es schon eine ganz beachtliche Summe von faktischen Aktivitäten, die wir auf die Beine gestellt haben.

Wir sind gleichzeitig Aufnahmepartner für internationale Kontakte sowohl zur westlichen als auch insbesondere zur östlichen Seite. Als die östlichste Technische Universität der Bundesrepublik liegt es nahe, insbesondere die angrenzenden östlichen Länder und deren Hochschulen gemeinsam zu Forschungen zu bringen. Wir haben - um nur einiges zu nennen - gerade mit der Technischen Universität Breslau einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, ebenso mit Posen. Wenn ich etwas weiterblicke, so stehen wir mit der Technischen Universität in Moskau, mit Prag und Danzig in Verhandlungen. Dies alles erfolgt nicht in der üblichen Weise, daß eine Verwaltungsstelle eingerichtet wird, in der man dann die Kooperationsverträge ablegt, wie es so häufig an anderen Universitäten ist, sondern es wird immer unmittelbar ein Forschungsverbund geplant im Hinblick auf konkrete, nicht allgemeine Projekte. Wir bereiten sofort einen Studentenaustausch vor einschließlich der dazu notwendigen Infrastruktur, wie beispielsweise das Bereitstellen von entsprechenden Sprachangeboten für beide Seiten und ähnliches.

Das gleiche gilt natürlich auch für Westkontakte. Es ist uns gelungen, eines der weltgrößten Umweltanalytik-Institute der USA, das seinerseits mit drei großen amerikanischen Universitäten zusammenarbeitet, das 'Triangle labs' in North Carolina, an die Technische Universität zu bringen. Auch dies steht nicht nur auf dem Papier, sondern es wurde bereits eine Außenstelle in Cottbus installiert. Es werden gemeinsame Investitionen getätigt, da insbesondere im Umweltbereich Maschinen, Maschinensysteme, Analysensysteme natürlich sehr teuer sind. Wir haben schon mit dieser gemeinsamen Kooperation begonnen.

Und da ein unmittelbarer Vertreter der größeren Wirtschaft in der Nähe von Cottbus neben mir sitzt, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir rechtzeitig einen

Förderverein der Technischen Universität gegründet haben. Er hat nicht nur die Aufgabe, irgendwie mental freundlich gesonnene Menschen hin und wieder zu gemeinsamem Tun zu versammeln, sondern er ist gezielt gegründet worden, um insbesondere die die Universität umgebende und generell die Brandenburger Industrie, ob nun Klein-, Mittel- oder Großindustrie, in einem solchen Förderverein mit Vertretern der Universität zusammenzubringen, um ganz konkrete Forschungsaufgaben gemeinsamer Art oder solcher, die von der einen oder anderen Seite substituiert werden können oder gemeinsame Unternehmungen im Bereich der Weiterbildung insgesamt zu installieren, also eine Forschungs- und Weiterbildungskooperation von vornherein in die Wege zu leiten.

Last but not least haben wir vor - das geht allerdings nur in einem Land, das vorerst keine kuratorialen Hochschulen kennt-, das Kuratorium gleichsam als Scharnierfunktion und als Beratungsorgan zusammenzusetzen, angesiedelt am Schnittpunkt zwischen Technischer Universität, Politik und Wirtschaft. Wir wollen nach diesem Muster auch potente Interessenten in das Kuratorium berufen, um unmittelbar hier Beratungsfunktionen aus den angrenzenden wichtigen Bereichen an die Universität zu binden.

Ich könnte Ihnen jetzt noch einiges über bereits laufende Forschungen berichten, das lasse ich aber aus Zeitgründen.

### ***Ulrich Teichler***

*Herr Häge, Sie verkörpern die andere Seite. Insofern ist es gut, wenn Sie mit Ihren Ausführungen gleich anschließen an Frau Thomas.*

### ***Kurt Häge***

Die andere Seite muß nicht etwas anderes sehen. Ich halte das von der Moderation her für sehr geschickt, daß ich nun die Ausführungen von Frau Thomas noch durch

---

einige andere Aspekte unterstützen kann.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Lausitzer Braunkohle-Aktiengesellschaft betreibt Braunkohlenbergbau im brandenburgischen und sächsischen Teil der Niederlausitz und obwohl wir die Nachfolger der DDR-Braunkohlenindustrie sind, sind wir nicht deren Erben. Wir haben zwar all die Probleme, die dadurch entstanden sind, zu verwalten, aber wir haben natürlich den festen Willen, eine neue Zeit zu beginnen und eine ganz neue Art von Braunkohlenbergbau umzusetzen. Beim Braunkohlenbergbau im Tagebau entstehen eine ganze Reihe von Problemen, nämlich technische, geomechanische und hydrologische, aber vor allen Dingen natürlich auch ökologische und soziale Probleme. Der Braunkohlenbergbau in der Lausitz hat eine langjährig historisch gewachsene gute Verbindung zur Technischen Universität Bergakademie Freiberg. Diese Beziehungen bestehen auch heute noch. Sie beziehen sich aber in erster Linie auf technische und geomechanische Probleme. Mit der Gründung der brandenburgischen Technischen Universität Cottbus - man muß noch dazu sagen, daß sie ja mitten in der Lausitz liegt - hat eigentlich eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen Braunkohlenindustrie und Hochschule begonnen. Eine neue Ära ganz einfach deshalb, weil es sich bei der Bearbeitung von Problemen oder Problemstellungen in erster Linie um umweltrelevante Dinge handelt und eine neue Ära eigentlich auch deshalb, meine Damen und Herren, weil die Zielstellung bei derartigen Untersuchungen nicht einzig und allein betriebswirtschaftliche Optimierung ist, sondern vor allen Dingen auch Akzeptanzgewinnung und damit ein Stück Bewältigung gesellschaftspolitischer Probleme in dieser Region. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß all das, was da gemacht und geforscht wird, sofort umgesetzt und draußen sichtbar wird, weil es dazu dient, ein Stück von dieser so stark gebeutelten Region, von dieser Landschaft wieder in Ordnung zu bringen und zu heilen. Aus diesem Grund sind die Themenstellungen, die an der Hochschule gemeinsam mit uns bearbeitet werden, Altlastenerkundung und Altlastensanierung; es ist Bodenschutz; es sind Fragen der Bergbaufolgelandschaft, der Landschaftsgestaltung und der Landschaftsplanung; es sind der Biotopschutz, die Biotopvernetzung; es ist Sukzessionsforschung, und es sind natürlich auch hydrologische Fragestellungen und vieles andere mehr, was in diesen großen Rahmen der ökologischen Altlasten der Braunkohlenindustrie in der Lausitz paßt.

Wir waren vor zwei Wochen in Cottbus auf den Lausitzer Wissenschaftstagen und da hat dann jemand aus dem Publikum gefragt: Ja, wenn ihr jetzt so intensiv forscht, wie arbeitet ihr denn überhaupt? Warum macht ihr denn heute schon etwas, was ihr morgen viel besser wißt?

Meine Damen und Herren! Das Problem ist ganz einfach. Es hat natürlich auch in der Vergangenheit derartige Forschungen gegeben und Forschung und Wissenschaft sind ein dynamischer Prozeß, an dem alle beteiligt sind. Wir haben natürlich den festen Willen, morgen und übermorgen all dies viel besser zu machen, was wir sicherlich heute schon gar nicht so schlecht machen. Dazu ist uns die Technische Universität Cottbus ein ganz wichtiger Partner. Ich möchte Ihnen vielleicht an fünf Beispielen ganz kurz darlegen, worin diese Zusammenarbeit im einzelnen besteht.

- Punkt eins ist die Unterstützung von Wissenschaft und Forschung durch Vergabe von Forschungsaufträgen und Gutachten. Das ist eigentlich so der typische Fall der Unterstützung von Hochschulen durch die Industrie. Nur hat das in der Lausitz natürlich einen wesentlich breiteren Rahmen, weil die Aufgaben, die sich dort stellen, eben so ungeheuer groß sind und weil dort neben den privatwirtschaftlichen Mitteln natürlich auch Mittel der öffentlichen Hand in erheblichem Umfang zur Verfügung stehen. Sie wissen vielleicht, daß der Bund und die Länder 1,5 Milliarden DM jährlich für die Sanierung von bergbaugeschädigten Bereichen ausgeben.
- Der zweite Punkt ist die Unterstützung der Lehre durch das Angebot von Praktika, Diplomarbeiten, Themen für Dissertationen und ähnliches. Auch hier sehe ich in der Zusammenarbeit gerade in der Region Niederlausitz eine etwas andere oder weitere Dimension als das in anderen Hochschullandschaften der Fall ist, denn auch die Ausbildung von Studentinnen und Studenten in Umweltfächern - und dies ist ja ein besonders breiter Bereich, der in Cottbus angelegt ist - zeigt, daß die Verbindung von Wissenschaft mit dem praktischen Bezug einen gewissen Überzeugungscharakter hat. Diese jungen Menschen sehen, daß hier nicht nur geredet, nicht nur etwas dargestellt wird, was alles gut und schön ist, sondern sie sehen gleichzeitig, daß es draußen von der Industrie auch umgesetzt wird. Dies ist - meine ich - ein Teil gesellschaftlicher

Befriedung, den gerade diese Region sehr nötig hat, wenn man beispielsweise an diese so stark kontroversen Diskussionen zwischen den Vertretern der energiewirtschaftlichen Seite und dem Umweltschutz denkt.

- Der dritte Punkt - und hier kann ich heute ein sehr gutes Ergebnis weitergeben - ist die Unterstützung bei der Erarbeitung von Projekten, die über die Deutsche Forschungsgemeinschaft laufen. Hierbei besteht die Hilfe der Industrie einmal in der Themenerarbeitung, in der Herstellung eines praktischen Bezuges und in der Bereitstellung des Untersuchungsfeldes für die Wissenschaftler. Und sie besteht in dem wichtigen Punkt der Restfinanzierung, der ja bei derartigen Projekten notwendig ist. Ich darf Ihnen heute hier mitteilen, daß bei dem großen Forschungsprojekt, das das Bundesumweltministerium für die Bergbauloglandschaft in der Niederlausitz ausgeschrieben hat, die Universität Cottbus in vollem Umfang ihrer beantragten Projekte den Zuschlag erhalten hat. Das ist noch ganz inoffiziell, ich habe es gestern erfahren, das ist eine fantastische Sache - wir freuen uns sehr darüber. Dies sichert auf eine lange Zeit auch die Beschäftigung von Wissenschaftlern an der TU Cottbus, die sonst nicht zum wissenschaftlichen Bestand der Hochschule gehören.
- Wir beteiligen uns viertens an Lehre und Forschung auch dadurch - wir forschen ja selbst und machen Untersuchungen mit unserem Mitarbeiterstab -, daß wir Forschungsergebnisse austauschen, Seminare abhalten, natürlich Exkursionen mit den Studenten ermöglichen, aber auch Lehraufträge von der Hochschule übernehmen und dadurch aktiv die Verbindung zwischen der Wissenschaft und der industriellen Praxis herstellen und so ein aktiver und lebendiger Austausch stattfindet.
- Mit dem fünften Punkt komme ich auf das zurück, was Frau Thomas über Auslandsbeziehungen gesagt hat und heute morgen auch schon über europäische Integration besonders der osteuropäischen Hochschulen angesprochen wurde. Wir versuchen, mit unseren Möglichkeiten den Brückenschlag zu anderen Universitäten in Osteuropa zu bewirken. Die TU Cottbus und die Lausitzer Braunkohlen Aktiengesellschaft haben die Vision, meine Damen und Herren, aus der

Technischen Universität Cottbus ein europäisches Zentrum für Forschung in bezug auf Bergbaufolgelandschaft zu entwickeln. Dies ist in Osteuropa ein besonders wichtiges Thema, denn auch dort ist ja das gleiche passiert wie in der ehemaligen DDR. Umweltzerstörung ist in einem großen Ausmaß betrieben worden ohne Bemühungen, diese Flächen wieder zu rekultivieren. Frau Thomas, Sie haben vorhin Breslau erwähnt; ich war diese Woche in Breslau und möchte Ihre schon hergestellte Beziehung dadurch unterstützen, daß wir die Studenten besonders von der Polytechnischen Hochschule einladen und sie betreuen. Das ist ja eines der großen Probleme, daß die Hochschulen keine Möglichkeiten haben, überhaupt Reisen zu finanzieren. Wir sehen zur Zeit auch gute Chancen, die Verbindung zur Universität Sofia herzustellen. Bulgarien ist ebenfalls ein Braunkohlenbergbauland. Über unsere Kontakte werden wir Gespräche zwischen der Hochschule Cottbus und der Universität Sofia vermitteln.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Hochschule und Wirkung in die Region und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist nicht ein gefälliges Mäzenatentum, sondern ein wirkliches gegenseitiges Geben und Nehmen und deshalb eine sehr gute Partnerschaft. Vielen Dank.

### *Ulrich Teichler*

*Wenden wir uns in einem zweiten Beispiel einem anderen Hochschultyp zu. Herr Schmidt von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida, bitte.*

### *Reinhard Schmidt*

Das Motto, das mir hier gestellt ist, Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung, gefällt mir sehr gut und trotzdem müßte man angesichts der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik eigentlich schreiben "Hochschulverantwortung und regionale Entwicklung".

Lassen Sie mich hier kurz ein paar Zahlen zu Sachsen nennen. In Sachsen kommen auf 1.000 Menschen nur noch 50 in der industriellen Produktion, d. h. nur noch 50 Erwerbstätige. In Württemberg sind es 127 und selbst die viel gepriesene Dienstleistungsgesellschaft der USA bringt es auf 97. Das heißt also, die Hochschulen in den neuen Bundesländern sind mitverantwortlich, mindestens 50 Arbeitsplätze neu zu schaffen auf 1.000 Bevölkerungsanteile. Dafür gibt es zwei Wege. Der eine ist, mit herkömmlichen Produkten aufzuholen. Das heißt aber, Ballast abzuwerfen, und das sind die hohen Löhne, die in der Industrie gezahlt werden. Diesen Weg will vor den Wahlen und ich schätze auch danach niemand gehen. Also bleibt nur der zweite Weg, die Verantwortung der Hochschulen, durch Innovation neue Erzeugnisse zu entwickeln. Und hier bin ich mit der Gesetzgebung, die wir übernehmen mußten, nicht sehr zufrieden. Sie ist besser als in der DDR, aber eben nicht so gut, wie sie sein müßte.

Wenn die 240.000 Arbeitsplätze, die in Sachsen zu schaffen wären, entstehen sollen, dann müßte zum Beispiel 1 1/2mal Siemens in Deutschland in zehn Jahren in Sachsen entstehen. Siemens hat gegenwärtig etwa - ich lasse mich gern korrigieren - 180.000 Beschäftigte in Deutschland. Wenn wir dann den 'Späthschen Mittelstand' preisen, wären das immer noch 28.000 Betriebe zu 10 Beschäftigten oder 2.800 Betriebe zu 100 Beschäftigten. Unter der gegenwärtigen Gesetzgebung wären diese Betriebe nicht in der Lage, sich so viel benötigte Innovation einzukaufen. Und auf der anderen Seite haben wir in der Hochschule kein Reglement, das Erforderliche umzusetzen, ohne mit den Industrie- und Handelskammern wegen Wettbewerbsverzerrung in Konflikt zu kommen. Ich bin über die Gesetzgebung zur Zeit sehr unglücklich.

Dennoch ist, auch wenn wir nicht für die Region forschen, jede Fachhochschule schon nur durch ihre Existenz ein großer Gewinn. Ein Student bringt ja 500 DM in die Gemeinde ein pro Monat und eine Fachhochschule von 2.000 Studenten ist immerhin ein Wert von 10 Millionen DM Umsatz pro Jahr für die Stadt, die sie in ihren Mauern hat. Das ist eine Tatsache, die viele Bürgermeister oftmals nicht begreifen wollen. So ist es bereits in der Mittweidaer Hochschulgeschichte zu lesen. Im Jahre 1936, als die ausländerfeindliche Politik Hitlers dazu führte, daß 50 Prozent der Ausländer wegblieben, schrieben die Handwerker von Mittweida an den Reichsgauleiter: Früher, als die Schule noch im guten Gange war, gab es hier immer was zu tun, jetzt haben wir nur noch 10 Paar Schuhe verkauft.

## **Podium I: Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung**

---

Schmerzlich für Sachsen ist auch der Rückgang von Studienbewerbern aus den anderen ostdeutschen Ländern. Sachsen war immer Bildungsexportland - etwa 58 Prozent der DDR-Ausbildung erfolgte in Sachsen, was sich jetzt zugunsten der anderen Länder wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern verändert.

Schließlich möchte ich noch eine Gefahr benennen: Ich habe Angst, daß aus Regionalität der Hochschule Provinzialität wird. Wir haben mit der Einheit die Freiheit in der Wahl der Studienrichtung und des Studienganges erworben; aber es kann kaum noch die Freiheit der Wahl des Studienortes genutzt werden. In den alten Bundesländern studiert die Mehrzahl wohnortnah. Ich halte es aber nach wie vor für sehr wertvoll, daß nach dem Abitur oder der Fachoberschule das Band mit dem Elternhaus zerschnitten wird und der Jugendliche in einiger Entfernung von heimatlicher Versorgtheit das Studium aufnimmt: der Sachse in Hamburg, der Hamburger in Sachsen. Es wäre sehr nützlich, wenn durch eine andere Politik im Studentenwerk und in der Förderung des studentischen Wohnens und Lebens gewährleistet würde, daß die Hochschule zwar ein regionaler Faktor in der wirtschaftlichen Wirksamkeit ist, aber in der Bildung der Austausch zwischen den Ländern gefördert wird von Nord nach Süd, von West nach Ost. Danke schön.

### ***Ulrich Teichler***

*Herr Scholz, Sie haben in Ihrer Tätigkeit Erfahrungen mit mehreren Hochschulen gesammelt. Es ist für uns sehr interessant, dieses zu hören.*

### ***Hans-Eckart Scholz***

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf die beiden Stichworte - Hochschulerneuerung, regionaler Bezug - aus unserer Sicht eingehen. Diese Einschränkung ist nötig, weil die Firma Siemens ein überregional tätiges Unternehmen, eine große Firma ist. Es wird uns immer gesagt, daß das, was wir für richtig finden, für die vielen kleinen Unternehmen überhaupt nicht richtig ist. Und eine zweite Ein-

schränkung ist notwendig: Wenn wir von Hochschulen sprechen, dann möchte ich Sie bitten, den Bereich der Technik, die Ingenieurwissenschaften mit Einbeziehung der Naturwissenschaften, zu sehen und nicht die vielen anderen Disziplinen.

Wie hat sich die Hochschulerneuerung, besser die Umstrukturierung, für uns dargestellt? Siemens hat, ohne abzuwarten, was die Empfehlung des Wissenschaftsrats oder die Gesetzgeber veranlassen, den Kontakt zu den damals existierenden Hochschulen gesucht. Anwesende werden es bestätigen können. Wir haben uns bemüht, deutlich zu machen, hier sind wir, wir wollen mit euch zusammenarbeiten, laßt uns das pragmatisch angehen, wir reden miteinander, wir sind natürlich am Nachwuchs interessiert, und wir sind auch bereit, auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung zusammenzuarbeiten. Daraus haben sich eine Vielzahl tragfähiger Kooperationen ergeben, die - ich darf einmal an das neue Chipwerk in Dresden erinnern - inzwischen schon Konkurrenzen aufkommen lassen beispielsweise zwischen Chemnitz und Dresden darüber, wer mit der Firma Siemens am meisten zusammenarbeiten darf.

Mit der Qualifikation der Absolventen waren wir von Beginn an zufrieden. Alle Dienststellen, die im Westen wie im Osten Absolventen aus Dresden, aus Ilmenau usw. eingestellt und beschäftigt haben, sehen überhaupt keinen Unterschied in der Qualifikation, in der Einsatzmöglichkeit. Im Gegenteil, es gab sogar Positives zu erwähnen.

Eine Chance für Erneuerung sehe ich vor allem vor dem Hintergrund dessen, was Frau Buck-Bechler gesagt hat, in der Umsetzung unserer Vorstellungen von den künftigen Anforderungen an Ingenieure. Sie wissen ja, daß sich die Wirtschaft im Umbruch befindet. Stichworte, wie Umstrukturierung, andere Arbeitsabläufe, Interdisziplinäres, wurden schon verschiedentlich angesprochen. In dem Maße, wie wir noch weiter den Anteil von Hochschulabsolventen z. B. in unseren Firmen erhöhen werden, können nicht alle im Bereich der Forschung und Entwicklung tätig sein. Dazu haben wir eine ganze Reihe von Vorstellungen zusammengetragen. Wir wollen sie gerade morgen im VDI diskutieren. Die Vorabdiskussion mit Fachkollegen westdeutscher Hochschulen hat ein sehr differenziertes Bild erbracht. Es dominieren sofort das Wenn und das Aber und die Verweise auf erschwerende Randbedingungen. Ich kann nur sagen, in dem Maße, wie wir uns als Wirtschaft umstrukturieren müssen, muß vieles auch im Hochschulbereich getan werden. Und da habe ich eigentlich die Hoffnung, daß die Hochschulen in den neuen Ländern im Rahmen ihrer eigenen Konsolidierung -

## Podium I: Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung

---

ich verweise auf den Ansatz in Cottbus - viel bereiter sein werden, hier in den Dialog einzutreten. Das ist wiederum ein Pluspunkt der neuen Hochschulen hier im Osten verglichen mit den tradierten im Westen, wo doch sehr oft einfach die Äußerung kommt: Na ja, das können wir halt nicht, oder das haben wir noch nie gemacht, und da gibt es so viel Schwierigkeiten.

Soweit zu dem Stichwort Umstrukturierung oder Erneuerung. Nun noch ein paar Gedanken zur Regionalisierung.

Ein Industrieunternehmen ist natürlich, was die Studentenausbildung angeht, an einer möglichst nachbarschaftlichen Verbindung zu Hochschulen interessiert. Das ist einfach praktischer. Es geht um das Ableisten von Pflichtpraktika, um das Ermöglichen von Studien- und Diplomarbeiten, das Übernehmen von Lehraufträgen, die Förderung der Zusammenarbeit z. B. in Kuratorien usw. - ich brauche das nicht alles aufzuzählen. Das vollzieht sich am besten auf lokaler Basis. Auch die viel beschriene oder viel gepriesene Mobilität unserer Absolventen ist ja gar nicht so stark ausgeprägt. Wir haben umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, die zeigen, daß es 'Haus- und Hof-Hochschulen' für große Siemensstandorte gibt, wie beispielsweise München, Erlangen oder Karlsruhe. Und selbst Physiker, die auch an klassischen Universitäten ihre Ausbildung erhalten haben und nicht nur an Technischen Hochschulen, kommen ebenfalls aus der Umgebung. Das hat wiederum seinen guten Grund, weil viele während ihres Studiums schon in der Firma tätig waren und dann auch sehr gern als Absolventen genommen werden. Regionalisierung ist von daher sicherlich ein ganz wichtiger Gesichtspunkt bei allem Wunsch nach Mobilität.

Was die Hochschule als Innovationsmotor betrifft, da meine ich, müssen wir unterscheiden zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Zumindest unsere Firma oder die Fachleute aus unserer Firma, die die Zusammenarbeit mit Fachkollegen von Universitäten suchen, gehen einfach nach dem Gesichtspunkt der Reputation, der Bekanntheit, auch der Aktivität, die sich von einem Institut aus entwickelt, der Einbindung in fremde Forschungsbereiche. Ich würde sagen, die Zusammenarbeit mit Universitäten ist überregional zu sehen; wer flexibler ist und auch mehr zu bieten hat, der ist der zu bevorzugende Partner.

Anders bei den Fachhochschulen. Hier sehen wir sehr stark den regionalen Bezug und dabei vor allem den Aspekt der Beratung und des ständigen Dialogs mit kleinen und

mittleren Betrieben. Auf diesem Gebiet besteht insgesamt in Deutschland ein großer Nachholebedarf. Paradebeispiel für gute Zusammenarbeit ist hier Baden-Württemberg mit der Steinbeiß-Stiftung, einer Technologieinstitution, die vom Land gefördert wird, aber mit beliebig vielen Freiheitsgraden ausgestattet ist. Da kommt es lediglich darauf an, daß ein Professor zusammenarbeiten will und sich einen Partner sucht. Dann kann er unter gewissen Randbedingungen sehr wirtschaftlich arbeiten. Zu sagen wäre allerdings, daß der Idealismus der Professoren und das Engagement und die Bereitschaft der Wirtschaft die eine Seite ist, ohne ein gewisses Mindestmaß an Grundförderung durch das Land oder eine unterstützende Funktion geht es trotzdem nicht. Wenn Professoren neben ihren üblichen Lehrverpflichtungen, aus denen sie nicht entlassen werden, Forschung mit sehr viel Idealismus betreiben und dann noch bei allen Risiken wirtschaftlich sein sollen, dann ist das ohne einen gewissen Mindestbeitrag von staatswegen nicht möglich. Danke.

### ***Ulrich Teichler***

*Wir sollten nach diesen beiden Beiträgen nun die Stimme eines Regionalforschers hören. Herr Nutz, bitte.*

### ***Manfred Nutz***

Als an der Hochschule tätiger Geograph möchte ich versuchen, einen etwas ganzheitlicheren Blickwinkel auf das Thema Hochschulerneuerung und regionale Entwicklung zu werfen und zunächst eine Positionsbestimmung zum Thema vorwegschicken.

Das Wort Hochschulerneuerung oder Modernisierung, wie heute morgen interpretiert, beinhaltet die Komponente Veränderung, Dynamik. Regionale Entwicklung beinhaltet auch eine dynamische Komponente in Richtung Prosperität - und Hochschule ist in vielerlei Hinsicht natürlich ein wichtiger Bestandteil der Region mit vielfältigen Beziehungen untereinander. Doch sollte man das Thema nicht falsch interpretieren und sich im Hinterstübchen denken, regionale Entwicklung funktioniert durch Hochschuler-

neuerung. Ich denke mir, daß Veränderung bzw. Entwicklung an zwei Kristallisationspunkten ansetzen muß, nämlich einmal in der Hochschule und einmal in der Region, damit es zu Wechselbeziehungen kommt. Das heißt, einen Pfeil mit zwei Spitzen aufzubauen oder am besten eine Gewindestange mit zwei Schrauben, damit an zwei Schrauben etwas gedreht werden kann, wenn ein Verhältnis zwischen Hochschule und Region hergestellt, etabliert, verändert werden soll.

Zunächst der Ausgangspunkt Hochschule. Hochschule in der Region ist - so glaube ich - unbestritten natürlich grundsätzlich etwas Vorteilhaftes. Das muß auch so sein, denn es sind Steuergelder, die das Hochschulwesen überwiegend finanzieren. Von den vielen positiven Effekten, die schon angesprochen wurden, möchte ich einen noch einmal aufgreifen, und zwar den regionalökonomischen Effekt. Regionalökonomische Effekte können einmal direkter Art sein, und zwar kontinuierliche Finanzströme, wie laufende Sachausgaben, Dienstleistungen und Anschaffungen, und nichtkontinuierliche, wie u. a. Bauinvestitionen. Diese Gelder bleiben zu 60 bis 70 Prozent in der Region, im Nahbereich. Für den Raum Köln - aus dem ich komme - mit einem Sachausgaben- und Bauausgabenvolumen von 80 Millionen DM Ende der 80er Jahre bedeutet das, daß etwa 50 bis 55 Millionen DM im Nahbereich verbleiben. Man kann zudem sagen, daß die Regionalität der Finanzströme mit dem Grad der Spezialisierung der Dienstleistungen oder des Produkts abnimmt. Hinzu kommen noch die indirekten Effekte wie die Ausgaben der Hochschulangehörigen, von denen drei Viertel in der Region bleiben und die Ausgaben der Studierenden - wie gerade schon angesprochen -, von denen 70 bis 85 Prozent in der Region verbleiben. Herr Meyer aus Bayreuth, für den ich hier sitze, hat für Greifswald überschlagen, daß 15 Millionen DM pro Jahr allein an studentischen Ausgaben in der Region verbleiben und dem Handel, dem Dienstleistungs- und Wohnungsmarkt zugute kommen. Das sind - denke ich - schon beträchtliche Dimensionen. Selbst eine kleine Hochschule ist in diesem Zusammenhang in der Region ein Großbetrieb. Das sollte man sich bewußt machen.

Hochschule hat aber natürlich auch einen weiteren Output, und zwar hochqualifizierte Arbeitskräfte bzw. Absolventen, die eine Beschäftigung suchen und brauchen. Die Absolventen wollen - wie schon angesprochen wurde - zum großen Teil in der Region bleiben und suchen zum großen Teil dort einen Job. Das heißt, daß eine Hochschule mit einer hohen Ausschöpfungskraft, also hoher Regionalquote, auch eine entspre-

chend aufnahmefähige Arbeitsmarktstruktur in räumlicher Nähe benötigt, wenn man die Immobilität erst einmal akzeptiert oder zur Kenntnis nimmt. Die Hochschule stellt das Humankapital, die Region muß dieses Kapital gewinnbringend nutzen. Das Beispiel des peripheren westlichen Niedersachsens zeigt, daß die Fachhochschulen weitaus mehr Absolventen entlassen hat, als die Arbeitsmarktregion dort aufnehmen kann. So kommt es zu einer erzwungenen, von den Absolventen ungewollten sogenannten "qualifikationsselektierten" Abwanderung (brain drain). Und dies, obwohl die Fachhochschul-Studierenden ein dichteres informelles Netz durch Praktika usw. bei der Stellensuche in der Region haben als Universitäts-Studierende.

Die Liste der Leistungen der Hochschulen wäre noch beliebig erweiterbar. Ich möchte einen ersten Strich ziehen mit der Aussage, daß die Hochschule allein nicht Schrittmacher in der Region sein kann.

Was sind nun die Voraussetzungen für die Wechselbeziehungen zwischen Region und Hochschule. Ich denke, daß die eine für die Entwicklung der anderen jeweils mit verantwortlich ist. Die Voraussetzung für eine Beziehung ist, daß der jeweils andere Partner identifizierbar ist, ein individuelles Profil hat. Die Hochschule, um davon auszugehen, muß also transparent und durchschaubar, damit faßbar sein und nicht irgendwie einen abgekoppelten Hochschulkosmos darstellen. Das gilt für Universitäten wie für Fachhochschulen, für technische wie auch für geisteswissenschaftliche Disziplinen. Ansonsten bleibt Transferleistung von der Hochschule in die Region unbefriedigend. Diese Individualität, das Profil der Hochschule - so meine ich - muß nach innen bekannt und akzeptabel sein für alle Seiten in der Hochschule und natürlich nach außen auf verschiedenen Ebenen vertreten werden. Wissenschaftsmarketing oder öffentliches Marketing wären Stichworte hierfür. Es muß an einer akzeptierten Stelle gebündelt werden.

Neben einer bestimmten Grunddenkhaltung erfordert dies vor allem auch Kommunikation zwischen Hochschule und Region. Sie kann nicht irgendwie durch offizielle Stellen oder formelle Stellen verordnet werden, sondern formelle Stellen, wie z. B. Technologietransferstellen, können helfen, Kontakte herzustellen; aber sie sind keine Garantie für Kommunikation. Wenn bestehende Vorurteile zwischen Wissenschaft und Praxis in der Hochschulregion abgebaut sind, dann ist auch eine Kommunikationsplattform vorhanden als Voraussetzung für ein Marketing, das die verschiedenen autonomen

Bausteine der Hochschule managt. Das mag in kleinen Hochschulen besser funktionieren als in großen, möglicherweise auch in Neugründungen besser als in traditionellen. Vielleicht bietet sich den Hochschulen der neuen Bundesländer gerade hier eine große Chance. Aber auch die Region muß gewisse Voraussetzungen erfüllen, um eine intakte Wechselbeziehung zu etablieren. Die regionale Wirtschaft - damit meine ich jetzt nicht einen Siemens Konzern oder eine Braunkohle AG, sondern die vielen Kleinbetriebe, den Mittelstand usw. in der Region, im Nahbereich - hat durch die Tatsache, daß sich ein Großteil der Studierenden während des Studiums einen erheblichen Teil des Lebensunterhaltes hinzuverdienen muß, ein sehr flexibles, temporär einsetzbares und sogar qualifiziertes Arbeitskräftepotential und profitiert nicht schlecht davon. Häufig haben nämlich die Studierenden eine abgeschlossene Berufsausbildung, zumindest in Westdeutschland. Die Betriebe profitieren also nicht schlecht davon, und ich frage mich, was wäre, wenn wirklich alle Studierenden - dabei denke ich an die Diskussion um Verkürzung der Studienzeiten - nur studieren würden und sonst nichts weiter tun müßten.

Nach Studienabschluß dürfen die Unternehmen allerdings nicht den für die Praxis voll ausgebildeten Berufsanfänger erwarten. Die Universität kann zwar gewisses Wissen und bestimmte Fertigkeiten vermitteln; aber eine Berufseinstiegsphase müßte seitens der regionalen Wirtschaft angeboten werden, wie es in großen Betrieben schon durch Praxissemester gemacht wird. Hierdurch würde für die Einsteiger eine Chancenverbesserung bei Bewerbungen entstehen. Ebenso wird das Wort Gründerzentren für junge Existenzgründer wichtig. Hier muß die Kommune in Vorleistung treten.

Zur Region gehören aber - das ist mein letztes Stichwort - nicht nur Wirtschaft, sondern auch alle anderen Institutionen und Kräfte, wie z. B. Kommunalpolitik und Kultur. Diese werden nicht selten von dominierenden Großbetrieben in der Kommune mitgestaltet. (Allerdings rufe ich in Erinnerung, daß auch die Hochschule ein Großbetrieb ist.) Da geht es nicht um Machtspiele, sondern um geistige Befruchtung. Und damit bin ich wieder bei der Kommunikation angelangt: Sie sehen, ein ewiger Kreislauf. Vielleicht ist gerade in den neuen Bundesländern die Chance nicht schlecht, diesen Kreislauf durch kreative Instrumente aufzubrechen.

### ***Ulrich Teichler***

*Herr Weiler, wir haben gehört, daß den beiden Hochschulen, über die wir bisher gesprochen haben, der Regionsbezug durch die Fachrichtungsstruktur schon fast ein bißchen 'in den Schoß fällt'. Das ist für Hochschulen mit einer etwas anderen Fachrichtungsstruktur nicht ohne weiteres der Fall. Deswegen sind wir natürlich gespannt, was Sie zu diesem Thema jetzt sagen werden.*

### ***Hans Weiler***

Ich vertrete ja auch eine Hochschule hier, die nicht zu den Wunschkindern des Wissenschaftsrates gehörte. Deswegen bin ich Herrn Benz auch besonders dankbar, Beteiligte an ihre Vaterschaftspflichten erinnert zu haben. Ich bitte Sie, in Rechnung zu stellen, daß ich in meiner Biographie in jüngerer Zeit zwei nicht ganz unwichtige Grenzüberschreitungen vorgenommen habe. Zum einen habe ich mich aus einer amerikanischen Universität am Rande des Pazifik an eine deutsche Universität am Rande der Oder begeben und zum anderen von einem Hochschulforscher, der ich für lange Zeit gewesen bin, zu einem Hochschulmacher verändert. Bei solchen Übergängen fällt einem einiges auf, und ich wollte ganz gern vier Beobachtungen mit Ihnen teilen, allerdings wirklich nur in Form von Thesen, die mich gerade vor dem Hintergrund eines solchen Übergangs besonders beschäftigen. Diese Beobachtungen haben sowohl mit Hochschulerneuerung wie auch mit dem regionalen Bezug zu tun. Der regionale Bezug stellt sich bei einer Universität, wie der in Frankfurt(Oder), in der Tat, wie Herr Teichler vermutet, etwas anders dar.

Ich will zunächst einmal die beiden ersten Thesen nur so hinstellen, wie sie summarisch formuliert sind und dann vielleicht bei anderer Gelegenheit darüber sprechen. Diese Beobachtungen sind natürlich auch ganz besonders von der Erfahrung der Europa-Universität mitbestimmt.

Die erste Beobachtung ist die eines sehr grundsätzlichen Innovationsdilemmas der Universitäten und vielleicht auch gerade der deutschen Universitäten. Das hatte ich mir eigentlich nicht so vorgestellt. Das Dilemma scheint darin zu liegen, daß auf der

einen Seite alte etablierte Universitäten nicht reformfähig sind und auf der anderen Seite neue Universitäten nicht reformwillig sind. Das klingt jetzt sehr undifferenziert, aber ich wäre durchaus bereit, den Nachweis dafür anzutreten, wobei der zweite Teil der Beobachtung für mich wichtiger ist. Hier erweist sich, daß doch gerade auch bei Professoren eine beträchtliche und zum Teil auch durchaus verständliche Furcht besteht, sozusagen einen Innovationskonflikt anzunehmen, d. h. Innovation mit Reputationsverlust gleichzusetzen. Die Besorgnis darüber, was der Rest der Fachleute wohl denken möge, wenn man einen neuartigen Studiengang einrichtet, ist doch außerordentlich weit verbreitet und stellt für Universitäten, die an sich aufgrund ihrer Neuheit und Neuartigkeit ein Gravitationszentrum von Innovation darstellen sollten, ein ganz beträchtliches Hindernis dar.

Ich lasse es bei dieser Feststellung und komme zu einer zweiten Beobachtung. Die fällt in der Tat dann auf, wenn man von irgendwo anders nach Deutschland in die deutsche Hochschulpolitik eintritt. Es ist doch ein sehr bestimmender, beherrschender Eindruck einer inhaltlichen Leere der hochschulpolitischen Diskussion in Deutschland. Mir fällt auf, wie wenig eigentlich in der Hochschulreformdiskussion von den Inhalten dessen, was gelehrt und gelernt wird, die Rede ist. Das hat ganz sicher seine Gründe, aber ich muß gestehen, daß ich es doch außerordentlich schwierig finde zu verstehen, wie wenig etwa die wissenschaftstheoretische Diskussion der letzten 50 Jahre in die hochschulpolitische Diskussion Eingang gefunden hat, z. B. auch im Zusammenhang mit solchen Dingen wie Studienzeitverkürzung. Gerade diese Diskussion stellt sich mir eigentlich als ein typischer Diskurs von Finanzministern dar, ohne dieses den Finanzministern zum Vorwurf zu machen - die reagieren so -, sondern eben den Wissenschaftspolitikern.

Ich möchte zwei Beobachtungen in aller Kürze noch anschließen, die in besonderer Weise mit dem Umfeld einer Universität und mit dem Versuch einer Universität zu tun haben, einen regionalen Bezug herzustellen.

Das eine ist die Schwierigkeit des Versuchs, eine internationale Universität in Deutschland aufzubauen. Die Europa-Universität in Frankfurt(Oder), das wissen Sie, ist angetreten mit dem Anspruch, in besonderer Weise als Brücken-Universität zwischen West- und Osteuropa, zwischen Deutschland und Polen, zu funktionieren. Es ist außerordentlich schwierig, ein solches Konzept in die Tat umzusetzen. Das wird Sie nicht verwundern, aber man kann sich kaum vorstellen, mit welchen Schwierigkeiten

die Verwirklichung eines solchen Konzepts zusammenhängt. Das fängt an mit der Frage, wie man denn einen inhaltlich eminent wünschbaren und nennenswerten Anteil ausländischer Studierender - 30 Prozent ist für Frankfurt(Oder) etwa der Richtwert - wie man den mit den kapazitätsrechtlichen Vorschriften in Deutschland in Einklang bringt. Es geht weiter mit der Frage der Verbeamtung ausländischer Hochschullehrer, was zumindest in Brandenburg ein Problem ist. Ich persönlich muß Ihnen sagen, daß ich gegen die Verbeamtung von Hochschullehrern überhaupt bin; aber ich finde es unerträglich, wenn es an einer Universität beamtete deutsche und nichtbeamtete ausländische Hochschullehrer gibt. Dieser Situation nähern wir uns aber sehr. Es geht weiter mit der Tatsache, daß wissenschaftlichen Mitarbeitern aus dem Ausland ihre Dienstzeiten in Stanford oder Oxford oder Stockholm nicht auf ihre Bezüge angerechnet werden zum Unterschied zu ihren deutschen Kollegen. Und das hört noch längst nicht damit auf, daß die bundesdeutschen Richtlinien über Trennungsschädigungen zwar dem deutschen Professor in Frankfurt(Oder) den regelmäßigen Flugschein zur Familienheimfahrt nach München oder Köln zubilligen, einem polnischen Kollegen für die Familienheimfahrt nach Warschau aber lediglich die Bahnfahrt zweiter Klasse bis zum nächsten deutschen Grenzbahnhof - also von Frankfurt(Oder) nach Frankfurt(Oder). Ich will das nicht karikieren, ich will hier nur deutlich machen, daß eine Universität, die das Mandat hat, sich einen besonderen regionalen Bezugsrahmen zu schaffen, dann doch in der Verwirklichung mit allen möglichen und zum Teil recht seltsamen Schwierigkeiten zu tun hat.

Meine letzte Beobachtung bezieht sich auf die Rolle von Universitäten als strukturpolitische Instrumente. Da beobachte ich doch eine gewisse Naivität in der Behandlung eben dieser Frage der strukturpolitischen Wirkung von Universitäten, insbesondere die Verkennung der Tatsache, daß die strukturpolitische Wirksamkeit von Hochschulen ihrerseits ihre strukturpolitischen Voraussetzungen hat. Das heißt, daß man Universitäten nur zur Entfaltung einer strukturellen Wirksamkeit in ihrer Region bringen wird, wenn man gleichzeitig auch Bedingungen schafft, die eine solche Wirksamkeit ermöglichen.

Lassen sie mich das an drei Punkten erläutern.

Es gibt gerade in Gesellschaften, die im Prozeß einer gewissen Neuorientierung sind, Mindestvoraussetzungen für Hochschulentwicklungen in strukturschwachen Gebieten. Das hat zu tun mit Wohnungsbau, das hat zu tun mit Verkehrsanbindungen - und

darüber kann man in Frankfurt(Oder) ein Lied singen. Der Minister hat heute morgen von den Standortnachteilen von Frankfurt(Oder) gesprochen. Das kann man plakativ an dem Vergleich der Annahmen von Berufungen an etwa den Universitäten Potsdam und Frankfurt(Oder) nachlesen: 90 zu 55 Prozent. Daran zeigt sich, wie sehr dann auch strukturelle Bedingungen für die Wirksamkeit einer Universität maßgebend sind.

Die zweite Überlegung, die mir aus der Erfahrung aus Brandenburg wichtig ist, ist die Notwendigkeit der Abstimmung der strukturpolitischen Vorstellungen einer Universität und der strukturpolitischen Vorstellungen ihres Umfeldes. Die sind gegenwärtig keineswegs aufeinander abgestimmt. Das ist - glaube ich - auch ein besonderes Merkmal der historischen Situation, in der sich dieser Teil Deutschlands befindet. In mehreren Regionen - sicher nicht in allen - steht sozusagen das strukturpolitische Profil selbst noch in Frage, weil Identitäten verlorengegangen sind. Das ist in Eisenhüttenstadt vielleicht noch deutlicher als in Frankfurt(Oder), aber in Frankfurt(Oder) ist es problematisch genug, weil z. B. von 8.000 Beschäftigten im Halbleiterwerk jetzt noch 300 oder 400 da sind. Wo also völlig neue, auch regionale Identitäten geschaffen werden müssen, ist Koordination nötig in einem Prozeß der Interaktion mit der Rolle der Universität. Daran fehlt es noch sehr. Auch das ist wiederum niemandem direkt zum Vorwurf zu machen, aber die strukturpolitische Wirksamkeit von Universitäten kann sich natürlich nur in einem Rahmen entfalten, der diese Entsprechung wahrnimmt und der sich dieser Entsprechung ausdrücklich annimmt.

Und schließlich möchte ich als dritten Punkt noch nennen, daß zu einer strukturpolitisch bestimmten Hochschulpolitik auch ein gewisser Mut zu Unbeliebtheit gehört. Es hat vor zwei Tagen im Landtagsausschuß von Brandenburg für Wissenschaft und Kultur eine recht lebhafte Auseinandersetzung darüber gegeben, wonach sich denn die Standortentscheidungen über Forschungsinstitute im Land Brandenburg richten sollten. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Erklärung abgegeben, in der ich darauf hinwies, daß man, wenn man tatsächlich nur der Neigung von Instituten und ihren Mitarbeitern folgt, zwangsläufig dahin kommt, die Wissenschaftslandschaft von Berlin/Brandenburg auf einem Radius von 3 km um den Wannsee herum zu konzentrieren. Das ist natürlich keine Strukturpolitik. Um nicht mißverstanden zu werden, ich nehme das keineswegs leicht, ich weiß auch wie schwierig es ist, sich über die Wünsche von Mitarbeitern hinwegzusetzen. Aber wenn wir wirklich zu einer Hochschul- und Wis-

senschaftspolitik kommen wollen, die eben auch die enormen Differenzen in den Strukturbedingungen etwa zwischen Potsdam und Frankfurt(Oder) wirklich ernst nimmt und in die hochschulpolitischen Erwägungen mit einbeziehen will, dann bedarf es hier auch in der Tat des politischen Willens zur Unbeliebtheit.

Vielen Dank.

### ***Ulrich Teichler***

*Herr Brackmann, ich weiß nicht, ob Sie nun froh oder traurig sind, als letzter in dieser Runde zu sprechen. Aber Sie können ja wahrscheinlich auch Aussagen zum Kontrast von Erfahrungen in den Hochschulen der neuen Bundesländer zu denen in den alten Ländern mit einbeziehen.*

### ***Hans-Jürgen Brackmann***

Meine Damen und Herren, es ist eine spannende Diskussion, an der Sie hier teilnehmen. Das will ich einmal vorausschicken.

Wenn Sie überall das Wirken der Steinbeiß-Stiftung spüren könnten und wenn Sie überall sprechende Beispiele wie das der Kooperation der Technischen Universität Cottbus mit der Lausitzer Braunkohle AG erleben würden, dann müßten wir doch nur blühende Wirtschaftsstandorte und damit auch blühende Wissenschaftsstandorte in der Bundesrepublik haben, um Herrn Enderlein zu zitieren. Aber daß wir dieses nicht haben, pfeifen ja letztlich sogar die Spatzen von allen Dächern. Nicht umsonst sind sich mittlerweile alle politischen Parteien darüber einig, daß wir zu einer verstärkten Kooperation von Hochschule, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik kommen müssen. Wir müssen schneller, um es wirtschaftlich auszudrücken, von der Idee zum angewandten Produkt oder zur Dienstleistung gelangen. Dabei muß man auch die Kooperation der Hochschularten untereinander mit einbeziehen im regionalen und überregionalen Umfeld, um nicht zu sagen, auch im internationalen Umfeld. Natürlich gibt es außer Cottbus noch weitere hervorragende Beispiele, wo die Kooperation schon funktioniert und nicht nur auf dem Papier steht oder wo sie konzeptionell vorgedacht

ist. Häufig kümmert man sich aber nur segmentiert, insbesondere um den Technologietransfer oder um die berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung.

Aber insgesamt - glaube ich - ist es um die Kooperation nicht so günstig bestellt, wie es uns manchmal dargestellt wird. Untersuchungen auch seitens der Wirtschaft machen deutlich, daß die Wirtschaft ein hohes und ureigenes Interesse an Kooperation hat, daß aber dieses Interesse häufig nicht kanalisiert und nicht in Praxis umgesetzt wird. Das betrifft insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die aber mittlerweile oder seit langem das Herzstück einer sozialen Marktwirtschaft sind. Untersuchungen zeigen, daß die Kooperation auf meist sehr zufälligen Füßen steht, meist auf sehr persönlich gebundenen Füßen. Da bricht etwas weg, wenn die Person nicht mehr da ist, wenn sie z. B. wegberufen wird. Dieses müssen wir meines Erachtens versuchen zu eliminieren und dabei auch das segmentierte Denken aufgeben. Wir müssen sämtliche transferierbare Leistungen von Hochschule und Wirtschaft koordinieren, wir müssen diese Kooperationen systematisch und auf Dauer anlegen. Und das bedeutet im Prinzip, daß wir sie professionalisieren müssen.

Ich weiß, wovon ich rede, wenn ich sage, daß diese Kooperation solide Partner braucht nicht nur auf der einen, sondern auch auf der anderen Seite - sprich - auch auf Seiten der Wirtschaft. Strukturelle Veränderungen und konjunkturelle Einbrüche dürfen auf dieser Seite keinen reinen 'Schönwetter-Partner' ausweisen.

Noch einen Gedanken. Frau Buck-Bechler hat heute morgen sehr Nachdenkenswertes angestoßen in Richtung Wettbewerb, in Richtung Autonomie, in Richtung Freiräume, um Profile auszubilden. Ich frage mich, ob wir wirklich in der Lage sind, mit einem reinen legalistisch administrativen System Hochschule diesen Anforderungen gerecht zu werden. Brauchen wir hier nicht Personalhoheit, brauchen wir hier nicht Finanzhoheit auf Seiten der Hochschule, damit sie diese Aufgaben wahrnehmen kann? Herr Weiler hat ja ähnlich in diese Richtung votiert. Von daher meine Frage: Können wir mit dem gegenwärtig angelegten System wirklich die Zukunft gestalten?

Zum Abschluß eine Arabeske. Auf diesem Podium hätte eigentlich auch ein Gewerkschaftsvertreter sitzen sollen, der nun im nächsten Podium auftritt. Und dieses nächste Podium lautet: Wege zur Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen. Also kümmern sich die Gewerkschaftsvertreter in Zukunft um die Stabilisierung und die Arbeit-

gebervertreter um die Erneuerung und Entwicklung? Das ist doch eine aparte Vision, meine Damen und Herren und damit eine Vorlage für Herrn Köhler fürs nächste Podium.

### ***Ulrich Teichler***

*Ich versuche ein kurzes Resümee unserer Podiumsdiskussion. Wir haben ein ungewöhnlich breites Spektrum von Meinungen und Deutungen zum Diskussionsgegenstand bekommen. Unterschiedlich waren die Beispiele von Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Warnungen. Das ist ein Bild, das vielleicht gerade in seiner Heterogenität der Deutung dieser Situation sehr treffend ist. Es wurde auf Potentiale und auf typische Barrieren aufmerksam gemacht. Hochschul- und Regionalentwicklungen verlaufen nicht so gleichgerichtet, daß wir annehmen können, wir haben es mit einer Art Selbstläufer zu tun. Das würde selbst auf die optimistischen Beispiele nicht zutreffen, es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß Bemühungen, Aktivitäten notwendig sind. Gleichzeitig wurde auch vermerkt, daß der hohe Wert, der zweifellos den Regionsbeziehungen als Strukturpolitik zugemessen wird, nicht absolut zu sehen ist, sondern als konkurrierender Wert etwa im Zusammenhang mit dem Wert der Mobilität, der bestimmte Aspekte der Regionalität an verschiedenen Stellen auch in Frage stellen kann.*

*Ich glaube, unser Problemkreis ist uns vor allem aufgrund der Breite der Äußerungen sehr gut vorgeführt worden.*

## **Podium II: Wege zur Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen**

*Gerhard Neuweiler (Moderation)*

Der Titel unseres Podiums macht mir offen gestanden etwas Schwierigkeiten. Die Worte 'Stabilisierung' und 'neue Hochschulentwicklungen' passen in gewisser Weise nicht zusammen. Heute morgen hat sich ergeben, daß wir Hochschulentwicklungen mit Bezug auf die neuen Länder unter zwei Aspekten zu betrachten haben.

Das eine ist der Transformationsprozeß, der durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ausgelöst wurde. Diese Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind zu unserer großen Freude zu 100 Prozent erfüllt, zum Teil sogar übererfüllt worden. Das ist ein Transformationsprozeß, bei dem wir eigentlich wissen, wo dieser ankommen wird, nämlich in den Strukturen, in den Regulationsmechanismen der westdeutschen Hochschulen. Der Weg dorthin ist vorgezeichnet. Wir haben gehört - ansatzweise -, daß es da die einen oder anderen kleinen Nuancierungen gibt, daß es die eine oder andere kleine Chance gibt, hier eigene Akzente zu setzen. Aber im großen und ganzen wissen wir eigentlich, wohin die Reise geht, wenn wir den Transformationsprozeß betrachten.

Meine Vorstellungen oder meine Bitte wären, daß wir uns vielleicht bei der jetzigen Runde weniger mit diesem Transformationsprozeß beschäftigen. Es sei denn, aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Erfahrung gäbe es da ganz gravierende Probleme, was ich nach dem Verlauf der Diskussion von heute vormittag und heute nachmittag eigentlich nicht vermute.

Ich würde vorschlagen, daß wir uns verstärkt auf den zweiten, den Modernisierungsaspekt konzentrieren. Da haben wir ja schon einige Ansätze auf dem vorangegangenen Podium gehört. Modernisierung im Sinne einer Hochschulreform, das ist im Grunde genommen ein gesamtdeutsches Problem, eine gesamtdeutsche Debatte, die aber jetzt hier in den neuen Ländern aufgrund der Transformation, aufgrund der Tatsache, daß nun alles in Fluß geraten ist, gewollt oder ungewollt, besonders akzentuiert wird.

## Podium II: Wege zur Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen

---

Man sollte dabei nicht vergessen, daß dieser Transformationsprozeß für die Beteiligten eine ungeheure Umwälzung bedeutet, nicht nur in ihrem Arbeitsbereich und in der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit zu leisten haben, sondern auch in ihrem persönlichen Leben. Ich meine, wir sollten verstehen, daß jetzt auch eine Phase der Konsolidierung kommen muß. Viele Hochschullehrer, ich denke vor allem an die aus Ostdeutschland, wollen endlich einmal die Chance haben, in Ruhe ihre Forschung zu betreiben und in Ruhe die Lehrstrukturen, die jetzt nun aufgebaut sind, auch auszunutzen. Dennoch meine ich, sollten wir darüber reden, welche Ansätze im Modernisierungsprozeß in den neuen Ländern sichtbar sind, welche bereits verwirklicht werden.

Das Wort Stabilisierung will ich zu der Frage benutzen: Gibt es bestimmte Randbedingungen, oder welche Wege sind zu beschreiten, damit dieser Modernisierungsprozeß verstetigt und zum Erfolg gebracht werden kann?

Was ist Modernisierung? Da sind schon eine ganze Reihe von Aspekten angesprochen worden. Die Hochschule hat sich in vieler Hinsicht verändert. Ich habe mir sechs Punkte notiert, die ich aus meiner Sicht als Stichworte für das Podium auffassen will:

Da ist einmal das **Hochschulmanagement** - schon mehrfach angesprochen -, das meines Erachtens nach drei Elementen neu strukturiert werden müßte. Wir brauchen auf der einen Seite Finanz- und Personalautonomie - das hat Herr Weiler gerade noch mal sehr ausdrücklich dargestellt. Wir brauchen weiterhin entscheidungsfähige Strukturen, also Rücknahme der Kollegialorgane für Grundsatzentscheidungen und Entscheidungsfreiräume für die Hochschulleitung, was immer unter dem verkürzten Stichwort - starke Dekane und starke Präsidenten - dargestellt wird. Und dann bin ich -im Gegensatz zu Herrn Wagemann - nach wie vor der Meinung, daß wir eine Evaluation brauchen. Eine Evaluation nicht nur der Lehre natürlich, sondern auch der Forschung, d. h. eine Ergebniskontrolle, die dann erst dazu führt, daß die Finanzautonomie zum Tragen kommt.

Der zweite Punkt ist die **Profilierung der Hochschulen** mit den Richtungen Fachhochschule bzw. Universität. Da bin ich gespannt, was ich heute vor allem von den Vertretern der Fachhochschulen zu hören bekomme. Was sind eigentlich die spezifischen Profile dieser beiden Hochschulen? Wie entwickeln sie sich in den neuen Ländern? Fachhochschulen interessieren mich da ganz besonders. Sie sind mehrfach

angesprochen worden. Es wurde erwähnt, daß in der Hochschulgesetzgebung für die Fachhochschulen modernere Lösungen - z. B. Stichwort: Forschung und Entwicklung - gefunden worden seien. Welche sind das und wie tragfähig sind die Lösungen?

Dritter Punkt: **Neue Forschungsstrukturen inklusive Verbundforschung.** Man mag ja das Wort Transdisziplinarität oder Multidisziplinarität in der Tat nicht mehr in den Mund nehmen, weil es eine leere Floskel ist. Aber jeder weiß, was damit gemeint ist und deshalb benutze ich das Wort trotzdem wieder. Wir brauchen unbedingt an den Universitäten Forschungsstrukturen, die diesen Formen des Forschens, nämlich im Team, im multidisziplinären Team, gerecht werden; eine Forschungsform, wie sie von der Industrie gefordert wird. Es werden neue Fähigkeiten, neue Qualitäten von den Hochschulabsolventen verlangt: gewisse Fähigkeiten zur Menschenführung, die Fähigkeit, im Team zu arbeiten und die Fähigkeit, über das eigene Fach hinausschauen zu können. Frage: Welche Forschungsstrukturen gibt es da in den neuen Ländern? Gibt es Ansätze in dieser Richtung?

Schließlich will ich das Wort Verbundforschung noch einmal nachdrücklich benutzen. Gibt es Kooperationsmöglichkeiten zwischen Fachhochschulen, Universitäten und vor allem mit der Industrie. Es ist ja darauf hingewiesen worden, wie wichtig die Fachhochschule sein könnte für die Klein- und Mittelindustrie, vielleicht weniger für die Großindustrie.

Der nächste Punkt, der auf meiner Liste steht, ist die Frage nach der **Lehre**. Herr Weiler hat darauf hingewiesen, daß es ihn verwundert, befremdet, daß wir bei dieser ganzen Diskussion um Lehrreform zwar über Eckdaten reden, aber nicht über Inhalte. Und das ist außerordentlich verräterisch. Wir reden nicht über Inhalte. Mich würde interessieren, ob in den neuen Ländern über Inhalte geredet wird? Herr Wagemann hat darauf hingewiesen, daß wir den Studenten beibringen sollten, wie man selber lernt; sie sollen eben nicht nur Objekte sein, an denen etwas geschieht. Damit ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt einer Modernisierung der Lehre getroffen. Wir müssen die Lehrinhalte völlig neu formulieren und neu durchdenken im Hinblick auf die Anforderungen nicht nur in der Industrie, sondern auch innerhalb der Wissenschaft selber mit der Tendenz, den Prozeß der wissenschaftlichen Arbeit zu lehren. Das ist ein großes Thema. Gibt es da Ansätze in den neuen Ländern?

## Podium II: Wege zur Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen

---

Fünfter Punkt, über den bisher zu meinem großen Erstaunen überhaupt nicht geredet wurde, ist die Frage der **Personalstruktur** an den Hochschulen. Ich bin froh, daß Herr Köhler im Podium sitzt und auch Herr Riedel. Nach meiner Auffassung ist die derzeitige Personalstruktur bis hin zur Verbeamtung ein mindestens so gravierendes Problem wie die Lehrfrage. Herr Weiler hat das Notwendige gesagt. Gibt es bei Ihnen durchsetzungsfähige Ansätze? Ich denke vor allem an die ostdeutsche Vergangenheit, bei der ja der Mittelbau nicht nur eine fragwürdige, sondern auch in vieler Beziehung eine wichtige Rolle an den Hochschulen gespielt hat. Welche Funktion soll der Mittelbau in Zukunft haben? Brauchen wir einen Mittelbau? Wofür brauchen wir ihn? Wie sieht an der Hochschule die Personalstruktur aus?

Und letzter Punkt - auch darüber ist zu meinem großen Erstaunen überhaupt nicht geredet worden, aber das ist vielleicht in den neuen Ländern auch noch nicht das Problem - das ist die **Situation der Studenten**. Zum einen ihre soziale Situation. Sie wissen, daß die BAFöG-Sätze und die Anzahl derer, die BAFöG bekommen, heruntergehen usw. Zum anderen und vielleicht noch viel gravierender ist, daß wir es heute mit Studenten zu tun haben, die eben nicht in den Planungen des Wissenschaftsrates vorkommen, nämlich Studenten, für die die Hochschule gar nicht mehr - wie das früher für uns war - für eine bestimmte Lebensspanne sozusagen der Lebensmittelpunkt ist. Sie empfinden heute Hochschule in erster Linie als Dienstleistungsbetrieb. Sie verbringen ein Drittel bis - sagen wir einmal - einen halben Teil ihrer Zeit in der Hochschule. Über 50 Prozent, zumindestens in Westdeutschland, haben irgendwo einen Job, den sie nebenher betreiben. Sie haben soziale Bezüge, die außerhalb der Hochschule liegen und die ihnen mindestens so wichtig sind, wie die in der Hochschule. Und schließlich gibt es in den neuen Ländern 30 Prozent, in den alten Ländern 40 Prozent der Studienanfänger, die, bevor sie in eine Hochschule gehen, eine Lehre abgeschlossen haben. Nehmen wir darauf Rücksicht? Erkennen wir, daß sich sozusagen das wissenschaftliche Lernen verflüssigt, dynamisiert, daß es womöglich in verschiedenen Lebensphasen abläuft, sich also in gewisser Weise amerikanisiert.

Ich will jetzt Schluß machen. Das sind die Probleme, die mir in bezug auf Modernisierung einfallen. Lassen Sie mich jetzt vielleicht mit einer Frage beginnen, die ich sowohl an einen Rektor einer klassischen Hochschule in den neuen Ländern als auch an einen einer neuen Universität richten möchte. Das ist die Frage nach den neuen

Forschungsstrukturen und nach der Reformfähigkeit. Herr Weiler hat das ja so formuliert, die alten Universitäten, die klassischen Universitäten seien nicht reformfähig und die neuen Universitäten seien nicht reformwillig. Daran scheint etwas Wahres zu sein, aber ich glaube, es ist sehr verkürzt ausgedrückt.

Wie sieht Modernisierung für eine außerordentlich traditionsreiche Universität wie z.B. Jena aus, Herr Meyn?

### *Karl-Ulrich Meyn*

Herr Neuweiler, ich kann nur bestätigen, Jena empfindet sich und handelt als klassische Universität. Das ist aber wohl nicht nur in Jena der Fall. Ich habe es auch ein bißchen in Greifswald miterlebt. Man hat versucht, an die Zeit vor der III. Hochschulreform anzuknüpfen. Das hat letztlich dazu geführt, daß in Jena ursprünglich 11, jetzt 10 Fakultäten wieder entstanden sind in dem im wesentlichen klassischen Profil. Ich glaube, daß dies unausweichlich war, weil es eigentlich in der Eile, in der man handeln mußte, unmöglich war, ohne jedes Vorbild - auch nicht vom Westen - eine neue Struktur aufzubauen.

An dieser Stelle möchte ich gern einschalten, wenn von Reformen oder Modernisierung die Rede ist, vermisse ich immer einen Hinweis auf die Inhalte. Als Luther seine Reformation wollte, da wollte er zurück zu etwas, von dem man wußte, was es war. Wir wollen aber vorwärts zu etwas, von dem wir nicht wissen, was es sein wird. Und bisher gibt es zumindest keinen Konsens, ja eigentlich noch nicht einmal eine Mehrheit im Hinblick auf die Inhalte, auf die wir hinarbeiten wollen. Das heißt, eigentlich stehen wir vor der ständigen Beschwörung einer Experimentierklausel. Wenn das aber so ist, dann war in der beschriebenen Situation - glaube ich - kein Ausweg aus dem 'Zurück'.

Was können wir dann für die Zukunft leisten? Ich glaube nicht, daß wir damit genau dieselben Verhältnisse haben werden wie im Westen. Ich komme als Jurist aus dem Westen, bin seit zwei Jahren in Jena und seit einem Jahr Prorektor. Beide Seiten sind mir also ein bißchen vertraut, die eine Seite noch nicht ganz, die andere Seite vielleicht nicht mehr ganz. Der Unterschied scheint mir darin zu bestehen, daß auf der

einen Seite die Hochschullehrer, die aus der alten Struktur stammen, außerordentlich aufmerksam, anpassungswillig, reformbereit sind, ja eigentlich sein müssen. Sie haben bisher manches über sich ergehen lassen müssen. Und dann sind da die Hochschullehrer, die aus dem Westen kommen und im Kern - ich nehme mich einmal davon aus - außerordentlich beweglich sind. Sie haben es ja dadurch bewiesen, daß sie nicht in den alten Strukturen geblieben sind. Das heißt, im Prinzip haben wir eine Personalstruktur, die für neue Inhalte aufgeschlossen sein müßte, wie ich einmal vorsichtig formulieren möchte, so daß dann, wenn sich einmal das von Herrn Neuweiler beschriebene Bedürfnis - endlich wieder zu Forschung und ordentlicher, ruhiger Lehre zu kommen - bei allen Raumschwierigkeiten etwas erfüllt hat, durchaus die Chance besteht, zu neuen Strukturen zu gelangen. Die Bereitwilligkeit könnte dann da sein. Auf welchen Gebieten könnte dies der Fall sein? Ich glaube, daß die größte Chance bei der Lehre besteht, weil es eine ostdeutsche Tradition gibt, auf die Lehre außerordentlichen Wert zu legen. Worüber aber der Streit nach meinem Dafürhalten anheben muß, ist, was das sein soll? Die ostdeutsche Tradition geht sehr stark auf die Durchstrukturierung, das in sich geschlossene, systematische Aufeinander-Aufbauen von Lehrveranstaltungen. Das ist in den Naturwissenschaften im Westen sicher auch weitgehend so, das ist auch in meinem eigenen Fach so; aber es ist in den Geistes- und Kulturwissenschaften und in den Sozialwissenschaften keineswegs so. Die Frage lautet deshalb, ob wir nicht eigentlich in zwei Richtungen gehen müssen: Bei den Naturwissenschaften brauchen wir vielleicht ein Mehr an freier Initiative für den einzelnen Studenten und bei den Geisteswissenschaften vielleicht etwas mehr Strukturierung.

### ***Gerhard Neuweiler***

*Herr Mitzner, Potsdam, eine neue Universität. Wir hatten vor wenigen Monaten Gelegenheit, über spezifische Probleme bzw. Ereignisse im Land Brandenburg zu sprechen, und zwar ging es dabei um die Anbindung der außeruniversitären Institute an die Universitäten. Bei dieser Tagung hat mich beeindruckt, was hier speziell in Potsdam in der Zwischenzeit, zumindest offiziell, gelaufen ist. Es war so erfreulich, daß ich*

---

*schon wieder Zweifel bekam, ob das denn alles wahr sein kann. Aber bitte schön, Herr Mitzner, Sie haben das Wort.*

### ***Rolf Mitzner***

Meine Damen und Herren, es ist so erfreulich, daß ich manchmal auch Zweifel bekomme, ob das alles wahr ist. In Potsdam eine Universität zu gründen, setzt ja ein Konzept voraus. Bevor es Gründungskomitees gibt usw., hat die Idee irgend jemand im Kopf zu bewegen. Der Ausgangspunkt für diese Idee ist eigentlich ganz eindeutig: das Versprechen im Jahre 1948, in Brandenburg eine Universität zu gründen. Dieses hat es gegeben. Aber das allein reicht nicht. Ein ganz wesentlicher Teil ist, daß Potsdam immer eine Wissenschaftsstadt war, im wesentlichen durch Auslagerung von alten Kaiser-Wilhelm-Instituten aus Berlin. Und es gibt hier eine ganze Reihe von sehr gut evaluierten, ehemaligen Akademie-Instituten, das heutige Geoforschungszentrum, das Institut für Astrophysik, das Institut für Ernährungswissenschaft in Teltow, die Max-Planck-Institute. Wir haben uns eigentlich immer gedacht - schon weil ich in allen Gründungskomitees mit vertreten war -, daß wir einen Teil des Personals dieser Institute an die Universität bekommen werden, zumal es schon immer Beziehungen gegeben hat. Ein erheblicher Teil der an den Instituten tätigen Wissenschaftler hat bei uns irgendwann einmal promoviert, denn das Promotionsrecht der Akademie ist erst etwas später erteilt und auch nicht von allen genutzt worden. So haben wir beim fachlichen Zuschnitt der Universität durchaus danach geschaut, was eigentlich schon vorhanden ist, welche Schwerpunkte wir in den einzelnen Bereichen setzen können. Um ein Beispiel zu nennen: in der Chemie eindeutig Kolloid- und Grenzflächenchemie. Inzwischen haben wir ein Max-Planck-Institut für Kolloid-Chemie, das dann auf den Hochschulcampus ziehen wird. Es gibt ein Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerchemie, und es gibt WIP-Gruppen, die inzwischen bei uns eingestellt sind, so daß auch ein Bindeglied vorhanden ist. Ähnliches gilt für die Astrophysik. Ein Schwerpunkt unserer Physik ist natürlich Astrophysik, weil das Astrophysikalische Institut da ist. Die 22 gemeinsamen Berufungen sind relativ glatt in Brandenburg gegangen, obwohl wir jetzt noch ein bißchen darunter zu leiden haben. Ich sage das hier einmal ruhig so, weil wir unserem Finanzminister erklären müssen, wie man dieses nun haushalts-

## Podium II: Wege zur Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen

---

mäßig verrechnet. Da sind wir verschiedener Meinung und ein bißchen bestraft worden für unseren Mut, diese Berufungen sehr früh anzugehen.

In den Strukturfragen sind wir von fünf großen Fakultäten und darunter Instituten ausgegangen. Nachdem diese klassische Struktur, dieses Gerüst vorhanden war, haben wir uns überlegt, welche Forschungsschwerpunkte dazu zwingen, interdisziplinär zu arbeiten. Diese haben wir formuliert, natürlich mit Rücksicht darauf, was eigentlich schon vorhanden ist. Nun haben wir sieben interdisziplinäre Zentren, die auch gleichzeitig die Forschungsgrundlage sind. Ich nenne ein Beispiel: ein interdisziplinäres Zentrum für dünne organische Schichten. Das hört sich natürlich nach Physik an, das hört sich aber auch nach Polymerphysik an und das hört sich nach Biologie an.

*Zwischenfrage: Hat dieses Zentrum auch eigenes Personal?*

Dieses Zentrum ist ausgestattet mit einem Leiter, mit Verwaltungspersonal und mit Räumen. Die Mitglieder selber müssen aus den Fachbereichen kommen. Aber es kann reagieren, das ist - glaube ich - das wichtigste.

Das ganze Anliegen ist durchaus nicht ohne Widerspruch in den Gründungssenat gegangen, aber es ist realisiert worden. Und nun haben diese sieben Zentren, nachdem sie gegründet worden sind, ein so virulentes Eigenleben entwickelt, daß einem ganz schlecht werden kann, weil ja automatisch Projekte kommen, Drittmittel, Raumforderungen, Forderungen nach zusätzlichen Personalstellen und ähnliches mehr. Das ist sehr erfreulich, aber das überrollt uns allmählich auch etwas. So ist ein Zentrum für Biopolymeres vorgesehen. Da sind inzwischen 30 Leute aus den umliegenden Instituten, aber natürlich auch aus der Hochschule zusammengekommen.

Ich glaube, daß diese Zentren die bestimmende Forschungsstruktur bei uns werden. Es sind daraus Anträge für Graduiertenkollegs, es ist daraus ein Innovationskolleg entstanden. Und sie sind auch - wie bereits gesagt - gleichzeitig die Klammer, wie die außeruniversitären Einrichtungen in die Forschung eingebunden werden, in die Lehre sowieso. Aber dazu will ich jetzt etwas sagen.

Die 22 gemeinsam berufenen Professoren sind eingebunden in Studiengänge. Auch dafür ein Beispiel: Wir haben einen Studiengang Ernährungswissenschaft, unterstützt und formuliert durch eine Strukturkommission, in die alles, was in Deutschland gut und teuer ist und auf dem Gebiet gearbeitet hat, integriert war. Wir haben ein Institut für

Ernährungswissenschaften, sieben gemeinsame Berufungen und nur drei Professoren, die ausschließlich an der Universität tätig sind. In diesem Institut werden Praktika durchgeführt, natürlich mit dem Nebeneffekt, daß irgendwann einmal Diplomanden und Doktoranden dorthin zurückkommen. Aber ich glaube, es ist ein wesentlicher Unterschied, ob man sich ums Grundstudium kümmert oder ob man nur danach trachtet, einen Professorentitel zu erhalten und Doktoranden 'abzustauben'. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß z. B. die drei berufenen Herren im Max-Planck-Institut für Kolloidforschung bei mir nachdrücklich auf einer Mitarbeit im Grund- und Hauptstudium und in der akademischen Selbstverwaltung bestehen.

Ein armes Land, wie Brandenburg, kann es sich nicht leisten, z. B. eine astrophysikalische Ausbildung u. a. an einer Universität durchzuführen, wenn es nicht daneben ein sehr renommiertes Institut für Astrophysik gibt mit Zugang für Studenten zu Beobachtungsstationen in Teneriffa usw. Ich kann wirklich mit gutem Gewissen sagen, das funktioniert ganz ausgezeichnet.

Um aber diese Entwicklung zu stabilisieren, muß unbedingt die materielle Grundlage für eine solche schnelle Entwicklung nachgeschoben werden. Es muß gebaut werden. Wir haben drei Max-Planck-Institute und ein Fraunhofer-Institut nach Golm bekommen unter der Voraussetzung, daß daneben ein naturwissenschaftliches Funktionsgebäude entsteht, und zwar im gleichen Tempo. Das Land hat von der Finanzierung her nicht allzuviel dagegen einzuwenden. Aber der Bauplanungsvorlauf hat sich - glaube ich - altbundesdeutschen Gebräuchen inzwischen angepaßt. Das geht soweit, daß ich einen bekannten Immobilienmakler schon mehrfach aufgesucht und nach anderen Modellen gefragt habe, um zu bauen und dann leasen zu lassen.

Wir sind in der glücklichen Lage - das ist für Potsdam wirklich eine Ausnahme -, daß wir unbestrittenes Grundeigentum haben, auf dem wir bauen können. Dieses Land hat kurioserweise früher der Staatssicherheit gehört, und zu unserem großen Erstaunen sind die Kaufverträge vollkommen einwandfrei. Das haben wir nicht erwartet, wir rechneten mit einer Flut von Enteignungen. Aber an dieser Stelle ist eigentlich alles in Ordnung.

Vielleicht soviel!

### ***Gerhard Neuweiler***

*Das ist ja ein sehr erfreulicher Aspekt, der zweifellos für die alten Länder Vorbildcharakter entwickeln kann oder entwickeln sollte. Ich kann mich erinnern, daß ich einmal auf Anregung des damaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft dem Wissenschaftsrat vorgeschlagen habe, Max-Planck-Wissenschaftler in der Grundlagenausbildung einzusetzen. Da haben die anwesenden Max-Planck-Direktoren gesagt, das fehlte uns gerade noch, daß wir jetzt auch noch Lehre machen müssen, das kommt gar nicht in Frage. Aber so ändern sich erfreulicherweise die Zeiten.*

*Ein anderer Aspekt, den ich vorhin angesprochen habe, war die Differenzierung zwischen Universitäten und zwischen Fachhochschulen. Hier würde ich einmal in den neuen Ländern weniger ein Problem vermuten als in den alten. Die Fachhochschulen sind in den neuen Ländern so eingeführt worden, wie wir sie jetzt haben. In den alten Ländern war es immer eine Frage, inwieweit Fachhochschulen Forschung und Entwicklung betreiben dürfen. Immer schwang - aus den verständlichen, damit verbundenen Statusproblemen, die es ja ganz zweifellos gibt - die berechtigte Angst mit, daß sich die notwendige Differenzierung, inhaltliche Differenzierung zwischen Universität und Fachhochschule verliert.*

*Wie sieht das jetzt in den neuen Ländern aus? Ich frage einmal zunächst Herrn Kaschade von der Fachhochschule Magdeburg.*

### ***Hans-Jürgen Kaschade***

Ich denke, zu diesem Thema darf man nicht übersehen, daß die Fachhochschulen in den alten Bundesländern bereits 1970 gegründet wurden und die Entwicklung in der anwendungsbezogenen Forschung seit damals enorm gestiegen ist. Der Vorteil in den neuen Bundesländern liegt darin, daß wir eben nicht bei 1970 angefangen haben, sondern mit dem Stand und mit dem Denkansatz von 1991/1992. Von daher ist es selbstverständlich, daß die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern Forschung als einen wesentlichen Bestandteil ihres Aufgabenfeldes begreifen. Das ist aber vor allem die Auffassung an der Fachhochschule, es ist zum Teil auch das Denken in den politi-

schen Gremien, es ist noch nicht das allgemeine Denken in der Bevölkerung über die Fachhochschule. Erschwerend kommt für die neuen Bundesländer hinzu, daß die Industrie Aufträge, die sie vielleicht bei einem sehr guten industriellen Fortschritt hätte vergeben können, nicht vergeben kann, weil sie selbst enorme Schwierigkeiten hat, Fuß zu fassen. Das ist gerade der Bereich, die regionale Industrie, auf die wir uns - wie heute morgen angesprochen wurde - stützen müßten. Insofern gehen wir eben doch auch in den überregionalen Raum, damit wir diesem Anspruch, den wir für uns entwickelt haben, auch gerecht werden können.

Das ist der Forschungsgesichtspunkt.

Was die Modernisierung betrifft - ich finde das Wort auch besser als Stabilisierung -, so geht die Zukunft des tertiären Bildungsbereiches dahin, die Menge der Absolventen von Fachhochschulen und die Anzahl der Studienplätze erheblich zu erhöhen. Sachsen-Anhalt will ein Verhältnis von etwa 50 Prozent Studienplätzen an Fachhochschulen zu 50 Prozent an Universitäten. Wie schwer das umzusetzen ist, das erleben wir jetzt und die anderen Bundesländer sicherlich auch. Hier werden wir darüber nachdenken müssen, wo nimmt man jemandem etwas weg und wo tut man etwas hin. Dieses Wegnehmen ist nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben möglich. Denken sie an den gesamten Bereich der Fachschulen. In Europa gibt es viele Bereiche, die bei uns noch auf Fachschulebene angesiedelt sind, aber in anderen Staaten längst zum Hochschulbereich gehören, z. B. die therapeutischen, medizinischen Hilfsberufe etc. Das andere, das Wegnehmen von oben nach unten, ist ein hinreichend bekanntes Diskussionsthema: Welche Bereiche der Universität könnte man zweckmäßigerweise in Fachhochschulen ansiedeln.

Ich glaube, man braucht Universitäten und Fachhochschulen. Nur denke ich, daß die Fachhochschulen das Bild im tertiären Bildungssektor zunehmend stärker prägen werden oder mehr verändernd wirken werden als das die Universitäten tun, weil sie angestammte Bereiche haben, die sie auch nutzen müssen. Die Wissenschaft brauchen wir, aber für die breite Masse. Wenn die Hochschule eine Massenhochschule wird und das wird sie in den neuen Bundesländern auch - Sie brauchen sich nur einmal die Abiturientenzahlen in der Entwicklung anzusehen -, werden wir sehr schnell

die Situation der Alt-Bundesländer haben. Dafür müssen wir gewappnet sein, und zwar möglichst besser als die alten Länder, nämlich mit neuen Studienangeboten.

Ein letzter Punkt: die Situation der Studenten, die wir noch nicht angesprochen haben. Sachsen-Anhalt hat die Möglichkeit einer 'freiwillig verfaßten Studentenschaft' eröffnet. Ich denke, darin liegt eine Chance für Studenten, einen neuen Lebensraum Hochschule zu schaffen, in dem man mit allen Möglichkeiten - z. B. auch mit einem politischen Mandat - wirksam werden kann, und zwar eher als bei der verfaßten Studentenschaft. Wir werden gemeinsam, Studenten und Hochschullehrer, nachfragen müssen, wo der künftige Lebensraum der Studenten ist.

### ***Gerhard Neuweiler***

*Darf ich noch ganz kurz etwas nachfragen? Haben Sie neuartige Studiengänge in Ihrer Fachhochschule? Welche würden Sie vorschlagen?*

### ***Hans-Jürgen Kaschade***

Wir selbst haben zwei Studiengänge, die bundesweit einmalig sind: Das ist der Bereich Wasserwirtschaft als selbständiger Fachbereich, nicht bei Bauwesen, damit hat er andere Inhalte, andere Schwerpunktsetzungen. Und wir haben den Schwerpunkt Heilpädagogik als eigenen Studiengang, den es an keiner staatlichen Fachhochschule der Alt-Bundesländer gibt. Das sind zwei ganz neue Bereiche. Im Gesundheitswesen haben wir etwas Neues, wenn Sie an Public health-Studiengänge denken; die es bisher mehr im universitären oder internationalen Rahmen gibt.

---

## **Gerhard Neuweiler**

*Herr Arlt, es ist ja gerade angesprochen worden, daß die Fachhochschulen wahrscheinlich das Bild der Hochschullandschaft mehr und mehr und stärker prägen werden als das in der Vergangenheit der Fall war. Dies einfach aufgrund der Tatsache, daß wissenschaftliche Kenntnisse und wissenschaftliche Ausbildung allmählich zu einem allgemeinbildenden Zustand werden. Es gibt kaum mehr Bereiche, kaum mehr Berufe, die ohne eine wissenschaftliche Teilausbildung oder ohne wissenschaftliche Kenntnisse auskommen. Und das hat ja dann auch die Frage nach der Differenzierung der Hochschulen aufgeworfen. Wir haben zwei Hochschultypen - Fachhochschulen und Universitäten. Ich meine, wir leben damit sehr gut. Aber natürlich taucht die Frage auf, wie wird die berufliche Ausbildung mit der wissenschaftlichen Ausbildung gekoppelt. Da gibt es verschiedene Modelle, u. a. Berufsakademien und Weiterbildung, wissenschaftliche Weiterbildung für diejenigen, die im Beruf stehen usw. Ich will Sie jetzt nicht auf dieses Thema fixieren, aber ich wäre ihnen dankbar, wenn ich auch auf diese Frage eine Antwort von Ihnen bekäme.*

## **Wilfried Arlt**

Ich möchte noch folgendes zur Einleitung sagen. In der Überschrift des Podiums steht 'Wege zur Stabilisierung' - ich habe mich gefragt, heißt das, daß die Hochschulen nicht stabil sind. Das müßte ich dann doch etwas zurückweisen; denn in der Tat, ich kann natürlich nur für die Fachhochschulen des Landes Brandenburg sprechen, ist das nicht der Fall. Sicherlich ist noch manches chaotisch. Es muß vieles improvisiert werden; aber wir haben doch eine sehr solide Grundlage gelegt, und zwar auch aufgrund des brandenburgischen Hochschulgesetzes. Weiterhin muß ich dazu sagen, daß natürlich auch wichtig war, von Anfang an eine vernünftige Verwaltung aufzubauen. Wenn wir keine Haushaltsverwaltung, keine Personalverwaltung haben, können wir keine Hochschule aufbauen, da nützen uns die Professoren auch nichts. Sie haben vorhin angesprochen, wie es denn mit den Entscheidungsgremien bzw. mit den starken Dekanen sei. Da muß ich sagen, wir brauchen zuerst einmal - besonders in der

Anfangsphase - einen starken Rektor. Und ich glaube, daß es sehr wichtig war, in den neuen Bundesländern zunächst einmal den Begriff der Fachhochschule zu erläutern. Der Begriff Fachhochschule mußte in den neuen Bundesländern etwas unglücklich ankommen, weil es dort ja sehr viele Fachschulen gab und die Frage nach dem Unterschied zur Fachhochschule zu beantworten war.

Es ist klar, daß die einzelnen Hochschulen im Wettbewerb stehen, natürlich auch gegenüber den Universitäten. Bei uns in Brandenburg sollen etwa 40 Prozent Fachhochschul-Studienplätze geschaffen werden. Und in der Tat ist es so, daß das brandenburgische Hochschulgesetz auch angewandte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen zuläßt. Aber das muß natürlich sehr differenziert gesehen werden. Im Vordergrund steht bei den Fachhochschulen immer die Lehre, die Qualität der Lehre, die sehr stark berufsbezogen sein muß. Wir versuchen das auch dadurch mit zu verstärken, daß die Studiengänge - insbesondere die neuen - alle zusammen mit der Wirtschaft geplant werden und daß durch Lehrbeauftragte auch das, was in der Praxis erforderlich ist, in die Lehre hineingetragen wird. Was uns allerdings dabei noch einige Probleme bereitet, das muß ich auch sagen, sind die Anforderungen, die die Praxis stellt. Da geht es nicht nur um fachliche Kompetenz, sondern auch um soziale Kompetenz, eben Handlungskompetenz. Es ist wahnsinnig schwierig, das an die Studenten heranzubringen. Wir haben noch nicht den richtigen Weg gefunden, den Studenten klarzumachen, daß z. B. Teamfähigkeit sehr notwendig ist. Aber wir sind dabei, auch hier vielleicht neue Strukturen zu finden.

Ich will auch sagen, daß unsere kleine Hochschule - ausgebaut einmal auf 1.645 Studienplätze - zur Zeit etwa 32 Professoren hat, die im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung für dieses Jahr etwa fast 600.000 DM Drittmittel eingeworben haben. Das ist in dieser Aufbauphase eigentlich eine ganze Menge. Dabei ist ein glücklicher Umstand dazugekommen. Ich habe einen Kollegen berufen können, der früher bei der Akademie der Wissenschaften war und ein ganzes Laser- und Plasmainstitut mitgebracht hat. Wir betreiben natürlich auch Technologietransfer sehr aktiv, laden entsprechende Firmen ein.

Parallel dazu haben wir mit der Weiterbildung begonnen. Wir veranstalten eintägige Weiterbildungsveranstaltungen meistens auch mit Firmen zusammen. Ich glaube, daß

es einen bestimmten Bedarf gibt, insbesondere die Firmen der Region mit einzubinden. Da ist ein großer Nachholbedarf, der sehr oft an uns herangetragen wird. Unsere Hilfe wird erwartet. Für alte Bundesländer ist das etwas schwerer zu verstehen, aber bei uns ist es z. B. so, daß ein großes Werk, das ehemals 4.000 Mitarbeiter hatte, jetzt mehr oder weniger zusammengebrochen ist. Da sind noch 500 Leute und 300 werden noch einmal entlassen. Nun fängt das Ausgründen an, und wir sind ständig im Kontakt und versuchen zu helfen. Natürlich sind unsere Mittel begrenzt, um entsprechende Projekte weiterzuführen, damit einige noch in Arbeit und Lohn bleiben können. Das ist eine ganz neue Problematik.

Ein anderer Punkt, den wir auch in Angriff nehmen müssen, ist der Bereich der Internationalität. Hier liegt es nahe, mit osteuropäischen Hochschulen Kontakt aufzunehmen. Das haben wir auch gemacht, also insbesondere mit Rußland, mit Polen. Hier werden wir auch in Zukunft Kooperationsverträge abschließen.

Was ich ebenfalls für sehr wichtig, aber noch nicht ganz geglückt halte, ist, daß viel mehr geisteswissenschaftliche Fächer mit in die Fachhochschulen eingebunden werden (wir wollen ja keine Fachidioten ausbilden). Dazu gehören beispielsweise auch Sprachen, es sind Sprachzentren aufzubauen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, bei dem wir noch Unterstützung brauchen.

Wir sind uns natürlich im klaren, daß wir das Studienangebot attraktiv gestalten müssen. Bis jetzt haben wir sechs Studiengänge aufgebaut. Dabei konnten wir nicht einfach etwas ganz Neues entwickeln. Erst einmal waren Studienplätze und eine solide Grundlage zu schaffen. Das heißt, klassische Fächer anzusiedeln. Es wäre für uns sehr schwierig gewesen, etwa sofort den Wirtschaftsjuristen oder den Berufsschullehrer auszubilden, was ja eigentlich an die Fachhochschule gehört. Aber da hätten wir überhaupt noch keine Studenten, wenn wir das sofort gemacht hätten. Wir befänden uns noch im Klinsch mit Universitäten und den Lehrerverbänden.

Dennoch haben wir neue Schwerpunkte gesetzt. Ich will das jetzt nicht im einzelnen vertiefen, bin aber auch ein bißchen stolz darauf, daß wir mit eine der ersten Fachhochschulen der gesamten Bundesrepublik sind, die mit der Fraunhofer-Gesellschaft

eine Vereinbarung im Bereich der Logistik abgeschlossen hat. Also in dieser Hinsicht bewegt sich etwas.

Was sich nicht bewegt - Herr Kollege Mitzner hat es angesprochen, und ich muß es wirklich kritisieren -, ist der Bau. Bau und Liegenschaften, das ist ein so zäher Prozeß, den man sich nicht vorstellen kann. Ich muß Kollegen, die jetzt neu zu uns kommen, in einem Container unterbringen, weil es nicht anders geht. Diese Container sind eigentlich vorgesehen, um Gastprofessoren aufzunehmen. Wir improvisieren also, um überhaupt weitermachen zu können. Deshalb sei noch einmal unterstrichen, eine Stabilisierung der Hochschulentwicklungen auf Dauer kann nur eintreten, wenn wir auch die baulichen Voraussetzungen schaffen.

### ***Gerhard Neuweiler***

*Wir haben zwei sehr erfreuliche Einblicke zum einen in Universitäten, zum anderen in Fachhochschulen bekommen, die aus meiner Sicht insgesamt doch recht optimistisch stimmen. Ich würde jetzt gern das Thema Personalstruktur an Universitäten noch aufgreifen. Stichworte wie Mittelbau und wissenschaftlicher Nachwuchs sind schillernde Begriffe. Man kann da ganz Unterschiedliches darunter verstehen, es aber auch ganz einfach so sagen: Es sind diejenigen, die den größten Teil der Forschungserträge und den größten Teil der Lehrarbeit an den Hochschulen leisten. Dieser Personenkreis - zumindest in den alten Ländern - hat seine Probleme von jeher, aus meiner Sicht so große strukturelle Probleme, daß ich mich immer wundere, warum sich der Mittelbau in dieser ganzen Diskussion in den letzten Jahren nicht kämpferischer gezeigt hat. Woran liegt das? Herr Riedel, sind Sie mit allem zufrieden?*

### ***Hartmut Riedel***

Nein, ich bin absolut nicht zufrieden. Und ich muß hier sagen, wenn Sie feststellen, daß sich der Mittelbau nicht so kämpferisch gezeigt hat, dann gilt das an sich nicht für

uns in den neuen Bundesländern. Gestatten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch einen gewissen Rückblick.

Es ist ja so, wie schon Frau Buck-Bechler sagte, der Mittelbau ist die vom Abbau am stärksten betroffene Gruppe bei der Erneuerung gewesen. Wenn ich das einmal für die vier Universitäten in Sachsen kennzeichne, so ist das wissenschaftliche Personal außer der Hochschullehrerschaft von reichlich 6.000 auf unter 3.000 geschmolzen. Das ist ein Rückgang auf weniger als die Hälfte, und das geht natürlich nicht spurlos an den Hochschulen vorüber. Trotzdem hat der Mittelbau - ich spreche immer wieder von Sachsen - eine sehr positive Rolle bei der Erneuerung gespielt. Er zeigte keine Frustration, sondern einen trotz dieser mißlichen Lage engagierten Einsatz; er brachte sich also gerade bei der Erneuerung sehr stark ein.

Das galt zum einen bei der Sicherstellung der Lehre, die ja zum Teil gefährdet war durch kurzfristige Abberufung von Hochschullehrern. Neuberufungen beanspruchten und beanspruchen noch einen gewissen Zeitraum. So hat sich der Mittelbau in unserem Land bemüht, die Qualität der Lehre auch weiterhin zu verwirklichen. Zum anderen brachte er sich natürlich auch bei der personellen Erneuerung ein, bei der Überprüfung persönlicher Integrität und fachlicher Eignung. Das muß an dieser Stelle noch einmal besonders betont werden, es wird zu leicht und zu schnell aus meiner Sicht vergessen.

Aber auch bei der gesetzlichen Gestaltung hat sich der Mittelbau nicht zurückgehalten. So haben wir sehr bei der Ausgestaltung des sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes und des sächsischen Hochschulgesetzes mitgewirkt. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen ist dann allerdings für den Mittelbau ein besonderes Problem aufgetreten. Das ist die Stellung des Mittelbaus. In der ehemaligen DDR war es ein Selbstverständnis für den Mittelbau, daß er die Wissenschaft als Beruf ansah und auch mit Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit Grundlagenforschung ausübte. Das war mit der Übernahme der gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik in Frage gestellt. Deshalb haben wir uns bei der Gestaltung des sächsischen Hochschulgesetzes bemüht, eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren. Insider wissen, daß es im Gesetz einen Passus gibt, der eine gewisse Selbständigkeit für wissenschaftliche Mitarbeiter garantiert: den Satz, der besagt, daß in bestimmten Fällen wissenschaftlichen Mitarbeitern selbständige Aufgaben übertragen werden können.

Nun kennen wir natürlich die Probleme, die bezogen auf den wissenschaftlichen Nachwuchs in den alten Bundesländern diskutiert werden. Und wir kennen auch die Probleme, die um Qualifikations- und Funktionsstellen aufgeworfen wurden. Was wir wollen, ist eine gewisse Festschreibung des Standes des Mittelbaus in seiner Eigenständigkeit. Wir sind der Meinung, daß man bei der Stabilisierung der neuen Hochschulentwicklungen auf dieses wissenschaftlich qualifizierte Personal nicht verzichten kann.

### ***Gerhard Neuweiler***

*Herr Köhler, Thema Personalstruktur, wir haben uns ja schon oft darüber unterhalten. Aus meiner Sicht gibt es ein ganz spezielles Problem, eine ganz spezielle Frage an die Gewerkschaften auch, die das Tarifsysteem betrifft. Das Angestelltentarifsysteem ist in vielerlei Hinsicht problematisch für die Hochschulen. Gäbe es eine Möglichkeit, daß sich ein - sagen wir einmal - auf die Hochschulen zugeschnittenes Tarifsysteem entwickeln ließe? Aber das ist nur eine Frage. Ich will Sie nicht darauf einengen.*

### ***Gerd Köhler***

Ich argumentiere in so einer Doppelrolle, einmal als Vertreter einer Gewerkschaft, die Hochschulangehörige organisiert, zum anderen aber auch als der andere Teil von Wirtschaft, wie Herr Brackmann das vorhin in netter Vorlage eingeführt hat. Ich will mit einem Ausspruch anfangen, Herr Neuweiler, den Sie vorhin in die Diskussion gebracht haben: Es gibt ein Interesse daran, wieder Wissenschaft in Ruhe betreiben zu können. Der Wunsch ist legitim. Aber meine These wäre, die Verhältnisse lassen das nicht zu. In einer Phase gesellschaftlichen Umbruchs, wie sie in Ost und ich meine auch in West stattfindet, ist es nicht möglich, Wissenschaft in Ruhe betreiben zu wollen. Wissenschaft hat eine besondere Verantwortung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche, die kulturelle und ökologische Entwicklung, der sie sich stellen muß und angesichts der Probleme, vor denen wir stehen, muß sie eigentlich sehr unruhig sein.

Ich will meinem Beitrag drei knappe Thesen voranstellen:

Erste These: Die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber genauso von den Studierenden geforderte Qualität der wissenschaftlichen Arbeit, insbesondere auch die von außen geforderte Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium, setzt wissenschaftsadäquate Arbeits- und Studienbedingungen voraus und die sind zumindest nicht in dem erforderlichen Maße gegeben.

Zweite These: Auch deswegen sind die Köpfe nicht frei, Neues zu denken, das eine selbstbestimmte ökonomische und soziale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern ermöglichen soll.

Dritte These: Die im Westen verschleppte, dem Osten versprochene, aber zumindest noch nicht eingelöste Hochschulerneuerung ist notwendiger denn je. Zentrale Strukturprobleme sind nicht gelöst. Bei manchen Problemen habe ich den Eindruck, daß sie nicht einmal diskutiert worden sind. Ich will solche Punkte nennen:

- Die Frage, wieviel Jugendliche am Altersjahrgang studieren sollen, ist eine verschleppte, nicht auf den Punkt gebrachte Diskussion. In der Bund-Länder-Kommission wird zu dieser Frage diskutiert, ob wir mehr Jugendliche im Bereich des Dualsystems, der Berufsausbildung oder mehr in der Hochschule brauchen, ob wir in der Bundesrepublik zu viele Studierende haben? Das wird sehr vordergründig diskutiert, und ich habe den Eindruck, daß vieles, was auch von der Unternehmenseite in der Bundesrepublik auf der europäischen Ebene angesprochen wird, die deutsche Diskussion kaum erreicht. Ich wünschte mir, daß z. B. das Gutachten von Siemens, was für den 'Industrial Round Table' geschrieben wurde, in der Bundesrepublik einmal diskutiert würde. Das wäre eine interessante Auseinandersetzung.
- Unklar ist, was die Studierenden lernen sollen. Ich denke, wir brauchen eine Diskussion über die Frage des Verhältnisses von Studium und Beruf. Wir haben zwar immer wieder so magische Formeln wie z. B. im Eckwertepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Bildungsgipfels: Es soll nun

an den Universitäten ein theoriebezogenes berufsqualifizierendes Studium gemacht werden. Ich habe 9 Wissenschaftsminister gefragt und ein sehr breites Spektrum von Antworten in der Zwischenzeit dazu bekommen, was das sein könnte. Ich meine, diese Frage ist wichtig und sie muß auch von denjenigen beantwortet werden, die sagen, Studium ist mehr als wissenschaftliche Berufsausbildung. Diese müssen nämlich erläutern, was dieses Mehr dann ist. Es ist eine interessante Diskussion, aber sie wird nicht geführt, und ich fand die Aussage von Herrn Neuweiler vollkommen richtig, daß es im Bereich der Lehre, wenn die Frage nach Zielen und Inhalten gestellt wird, heute noch ganz viel Unbeantwortetes gibt. Wir brauchen eine solche Diskussion. Es wäre insbesondere auch in den neuen Ländern gut, wenn es so etwas wie Foren zum Thema Studium und Beruf gäbe und die Studierenden und die Lehrenden diese Frage unter Einbeziehung von Gesellschaft, also Arbeitgebern und Gewerkschaften, auch diskutieren würden, um dann Studienreform als Aushandlungsprozeß zu begreifen, indem das, was an notwendigen gesellschaftlichen Bezügen da ist, in einem transparenten Verfahren wirklich diskutiert wird.

- Und dann stellt sich natürlich die Frage: Wo soll das beschriebene Studium gemacht werden? An Universitäten oder Fachhochschulen? Und meine Frage dazu ist ganz einfach: Wenn man mit einer solchen Formel im Eckwertepapier arbeitet, wo liegt dann die Unterscheidung zwischen Fachhochschulen und Universitäten? Das Eckwertepapier gibt eine unbefriedigende Auskunft, wenn man im Anhang sieht, wie die Kosten berechnet werden. Etwas pauschal gesagt, die einen kosten 80.000 DM und die anderen kosten 120.000 DM, und da sagt man, lieber drei an der Fachhochschule als zwei an der Universität. Das ist aber, meine ich, für eine wirkliche Funktionsbestimmung der Hochschulen zu wenig.
  
- Aus der Forschung greife ich nur einen Aspekt heraus. Natürlich brauchen wir ein Verbundsystem, brauchen wir das, was Herr Brackmann auch in die Diskussion eingebracht hat, eine transparente Verbindung von Forschung innerhalb der Hochschulen, in den hochschulfreien Forschungseinrichtungen wie der Frauenhofer- und der Max-Planck-Gesellschaft oder ähnlicher Einrichtungen

und dem, was an Forschung und Entwicklung in den Betrieben gemacht wird. Dabei geht es mir nicht darum, ob solche Kooperation stattfindet, sondern unter welchen Bedingungen. Ich kann da immer mit einem recht einfachen Beispiel operieren. In Ulm, auf dem Eselsberg, gibt es so ein Verbundsystem, Wissenschaftsstadt Ulm, und dort existieren dann Verträge, die die Kooperation regeln. In einem dieser Verträge steht der Satz: "Die Drittmittelgeber behalten sich das Recht vor zu entscheiden, was in Lehre und Weiterbildung von den Forschungsergebnissen vermittelt werden kann." Das hat allerdings dann nichts mehr mit Wissenschaft in meinem Sinne zu tun, mit der Wissenschaft, die für sich Freiheit beansprucht, wie es im Grundgesetz im Artikel 53 steht. Ich bin für Kooperation, aber ich bin für eine Kooperation, die das legitime Interesse der Unternehmen auf der einen Seite mit dem legitimen Interesse der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Eigenständigkeit ihrer Arbeit auf der anderen Seite ganz klar regelt. Da gibt es wieder eine interessante Diskussion auf EG-Ebene. Die EG-Kommission hat dazu ein Papier vorgelegt, das die Kooperation von Hochschule und Wirtschaft beinhaltet, das in der Bundesrepublik nicht diskutiert wird.

Ich komme nun zur Personalstruktur. Meines Erachtens wurde im Einigungsprozeß eine große Chance vertan. Alle sind sich in West darüber im klaren, daß die Personalstruktur an den westdeutschen Hochschulen nicht modern, nicht wissenschaftsadäquat ist. So können die Aufgaben nicht qualitätsgerecht wahrgenommen werden. Ein Beispiel im Bereich der Lehre: Wir werden das Lehrangebot und die Lehmachfrage in den nächsten 10 Jahren nicht dadurch lösen können, daß wir die C3- und C4-Stellen um 50 Prozent oder um 80 Prozent oder um 100 Prozent erhöhen. Es gibt, so wäre meine These, auch angesichts der schlechten Nachwuchspolitik in den 80er Jahren nicht den entsprechenden Nachwuchs, und es gibt auch wahrscheinlich nicht das Geld dafür. Also müssen wir darüber nachdenken, ob so etwas wie ein lehrender Mittelbau sinnvoll ist. Dieser lehrende Mittelbau müßte dann seine wissenschaftliche Arbeit tarifvertraglich geregelt, also nicht im Beamtenverhältnis, auf unbefristeten Stellen ausführen können. Darüber muß man ernsthaft verhandeln, sonst werden wir die damit verbundenen Probleme nicht lösen können. Es genügte auch schon ein Blick nach England

oder in die skandinavischen Länder, um zu sehen, wie Personalstruktur dort besser funktioniert als bei uns.

Auf die Forschung bezogen bedeutet das: Wenn heute an den Hochschulen 60 Prozent der Forschungsmittel, die ein Fachbereich braucht, auf dem Drittmittelmarkt eingeworben werden sollen, dann müssen dort wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen herrschen. Gegenwärtig kann ein Universitäts-Institut oder ein Fachhochschul-Institut aufgrund der in diesen Einrichtungen vorhandenen Arbeitsbedingungen nicht mit einem Max-Planck-Institut oder mit einer Forschungs- und Entwicklungsabteilung in einem Unternehmen konkurrieren, da es in der Regel in der Erbringung der Leistungen zeitlich unterlegen ist. Und da ja immer über Zeit gesprochen wird, sind diese Bedingungen einfach nicht wettbewerbsfähig. Wir müssen uns nicht darüber wundern, daß Forschung aus den Hochschulen auswandert. Anders ausgedrückt, wenn wir wollen, daß Forschung wieder in die Hochschulen hineinkommt, müssen wir dort adäquate Arbeitsbedingungen schaffen. Das führt dazu, daß wir die Personalstruktur so überdenken müssen, daß es auf der einen Seite Qualifikationsstellen gibt, befristet, aber Stellen für 25-, 26- oder 27jährige junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht in einem Industriebetrieb arbeiten sollen, sondern zu vergleichbaren Bedingungen in der Hochschule, um dort das Neue zu entdecken und wissenschaftlich bearbeiten zu können. Auf der anderen Seite brauchen wir unbefristete Funktionsstellen, auf denen Wissenschaft als Beruf betrieben werden kann, so wie das eine wissenschaftliche Angestellte oder ein wissenschaftlicher Angestellter in einer Forschungs- und Entwicklungsabteilung in einem großen Unternehmen oder in einem Forschungsinstitut auch machen kann.

Wenn wir dieses nicht realisieren, dann werden die Hochschulen nicht modern, sondern dann wird Forschung weiter auswandern, dann werden wir Lehruniversitäten und Lehrhochschulen haben und manche werden dann, bezogen auf das, was wir an wissenschaftlichem Know how haben wollen, auch ziemlich leer bleiben.

Ich denke, daß wir in diesem Jahr äußere Anstöße für eine solche Diskussion bekommen werden und vielleicht auch zu der Frage von Herrn Neuweiler, warum sich auf diesem Gebiet nicht sehr viel bewegt. Wir haben in den 70er Jahren, auch Anfang bis Mitte der 80er Jahre, interessante und heftige Diskussionen über diese Fragen gehabt. ÖTV und GEW haben ja seit sechs oder sieben Jahren eine Verfassungsbeschwerde

beim Bundesverfassungsgericht zum Mittelbau eingereicht. In diesem Jahr könnte es zu einer Entscheidung kommen, was den Druck in dieser Frage intensivieren würde. Auch der Wissenschaftsrat beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Mittelbau und dem wissenschaftlichen Nachwuchs, und ich wünsche mir, daß wir die begonnenen Gespräche dazu fortsetzen können, um in dieser Frage zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Und nun meine Schlußthese: Wir werden in der Hochschule nicht nur starke Dekane und eine starke Hochschulleitung brauchen. Wir brauchen nicht nur ein professionalisiertes Hochschulmanagement, sondern wir brauchen innerhalb der Hochschulen das klare Bewußtsein, daß wir diese Fragen nur gemeinsam lösen können. Also Management auf der einen Seite und Mitbestimmung auf der anderen Seite sind notwendig. Das können wir, meine ich, auch von den Industrieunternehmen heute lernen, die ja bei all ihren neuen Produktionskonzepten oder Konzepten für den Dienstleistungssektor immer davon ausgehen, daß vorhandene oder überkommene Taylorisierung und Segmentierung von Arbeit überwunden werden und ganzheitliche Methoden verwendet werden sollen. Ganzheitliche Methoden umzusetzen heißt, neue Formen der Partizipation zu finden, und Partizipation bedeutet nichts anderes, als den Studierenden und dem wissenschaftlichen Mittelbau eine faire Chance zu geben und damit den Hochschulen insgesamt eine Chance zu geben, sich gemeinsam in den verteilungspolitischen Auseinandersetzungen durchzusetzen.

### ***Gerhard Neuweiler***

*Herr Köhler, wenn Sie mir eine persönliche Bemerkung erlauben. Ich sehe gerade in den zwei Punkten - Inhalte der Lehre und Personalstrukturen - die zentralen Themen einer Modernisierung unserer Hochschulen insgesamt.*

*Herr Meyn, Sie hatten direkt eine Nachfrage hierzu oder einen Kommentar?*

***Karl-Ulrich Meyn***

Es würde mich sehr reizen, zu einer ganzen Reihe von Fragen Stellung zu nehmen. Aber ich will nur eine Anmerkung zur Lehre machen: Werden wirklich die Lehrinhalte nicht diskutiert? Auf der pauschalen Ebene, die Sie mit der theoriegeleiteten, berufsqualifizierenden Ausbildung angesprochen haben, natürlich nicht. Das ist viel zu differenziert - und deshalb glaube ich auch nicht, daß dieses Podium dazu geeignet wäre, die Lehrinhalte zu diskutieren. In den Universitäten wird das aber ständig gemacht. Die Hochschulrektorenkonferenz gibt Empfehlungen. Da ist die Hochschulseite keineswegs untätig. Es gilt insgesamt für unser Thema, glaube ich, daß wir sehr stark nach einzelnen Bereichen der Universität, z. B. zwischen Medizin und Soziologie, um nur zwei zu nennen, unterscheiden müssen.

***Gerhard Neuweiler***

*Das ist bezüglich der Strukturen richtig. In der Medizin stellt sich das Problem des Mittelbaus ganz anders als etwa in der Anglistik.*

***Karl-Ulrich Meyn***

Eine Bemerkung darf ich vielleicht doch noch zu einem anderen Punkt, dem der Innovation, äußern.

Die Zusammenarbeit mit den außeruniversitären Forschungsinstituten, die in Jena existieren, läuft ähnlich gut wie das Herr Mitzner geschildert hat. Auch bei uns gibt es entsprechende Ansätze. Aber das ist nicht flächendeckend, es ist differenziert zu sehen. In der Juristerei beispielsweise läßt sich eine solche Innovation nicht finden.

## **Gerhard Neuweiler**

*Natürlich, gerade bei den Personalstrukturen ist die Fächerdifferenzierung außerordentlich wichtig und bedeutend.*

*Herr Lange, die Hochschulrektorenkonferenz ist bereits angesprochen worden. Die Hochschulrektorenkonferenz hat ja in den letzten Jahren nach meiner persönlichen Einschätzung eine außerordentlich wichtige und zunehmend prägende und dynamisierende Rolle gespielt. Für mich ist es eine ganz erstaunliche Entwicklung, welche Vorreiterrolle die Rektorenkonferenz in der ganzen Hochschulreform-Diskussion übernommen hat. Es eignet sich, glaube ich, keiner besser als Sie, Herr Lange, am Ende dieser Diskussion aus der Sicht der Hochschulrektorenkonferenz, wo ja alle diese Aktivitäten letzten Endes zusammenlaufen, dazu zu sprechen.*

## **Josef Lange**

Ich möchte mich auf einige Punkte beschränken, die aus meiner Sicht für die Strukturfragen zur Stabilisierung und zur Modernisierung der Hochschulen in allen 16 Bundesländern von Bedeutung sind. Die Strukturprobleme der Hochschulen sind **nach** in West und Ost unterschiedlich. Wenn man allerdings in der geographischen Betrachtung bleibt, dann sind die Strukturprobleme auch zwischen Nord und Süd sehr unterschiedlich, was nicht nur mit den größeren und besseren finanziellen Möglichkeiten zusammenhängt, die offenkundig die süddeutschen Länder im Vergleich zu den norddeutschen Bundesländern haben.

Strukturen kann man nicht auf dem Wege stabilisieren und modernisieren, wie wir es uns im Gefolge des Hochschulrahmengesetzes und ganz eklatant in solchen Studiengängen angewöhnt haben, die staatlich reglementiert sind wie Medizinstudium und Jurastudium. Dies kann nicht im Großversuch für die gesamte Bundesrepublik betrieben werden mit möglichst engen einheitlichen staatlichen Vorgaben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Trauerspiel der Reform des Medizinstudiums läuft seit den ersten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Forschung in der Medizin, und diese stammen, wenn ich mich recht erinnere, aus dem Jahr 1967. Der Wissenschaftsrat hat

1986 Empfehlungen zur klinischen Forschung vorgelegt. Er hat seitdem dreimal Empfehlungen zur Reform des Medizinstudiums vorgelegt und was ist vor kurzem geschehen: Die Reform des Medizinstudiums kommt auch in dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Das heißt, bei einem engen Korsett für Hochschulen in allen 16 Bundesländern mit Einheitlichkeit quer durch die Länder haben wir auf der einen Seite ein In-Frage-stellen des Föderalismus und auf der anderen Seite ein Ersticken von Initiative und Innovation. Demzufolge brauchen die Hochschulen Freiräume, brauchen die Länder den Mut, die Möglichkeiten, die ihnen das Hochschulrahmengesetz gibt, tatsächlich auszuschöpfen und verschiedene Modelle zu erproben. Insofern ist es ermutigend z. B. im Hinblick auf Finanzverantwortung, wenn beispielsweise in baden-württembergischen Hochschulen eine große Flexibilität zwischen einzelnen Haushaltstiteln besteht, wenn in Niedersachsen seit Beginn dieses Jahres drei Hochschulen als Landesbetrieb laufen, wenn das sächsische Hochschulgesetz auch größere Finanzverantwortung für die Hochschulen vorsieht. Diese Eröffnung von mehr Eigenverantwortung setzt voraus, daß Regierungen und Parlamente den Hochschulen mehr Freiräume gewähren. Dieses ist sehr einfach gesagt. Es setzt aber auch voraus, daß Regierungen und Parlamente Eingriffsverzicht üben. Freiräume gibt es nicht, ohne das Risiko einzugehen, daß auch Fehler gemacht werden. Solange wir aber nicht ausprobiert haben oder nicht ausprobieren dürfen, ob die Fehlerquote bei einem überaus dichten Netz von legalistischen und Verordnungsvorschriften größer ist als bei einem System mit mehr Freiräumen, plädiere ich dafür, dem Hochschulbereich und einzelnen Hochschulen nach eigener Entscheidung mehr Freiräume zu geben. Dies wird dazu führen, daß sowohl in der Struktur und in der Organisation als auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung Profile zwischen den Hochschularten, Universitäten und Fachhochschulen, entwickelt werden, weil sich die Hochschulen auf das konzentrieren, was sie am besten können, um im Wettbewerb um knappe öffentliche Mittel besser dazustehen. Ich teile die Auffassung, die Herr Köhler geäußert hat, daß die Auseinandersetzungen um die Teile am 'Kuchen öffentlicher Mittel' in den kommenden Jahren noch sehr viel härter werden. Wenn wir beispielsweise aus Niedersachsen - auch vor der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten - hören, daß die Hochschulen froh sein können, wenn sie zum Ende der Legislaturperiode über die nominal gleichen Mittel und Stellen verfügen, die sie jetzt haben, und wenn dann nur eine mäßige Inflations-

rate einkalkuliert wird, dann sieht man, wie die Entwicklung in den nächsten Jahren verlaufen könnte. Dem kann man nur begegnen mit mehr Eigenverantwortung, weil diese auch dazu beitragen kann, daß die verfügbaren Mittel tatsächlich effizienter genutzt werden.

Die Rektorenkonferenz hat dazu in verschiedenen Empfehlungen, die überwiegend einstimmig vom Plenum verabschiedet sind, einige Vorschläge gemacht. Das Plenum der Rektorenkonferenz hat auch nachdrücklich gefordert, die Hochschulen der östlichen Bundesländer von der KapVO auszunehmen, um die Erneuerung zu fördern. Es hat keinen Aufstand gegeben, wie Herr Benz heute morgen rückschauend zu prophezeien meinte.

Das Risiko, Fehler zu machen, müssen die Hochschulen eingehen. Dies setzt Änderungen in den internen Strukturen voraus. Das bedeutet beispielsweise, daß die Verantwortung nicht durch Verteilung von Entscheidungen auf so viele Gremien organisiert wird, daß dabei eine organisierte Verantwortungslosigkeit herauskommt. Das bedeutet, daß sich die akademischen Gremien auf die Entscheidung von Grundsatzfragen und auf die Kontrolle der Exekutive beschränken müssen. Das bedeutet in Konsequenz, daß beispielsweise ein Rektorat als Kollegialorgan mit Rektor, Prorektoren und Kanzler nach Beratung im Senat die Entscheidungen über den Haushaltsvorschlag und über den Haushalt selbst trifft. Ähnliche Lösungen sollten auch auf der Fachbereichsebene angestrebt werden: Mittelverteilung durch ein "Dekanat" aus Dekan, Prodekan und Studiendekan nach Beratung im Fachbereichsrat. Damit wird Verantwortung lokalisiert. Daraus folgt, daß diejenigen, die Entscheidungen treffen, darüber Rechenschaft geben müssen innerhalb der Hochschule und nach außen. Wenn die Hochschulen in ganz Deutschland im letzten Jahr - ohne Medizin - rund 28 Milliarden DM öffentliche Mittel erhalten haben, dann sind sie verpflichtet - denn es handelt sich um Mittel des steuerzahlenden Bürgers -, Politik und Öffentlichkeit Rechenschaft darüber zu geben, was mit diesen Mitteln geschieht.

Die HRK hat versucht, durch das Pilotprojekt "Profilbildung" ein bißchen mehr Transparenz in die Hochschulen hineinzubringen.

Was benötigen die Hochschulen dazu? Sie brauchen verlässliche, nicht nur rechtliche, sondern auch finanzielle Rahmenbedingungen und dazu gehört eine angemessene

Ausstattung. Es ist natürlich zu begrüßen, daß Bund und Länder darüber nachdenken, wie die Hochschulsonderprogramme und das Hochschulerneuerungsprogramm zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Hochschulen weiterentwickelt werden können. Ich habe allerdings den Eindruck, daß Bund und Länder wiederum das tun, was bei anderen Sonderprogrammen auch der Fall war: Es wird über die Hochschulen geredet, aber nicht mit ihnen. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn anschließend die Kommunikation nicht funktioniert. Insofern muß man die Hochschulen an der Diskussion beteiligen.

Was die angemessene Ausstattung angeht, hat mich schon ein bißchen verwundert, daß Herr Minister Enderlein heute morgen den Bundesbildungsminister so sehr gelobt hat für seinen Versuch, 2 Milliarden DM für das HBFG im Haushalt 1995 zu bekommen. 2 Milliarden DM für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bedeutet, daß auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates der Ausbau der Universitäten in den östlichen Bundesländern gegenüber den Empfehlungen des Wissenschaftsrates um 20 Prozent gekürzt wird und der Ausbau der Fachhochschulen um 10 Prozent. Und dies nennt man dann Prioritätensetzung zugunsten des Ausbaus in den östlichen Bundesländern! Dies ist für mich politische Rhetorik, aber nicht politisches Handeln.

Außerdem hat mich gewundert, daß der Minister dieses Landes damit von dem einstimmigen Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. März dieses Jahres abgewichen ist, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, 1995 2,3 Milliarden DM für den Hochschulbau zur Verfügung zu stellen und diesen Ansatz mittelfristig zu verstetigen, damit eine gewisse Planungssicherheit in die Gemeinschaftsaufgabe hineinkommt. Wenn wir - das wurde insbesondere aus dem Beitrag von Herrn Weiler vorhin deutlich - eine Fülle von strukturschwachen Regionen haben, dann muß man auch bedenken und berücksichtigen, daß Hochschulbaumittel Investitionsmittel sind, die in hohem Maße - Herr Nutz hat darauf hingewiesen - im regionalen Umfeld wirksam werden. Man kann ausrechnen, wieviel die Investition von einer Million DM Baumittel an tatsächlichen Arbeitsplätzen und damit Lebensunterhalt für Familien in der Region bedeutet. Außerdem sind Hochschulbaumittel Investitionen in die Zukunft, denn sie sind dazu bestimmt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, daß die junge

Generation eine angemessene Ausbildung erhalten kann, d. h. hier die junge Generation in den östlichen Bundesländern.

Mich wundert sehr, daß die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes - ich glaube vom März dieses Jahres - angesichts ihrer Brisanz nur ein einziges Mal in einer Acht-Zeilen-Notiz in den überregionalen Zeitungen veröffentlicht wurde: In den östlichen Bundesländern ist von 1988 bis 1993 die Zahl der Geburten auf 40 Prozent zurückgegangen, von 220.000 auf 80.000. Die Konsequenzen für den Schulbereich sind offenkundig. Die Konsequenzen für den Hochschulbereich in 20 Jahren sind absehbar. Die Konsequenzen für die Entwicklung der Länder insgesamt müßten eigentlich Thema politischer Diskussionen sein. Dazu sollten sich meines Erachtens auch die Hochschulen als Stätten öffentlichen Diskurses einmischen.

Vielen Dank.

# Bilanz und Ausblick

*Jutta Wilhelmi*

Meine Damen und Herren,

aus der Froschperspektive oder der Kirchturmsicht eines Journalisten mein Eindruck über diese Konferenz, aber auch eine Zwischenbilanz vier Jahre nach der Vereinigung zweier sehr unterschiedlicher Wissenschaftssysteme!

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick. 1989/90 war ich in Jena. Wir wollten dort einen Fernsehfilm drehen über die wechselvolle und bunte Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität und kamen mitten hinein in ein Chaos der Auflösung und der sich vorsichtig abzeichnenden neuen Strukturen. Eine kurze Zeit schien damals vieles noch möglich, eine kurze Zeit nur. Dann wurden die Pflöcke eingerammt und das Fundament nach Westformat gelegt. Ich gebe zu, es war Eile geboten, denn die Studierenden wollten ja weiter studieren, und so war Umbau im fliegenden Galopp bei tropfenden Dächern und unerbittlich abgeforderten neuen Standards in Ausbildung und Studium zu leisten. Ich kann nur staunen, daß es so bruchlos gelungen ist und möchte Ihnen mein Kompliment aussprechen.

Aber es gibt natürlich auch Fragen: Die Evaluation des Wissenschaftsrates begann 1990 schon und die - wie es hieß - Einpassung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in westdeutsche Verhältnisse. Die Kriterien dieser Evaluation nannte der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, eine 'delikate Frage', womit er auch seine Zweifel indirekt äußerte über die Selbstverständlichkeit, mit der Westmuster der Ost-Evaluation zugrunde gelegt wurden, so als sei dort in den alten Bundesländern alles paletti, wie man so sagt. Alternativen wurden erst gar nicht diskutiert. Und so wurden, bleiben wir bei den Hochschulen, die Strukturen der alten Universitäten im Westen etwa unbefragt übernommen, ungeachtet der Tatsache, daß sie sich unter dem Druck der Massenausbildung als immer weniger tragfähig erweisen.

Damals 1990 im Frühjahr sagten mir Ost-Studenten, was sie sich so erhofften. Sie freuten sich über die neue Methodenvielfalt in den Geistes- und Sozialwissenschaften,

sie freuten sich über die neue Beweglichkeit; aber sie äußerten auch ihre Sorge darüber, daß die Nähe, die persönliche Beziehung zwischen den Lehrenden und Lernenden nun verlorengehen könnte. Angst also vor dem anonymen Großbetrieb der West-Hochschulen schon damals?

Universität als Heimat, ein utopisches Ziel wohl. Ich finde, daß auch der Osten in Gefahr steckt, die Identität seiner Hochschulen zu verlieren. Wir sollten es nicht zu euphorisch sehen, wenn die Studentenzahlen weiter steigen und Stellen weiter gestrichen werden (was die Finanzminister ja so schön können, ohne Rücksicht auf Verluste). Dann könnte es auch im Osten auf Dauer zu einem Verlust an Nähe kommen. Derzeit ist Nähe zwischen Lehrenden und Lernenden das Gütezeichen der neuen Ost-Hochschulen. Doch wie lange?

Was ist seither geschehen in den neuen Bundesländern? Manches kann sich durchaus sehen lassen. Nicht nur Dächer wurden abgedichtet. Es wurden ganze Fachbereiche und Institute neu aufgebaut, besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften. West-Professoren etablierten sich. Ein Revirement, das wohl einmalig ist in der deutschen Universitätsgeschichte. Was es für den einzelnen bedeutet hat, die Abwicklung, die Entlassungen und die Demütigungen nach einem oft langen Wissenschaftlerleben, das läßt sich nur ahnen. Ideologische Befangenheit verträgt sich nicht mit freier Wissenschaft. Sicher. Doch den West-Universitäten wurde diese Selbstreinigung 1945 nach der braunen Diktatur nicht abverlangt. Ich frage mich immer, woher wir im Westen diese Selbstgerechtigkeit nehmen?

Bekanntlich haben uns die Alliierten die Demokratie gebracht und sie - Stichwort Normandie - mit ihrem Blut erkaufte. Wir haben sie uns nicht selbst erkämpft. Ich erinnere nur an SPIEGEL-Cover der Nachkriegszeit im Westen, auf denen immer wieder die Willfährigkeit deutscher Professoren in der NS-Diktatur angeprangert wurde. Ein halbes Jahrhundert später erst beginnt z. B. die Universität Heidelberg damit, den Verbleib ihrer vertriebenen Dozenten aufzuarbeiten, sich der Vergangenheit zu stellen.

Es geht hier nicht um Anprangern - mißverstehen Sie mich nicht -, sondern um schmerzhaft Klärung in Ost und West. Ich betone - auch im Westen, und ich wünsche mir, daß künftig 'Schindlers-Mut' gestärkt wird unter den Professoren, den Assistenten und den Studenten. Noch sehe ich das nicht. Ein Bollwerk für diese Demokra-

tie wäre es schon, wenn dieser Widerstandsgeist selbstverständlicher Bestandteil jedes Studienganges würde.

Vor vier Jahren zumindest schien es zeitweilig durchaus denkbar, die Chance zu einer gesamtdeutschen Evaluation, die eben diese selbstkritischen Elemente enthält, zu nutzen. Doch da wurde wohl die Trägheit eingefahrener bürokratischer Strukturen erheblich unterschätzt und auch unsere Wessi-Selbstgefälligkeit, wie ich es einmal nennen will.

Immerhin. Es ist in vier Jahren gelungen, den Lehrbetrieb in den neuen Bundesländern aufrechtzuerhalten und auszubauen, den freien Zugang zu den Hochschulen zu schaffen. Mehr als 12 Prozent pro Jahrgang können nun studieren, keine Gängelungen der Bildungswege mehr, aber auch viel unkalkulierbares Risiko für den einzelnen - das ist der Preis der Freiheit. Die Methodenvielfalt, die Internationalität, die offene Diskussion der Wissenschaften, die regionale Entwicklungsförderung - all das sind Positiva in der Bilanz nach vier Jahren Hochschulentwicklung in den neuen Bundesländern. Dennoch bleibt noch allerhand zu tun, wie die verschiedenen Beiträge am heutigen Tag gezeigt haben. Der Suchprozeß - ich möchte Frau Buck-Bechler hier zitieren - hat noch gar nicht angefangen. Was macht eine moderne Hochschule aus? Da gibt es noch eine Menge Klärungsbedarf - gesamtdeutsch.

Einige Beispiele nur zum Thema: Was auch hätte sein können.

Ich darf dies aus meiner Sicht einmal darstellen. Wenn ich von Alternativen spreche, so denke ich daran, daß es ja auch durchaus möglich gewesen wäre, eine eher auf Integration fußende Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern aufzubauen. Vorbilder und Modelle gab es im Westen durchaus.

Ich komme gerade aus Siegen. Die Bilanz dieser Gesamthochschule mit ihren verschiedenen Bildungssträngen, ihrer Offenheit für Jugendliche auch ohne Abitur, der Verbindung von Fachhochschulstudien und universitären Studiengängen, ihrer Praxisnähe und Wirtschaftsnähe, ihren kulturellen Impulsen in die Region hinein, ist durchaus positiv. Im SPIEGEL-Ranking stand Siegen sogar an erster Stelle, was die Lehrqualität anbelangt. Keine schlechten Karten also haben die sechs Gesamthochschulen, fünf in Nordrhein-Westfalen und eine in Hessen. Sie haben sich bei aller Annäherung an die Universitäten ein eigenes Profil bewahren können. Heute fragen gestande-

ne Altuniversitäten wie Heidelberg in Siegen an, wie die denn das machen mit ihren integrierten Studiengängen, den gestuften Abschlüssen, die unnötige Studienabbrüche vermeiden helfen. So ändern sich die Zeiten.

Also die Gesamthochschulen hätten auch Vorbild sein können für den Osten der Republik. Statt dessen werden nun Fachhochschulen ausgebaut in Ost wie West. Differenzieren statt Integrieren ist das Motto. Ich gebe zu, das Zusammenraufen der verschiedenen Hochschultypen zu einer Einheit verlief in den Hochschulen neuer Art nicht ohne Verletzungen. Minister Enderlein hat es mir einmal in schöner Offenheit ins Mikrofon gesagt, diese Schlammkriegen von damals, die hätte er gefürchtet. Gut, vielleicht war es ein zu schneller Schritt, der Anfang der siebziger Jahre gewagt worden ist. Doch Anregungen zur Kooperation oder zur Studienreform, die könnten sich die Hochschulen in den neuen Bundesländern durchaus holen in Siegen, Wuppertal oder Kassel.

Warum auch sollte es nicht unterschiedliche Hochschultypen geben, freilich dann mit einer großen Durchlässigkeit und Kooperationsfähigkeit. Dies aber müßte erst noch hergestellt werden. Stichwort: Anerkennung von Fachhochschulstudiengängen an Universitäten, Promotionsrecht für Fachhochschulen, Forschung dort sowieso. Da ist Brandenburg auf einem guten Weg.

Wie gesagt, vieles ist erreicht worden. Doch manches eben nicht.

Noch sehe ich nicht, daß die Hochschulen im Osten mehr Phantasie in Studium und Lehre investieren, als das im Westen der Fall ist. Wo zeichnen sich interdisziplinäre Studiengänge ab, wo das Lernen in Projekten, wo ist die Nähe zur Praxis verpflichtend für die Hochschulen festgeschrieben, ist Alltag? Sicher gibt es das alles nur in Anfängen. Ist es Trägheit? Angst? Wenn Herr Weiler von der Furcht der Professoren um ihre Reputation sprach, die eine tiefgreifende Studienreform behindere, wenn Professoren es also nicht wagen, Innovationen in ihrem Fach voranzutreiben, weil das in der Zukunft Mißmut schürt, dann frage ich mich, ob wir als Steuerzahler nur dazu da sind, universitäre Erbhöfe zu finanzieren. Wir bezahlen mit unserem Steuergroschen wohlverdienende Professoren. Da können wir ihnen ruhig einiges abfordern, was ihnen vielleicht auch unbequem ist.

Noch sehe ich nicht, daß an den Hochschulen in den neuen Bundesländern die Nachwuchsförderung gezielt angegangen wird. Fördermittel, von denen Bundesbildungs-

minister Laermann heute morgen sprach, sind ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Diversifikation der Verträge für den Mittelbau, das hat Herr Köhler angesprochen, hat ja auch im ehemaligen DDR-Gebiet rüde um sich gegriffen. Der Mittelbau wurde dort systematisch abgebaut. Auch im Westen gibt es ihn so gut wie nicht mehr. Und ein paar Graduiertenkollegs mehr bringen es nicht.

Herr Köhler hat von den Qualifikationsstellen gesprochen und vom Ausbau von festen Wissenschaftlerstellen im Mittelbau in eigenständiger Lehr- und Forschungsfunktion neben den Professoren. Ab Mitte der 90er Jahre wird es einen hohen Bedarf an Nachwuchskräften für dann frei werdende Professorenstellen geben und erst recht, rechnet man die wachsende Studierfreudigkeit hinzu. Wo sind dann die Fachkräfte? Die haben längst fluchtartig die Hochschulen verlassen. Es ist höchste Zeit, etwas zu unternehmen, um sie zu halten. Könnten und sollten die Ost-Hochschulen hier nicht Vorreiter sein?

Wo gibt es, ich möchte Frau Buck-Bechler ausdrücklich unterstützen, eine Frauenförderung, die endlich eine Chancengleichheit herstellt bei der Besetzung von hochdotierten Professorenstellen? Die neu berufenen Professoren im Osten der Republik sind in der überwiegenden Mehrzahl Männer, wie im Westen auch. Wo sind Frauenförderpläne im Osten, wo ist die Rechenschaftspflicht der Hochschulen, wenn sie Stellen neu besetzen? Es ist ein gesamtdeutsches Problem, wie wir Frauen das 'Old-Boys-Network' durchlöchern.

Wo gibt es flexible Strukturen in der Selbstverwaltung der Hochschulen? Wo einen Globalhaushalt etwa? Ich finde, hier könnten die neuen Bundesländer durchaus Profil zeigen, auch und schon in der Phase des Umbaus, in denen Strukturen noch biegsamer sind. Wo gibt es Modellversuche einer größeren haushaltsrechtlichen Selbständigkeit, die Übertragbarkeiten von verschiedenen Titeln möglich macht und - was in jedem Haushalt üblich ist - auch Rücklagen schafft?

Wo gibt es auch nur im Ansatz neue Mitbestimmungsmodelle zur demokratischeren Willensbildung in den Hochschulen. Eine rationale Diskussionskultur in den Hochschulen über Forschung, Ausbildung und Beschäftigung erscheint mir nötiger denn je in Zeiten hoher Abbrecherquoten und wachsender Akademikerarbeitslosigkeit. Einen Runden Tisch z. B., an dem Hochschulgruppen, Wirtschaft und Gewerkschaften Platz

nehmen und deren Ideen eingehen in einen Zielsetzungsplan der jeweiligen Hochschulen einer Region, den wünsche ich mir - als eine ständige Einrichtung wohlbermerkt.

Wie, das ist die Frage, verstehen sich die Hochschulen in den neuen Bundesländern? Als möglichst effiziente Durchlauferhitzer, um möglichst viele Studierende in möglichst kurzer Zeit durchzuschleusen, oder verstehen sie sich als eine Art Frühwarnsystem für gesellschaftliche Krisen. Gerade die noch nicht überlaufenden Hochschulen im Osten der Republik könnten hier Vorreiter sein für eine Bildungseinrichtung, die nicht im Elfenbeinturm der Selbstbespiegelungen verharrt, sondern sich lauthals einmischte in die öffentlichen Angelegenheiten.

Und so finde ich den Ansatz von Herrn Schmidt vorzüglich, daß auch die Hochschulen zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen sollen. Ein Ideenpool zur Umverteilung von Arbeit in und außerhalb der Hochschulen hätte längst mit dem Nachdenken beginnen sollen.

Die Chancen der Hochschulen in den neuen Bundesländern liegen einmal in der noch niedrigen Studierendenzahl, in der Aufbausituation und - so paradox es klingt - in der zwingenden Notwendigkeit, mit knappen Mitteln möglichst effektiv zu wirtschaften. Das zwingt Erbhofdenken heraus und Kreativität hinein vor allem dann, wenn der Staat nicht zu viele Fesseln anlegt. Herr Lange warnte davor. Wieviel Freiheiten wagen Ost-Hochschulen sich zu nehmen zu eigenständigem Profil, zu Eigenwilligkeit?

Das ist jetzt meine Frage an Sie. Nutzen Sie Spielräume und nehmen Sie sich diese? Dazu fordere ich Sie als Außenstehender auf, vor allem aber auch als Bürger, der es sich aus der geschichtlichen Erfahrung und der neuen national-rassistischen Bedrohung heraus wünscht, daß jene so oft beschworenen 'Leistungseliten' im akademischen Betrieb viel mehr Zivilcourage zeigen mögen, als sie in ihrer langen Geschichte gezeigt haben.

Die Chancen der Hochschulen in den neuen Bundesländern liegen auch darin, von Anfang an eine Hochschulforschung aufzubauen, wie sie etwa in Karlshorst entstanden ist, durch die etwas mehr Transparenz in den Laden kommt; denn so paradox es klingen mag, die Hochschulen erforschen alles liebend gern, nur nicht sich selbst.

Die Chancen der neuen Hochschulen liegen auch in einem gezielt studentenfreundlichen Lehr- und Lernsystem, was auch heißt, daß Hochschuldidaktik groß zu schreiben wäre. Warum nicht an jeder Hochschule, ob Fachhochschule oder Universität, ein Didaktisches Zentrum einrichten, das Lehr- und Lernprozesse laufend überprüft? Das hatte in den 70er Jahren bereits die Bundesassistentenkonferenz gefordert, leider ohne großen Erfolg. Die Egoismen der Fakultäten und Fachbereiche waren Bremsklötze. Niemand wollte sich auf die Finger gucken lassen. Hier könnten die neuen Bundesländer Opinionleader werden für den Westen, wo schon die Masse die Bereitschaft zur Selbstkontrolle minimiert. Jedenfalls ein Fachvortrag zur Habilitation und die *Venia legendi* damit auf Lebenszeit - das läuft so nicht! Auch Professoren müssen lernen, wie man komplizierte Dinge verständlich herüberbringt. Ein Gottschalk muß ja nicht jeder gleich werden.

Die Chance der Hochschulen in den neuen Bundesländern liegt auch in einem sachlicheren Selbstverständnis ihrer gesellschaftsdienlichen Aufgaben, die ich mit Hartmut von Hentig auf den Punkt bringen möchte: "die Sachen klären und die Menschen stärken". Ost-Hochschulen könnten diesen alten Humboldtschen Gedanken der Persönlichkeitsbildung verstärkt neben der beruflich-wissenschaftlichen Ausbildung unterstreichen und hervorheben.

Ihre Chance wäre es auch, das altdeutsche Berechtigungssystem zu durchbrechen und die Hochschulen nicht auf Scheine (Abitur), sondern auf Leistung auszurichten, ganz gleich, mit welcher Vorbildung jemand ins Studium kommt. Es wäre eine echte Pioniertat, jenes A 9-/ A 13-Syndrom zu durchbrechen und Durchlässigkeiten im Bildungssystem zu schaffen durch eine offene Hochschule, die auch Berufstätigen ohne Abitur eine faire Chance gibt. Noch geben die kleinen Zahlen an ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen hier mehr Freiheiten zum Experiment als im Westen; denn noch können sich die Hochschulen im Osten mitten im Neuaufbau freihalten von überständigen Traditionen, müssen die schweren Idole gar nicht erst aufheben, mit denen sich die westdeutsche Alma mater abschleppt und die ihr so schwer machen, sich den neuen Zeitläufen anzupassen. Ich meine die überständigen Hierarchien, den akademischen Dünkel, die beharrende Haltung: 'Das haben wir immer schon so gemacht, da könnte ja jeder kommen'. Besser wäre schon, es würde in den neuen

Bundesländern allen beamtigen Vorbehalten zum Trotz künftig die unkomplizierte Meinung Platz greifen: 'Das haben wir immer schon so gemacht, warum sollen wir es denn nicht mal anders versuchen.' - 'Da könnte ja jeder kommen!' - 'Ja, es soll ja jeder kommen.' - 'Aber wo kommen wir denn da hin?' - 'Na, zu einer modernen Hochschul-landschaft', die eben nicht nur ein Abklatsch des Westens ist, wie es anfangs schien, sondern vielleicht sogar ein Zugpferd wird für die Hochschulreform - gesamtdeutsch gesehen.

Noch ist es eine schöne Utopie. Doch ohne Utopien bewegt sich wenig, auch gerade in akademischen Welten. Trösten wir uns: Das Problem war Anfang des 19. Jahrhunderts schon akut, wie bleierne Beharrlichkeit in eine neue Beweglichkeit gebracht werden könnte. Dafür möchte ich Ihnen zum Abschluß kurz einen Beleg bringen:

Der Sektionschef der preußischen Unterrichtsverwaltung, Wilhelm von Humboldt, schreibt seufzend an seine Frau Caroline:

"Mit wieviel Schwierigkeiten ich bei alledem zu kämpfen habe, wie die Gelehrten, die unbändigste und am schwersten zu befriedigende Menschenklasse mit ihren ewig sich durchkreuzenden Interessen, ihrer Eifersucht, ihrem Neid, ihrer Lust zu regieren, ihren einseitigen Ansichten, wo jeder meint, daß nur sein Fach Unterstützung und Beförderung verdiene, mich umlagern. Davon hast du keinen Begriff."

So schrieb Wilhelm von Humboldt an seine Frau Anfang des 19. Jahrhunderts. Das könnte doch 1994 geschrieben sein. Sie werden mir zustimmen.

Ob sich das jemals ändert? Also ich gebe die Hoffnung nicht auf. Vielen Dank.

# Teilnehmerverzeichnis

<b>Adler, Dr. Helga</b>	Freie Universität Berlin
<b>Adler, Dr. Henri</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Albrecht, Dr. Fred</b>	Universität Potsdam
<b>Aleksander, Dr. Karin</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Apelt-Nicklas, Maja</b>	Universität Lüneburg
<b>Art, Prof. Dr.-Ing. Wilfried</b>	Technische Fachhochschule Wildau
<b>Ash, Mitchell</b>	University of Iowa
<b>Aulerich, Dr. Gudrun</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Bartsch, Dr.</b>	Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
<b>Bathke, Dr. Gustav-Wilhelm</b>	Hochschul-Informations-System Hannover
<b>Baume, Dr. Brita</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Bednarz, Klaus</b>	Fachhochschule Brandenburg
<b>Benz, Dr. Winfried</b>	Wissenschaftsrat Köln
<b>Bose, Dr. Ulrich</b>	Weimar
<b>Brackmann, Hans-Jürgen</b>	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Köln
<b>Braun, Prof. Dr.</b>	Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (FH)
<b>Buck-Bechler, Prof. Dr. Gertraude</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Burkhardt, Dr. Anke</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

## **Teilnehmerverzeichnis**

---

<b>Cerych, Dr. Ladislav</b>	Institut Européen d'Education et de Politique Sociale Paris
<b>Dahs-Odenthal, Dr. Dagmar</b>	Deutsche Forschungsgemeinschaft Bonn
<b>de Rudder, Prof. Dr. Helmut</b>	Universität Lüneburg
<b>Dürkop, Prof. Dr. Marlis</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Ebert, Dr. Wolfgang</b>	Deutsche Gesellschaft für Akademische Bildung Leipzig
<b>Enderlein, Hinrich</b>	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
<b>Faber, Klaus</b>	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
<b>Felber, Prof. Dr. Christina</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Förster, Dr. Walter</b>	Deutsche Gesellschaft für Akademische Bildung Chemnitz
<b>Freyer, Rikarda</b>	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landes- verband Brandenburg
<b>Fritsche, Angelika</b>	Deutsche Universitäts-Zeitung Bonn
<b>Gellert, Prof. Dr. Claudius</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Göschel, Prof. Dr.</b>	Handelshochschule Leipzig
<b>Götze, Dr. Wolfgang</b>	Universität Potsdam
<b>Goihl, Wolfgang</b>	Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt

<b>Goldschmidt, Prof. Dr. Dietrich</b>	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin
<b>Gröbel, Jens</b>	Technische Universität Ilmenau
<b>Häge, Dr. Kurt</b>	Lausitzer Braunkohle AG
<b>Hänel, Prof. Dr. Klaus</b>	Deutscher Hochschulverband, Landesverband Brandenburg
<b>Haker, Andrea</b>	Universität Rostock
<b>Hall, Dr. Karl-Heinrich</b>	Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt
<b>Hanella, Dr.-Ing. Klaus</b>	Technische Universität Ilmenau
<b>Hanske, Peter</b>	Universität Erfurt
<b>Heinemann, Karl-Heinz</b>	Freier Journalist Köln
<b>Heinrich, Regina</b>	Fachhochschule Potsdam
<b>Heitmann, Günter</b>	Technische Universität Berlin
<b>Helfer, Dr. Brigitte</b>	DeutschlandRadio Berlin
<b>Herbert, Dr. Frank-Lothar</b>	Berlin
<b>Herold, Edith</b>	Technische Universität Berlin
<b>Hof, Dr. Hagen</b>	Volkswagen-Stiftung Hannover
<b>Holle, Christoph</b>	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
<b>Jahn, Dr. Heidrun</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Kaschade, Prof. Dr. Hans-Jürgen</b>	Fachhochschule Magdeburg

## **Teilnehmerverzeichnis**

---

<b>Kiel, Prof. Dr. Siegfried</b>	Deutsche Gesellschaft für Akademische Bildung Halle
<b>Kliesch, Prof. Dr. Klaus</b>	Katholische Fachhochschule Berlin
<b>Klinger, Dr. Jochen</b>	Technische Universität Dresden
<b>Klöditz, Prof. Dr. Detlef</b>	Fachhochschule Anhalt
<b>Köhler, Gerd</b>	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Frankfurt/Main
<b>Kohler, Prof. Dr.</b>	Technische Universität Bergakademie Freiberg
<b>Krause, Dr.-Ing. Jürgen</b>	Technische Universität Ilmenau
<b>Krauth, Dr. Wolf-Hagen</b>	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
<b>Krenzlin, Prof. Dr. Ulrike</b>	Hochschule für Kunst und Design Halle
<b>Krieger, Wolfgang</b>	Freie Universität Berlin
<b>Kulich, Paul</b>	Fachhochschule Jena
<b>Kulzer, Peter</b>	Hochschule Wismar, Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung
<b>Laermann, Prof. Dr. Karl-Hans</b>	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
<b>Lange, Prof. Dr. Otfried</b>	Fachhochschule Merseburg
<b>Lange, Dr. Josef</b>	Hochschulrektorenkonferenz Bonn
<b>Langels, Dr. Otto</b>	Deutschland Radio Berlin
<b>Langos, Renate</b>	Deutsches Studentenwerk Bonn

<b>Last, Dr. Bärbel</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Leidhold, Prof. Dr. Hans-Peter</b>	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH)
<b>Lewin, Dr. Dirk</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Levine, Tom</b>	Berliner Zeitung, Süddeutsche Zeitung
<b>Lichtenthäler, Gabriela</b>	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
<b>Lischka, Dr. Irene</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Lüthke, Torsten</b>	Juso-Hochschulgruppen Bonn
<b>Lullies, Dr. Stefan</b>	Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung München
<b>Marotzki, Prof. Dr. Winfried</b>	Universität Magdeburg
<b>Meske, Prof. Dr. Werner</b>	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
<b>Meyer, Prof. Dr. Hansgünter</b>	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
<b>Meyrhöfer, Wolfram</b>	Universität Potsdam
<b>Meyn, Prof. Dr. Karl-Ulrich</b>	Universität Jena
<b>Mitzner, Prof. Dr. Rolf</b>	Universität Potsdam
<b>Mönikes, Dr. Wolfgang</b>	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
<b>Neie, Thomas</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Neuweiler, Prof. Dr. Gerhard</b>	Universität München

## **Teilnehmerverzeichnis**

---

<b>Nutz, Dr. Manfred</b>	Universität Köln
<b>Nyc, Johannes</b>	Freie Universität Berlin
<b>Olbertz, Prof. Dr. Jan</b>	Universität Halle-Wittenberg
<b>Pasternack, Peer</b>	Universität Leipzig
<b>Portz, Frank</b>	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
<b>Preißer, Rüdiger</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Reisinger, Dr. Klaus</b>	Universität Bielefeld
<b>Riedel, Dr. Hartmut</b>	Technische Universität Dresden
<b>Schaale, Prof. Dr. Dieter</b>	Deutsche Gesellschaft für Akademische Bildung Berlin
<b>Schaefer, Prof. Dr. Hans-Dieter</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Schattenfroh, Dr. Silvia</b>	Frankfurter Allgemeine Zeitung
<b>Scheele, Peter</b>	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Halberstadt
<b>Scherer, Dr. Doris</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Schirmmeister, Prof. Dr.</b>	Fachhochschule Jena
<b>Schlicht, Uwe</b>	Der Tagesspiegel Berlin
<b>Schlotzhauer, Dr. Inge</b>	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
<b>Schmidt, Prof. Dr.-Ing. Reinhard</b>	Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH)

<b>Schneider, Frank</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Scholz, Hans-Eckart</b>	Siemens AG
<b>Schulz, Prof. Dr. Hans-Jürgen</b>	Berlin
<b>Schwarz, Dr. Anna</b>	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
<b>Stangner, Dr. Isolde</b>	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen
<b>Steigerwald, Prof. Dr. Bernd</b>	Fachhochschule Potsdam
<b>Stein, Dr. Ruth-Heidi</b>	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
<b>Stenger, Dr. Horst</b>	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
<b>Stock, Dr. Helga</b>	Humboldt-Universität zu Berlin
<b>Strottheicher, Markus</b>	Technische Universität Chemnitz-Zwickau
<b>Teichler, Prof. Dr. Ulrich</b>	Universität/Gesamthochschule Kassel
<b>Telschow, Stefan</b>	Universität Potsdam
<b>Thomas, Prof. Dr. Helga</b>	Technische Universität Cottbus
<b>Tietz, Prof. Dr.-Ing. Horst-Dieter</b>	Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau (FH)
<b>Tietze, Peter</b>	Deutschland Radio Berlin
<b>Viehoff, Ludger</b>	Bundeskanzleramt
<b>vom Bruch, Rüdiger</b>	Humboldt-Universität zu Berlin

## **Teilnehmerverzeichnis**

---

<b>Wagemann, Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut</b>	Technische Universität Berlin
<b>Warnecke, Dr. Heinz</b>	Deutsche Gesellschaft für Akademische Bildung Berlin
<b>Webler, Dr. Wolfert</b>	Universität Bielefeld
<b>Wegener, Dr. Heinz</b>	Deutscher Akademischer Austauschdienst, Arbeits- stelle Berlin-Mitte
<b>Weiler, Prof. Dr. Hans</b>	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
<b>Weist, Dr. Wolfgang</b>	Trafo-Verlag
<b>Werner, Dr. Gabriele</b>	Universität Greifswald
<b>Wetzel, Dr. Ursei</b>	Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH)
<b>Wilhelmi, Jutta</b>	Journalistin Bonn
<b>Winter, Dr. Ekkehard</b>	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft Essen

---

Die vorliegende Dokumentation einer wissenschaftlichen Tagung stellt den Versuch dar, ein differenziertes Bild der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern entstehen zu lassen.

Über eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten hinaus werden Gestaltungsfreiräume kritisch diskutiert, die im Spannungsfeld zwischen Anpassung an westdeutsche Verhältnisse und Innovationen in den neuen Ländern möglich und verstärkt zu eröffnen sind.

Konkrete Erfahrungen und Probleme mit modernen Profilentwicklungen von Universitäten und Fachhochschulen, eingebettet in die wirtschaftliche und kulturelle Identitätsfindung ihrer Regionen, vermitteln darüber hinaus Denkanstöße und innovative Impulse für die anstehende Modernisierung der Hochschule im vereinten Deutschland unter den veränderten Wettbewerbsbedingungen in einem ökonomisch und politisch zusammenwachsenden Europa.

---

ISBN 3-89271-543-2



9 783892 715436